

KÄLBERMARSCH

HINTER DER TROMMEL HER TROT TEN DIE KÄLBER
DAS FELL FÜR DIE TROMMEL
LIEFERN SIE SELBER.
DER METZGER RUFT. DIE AUGEN FEST GESCHLOSSEN
DAS KALB MARSCHIERT MIT RUHIG FESTEM TRITT.
DIE KÄLBER, DEREN BLUT IM SCHLACHTHOF SCHON GEFLOSSEN
SIE ZIEHN IM GEIST IN SEINEN REIHEN MIT.

SIE HEBEN DIE HÄNDE HOCH
SIE ZEIGEN SIE HER
SIE SIND SCHON BLUTGEFLECKT
UND SIND NOCH LEER.
DER METZGER RUFT. DIE AUGEN FEST GESCHLOSSEN
DAS KALB MARSCHIERT MIT RUHIG FESTEM TRITT.
DIE KÄLBER, DEREN BLUT IM SCHLACHTHOF SCHON GEFLOSSEN
SIE ZIEHN IM GEIST IN SEINEN REIHEN MIT.

SIE TRAGEN EIN KREUZ VORAN
AUF BLUTROTEN FLAGGEN
DAS HAT FÜR DEN ARMEN MANN
EINEN GROSSEN HAKEN.
DER METZGER RUFT. DIE AUGEN FEST GESCHLOSSEN
DAS KALB MARSCHIERT MIT RUHIG FESTEM TRITT.
DIE KÄLBER, DEREN BLUT IM SCHLACHTHOF SCHON GEFLOSSEN
SIE ZIEHN IM GEIST IN SEINEN REIHEN MIT.

BERTOLT BRECHT

Der Titel der Broschüre entspricht der zweiten Zeile des Horst-Wessel-Liedes (Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen...), einem beliebtem Kampflied der SA, das später zur Parteihymne der NSDAP avancierte.

Sowohl Text als auch Melodie sind heute verboten. Trotzdem wird es immer noch gerne von alten und neuen Nazis gesungen. Der Kälbermarsch hingegen ist eine Parodie von Bertolt Brecht auf das Horst-Wessel-Lied aus dem Jahre 1943. Die Melodie wurde von Hans Eissler bewusst verfremdet.

»Die Reihen fest geschlossen...«

Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds

»Die Reihen fest geschlossen...« Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds



»Die Reihen fest geschlossen...«

Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds

IMPRESSUM

Herausgeber

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Landesbezirk Hamburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
ressort1.hamburg@verdi.de

avanti – Projekt undogmatische Linke
c/o Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
hamburg@avanti-projekt.de

Vi.S.d.P.:

Wolfgang Rose, ver.di Landesbezirk Hamburg,
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
<http://hamburg.verdi.de>



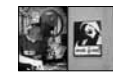
Denn alle Kreatur braucht Hilf von allen....Vielen Dank an:
die Rosa-Luxemburg-Stiftung für finanzielle Unterstützung
no place to hide und Dok Kiel für weitere Fotos
eine Menge Lektoren und Lektorinnen fürs Korrigieren

Die Broschüre entstand im März/April 2009

Bildnachweis:

attentione photographers: 6/7, 16/17, 18, 20, 25, 29, 34, 36,
40, 61, 64, 65, 70, 87, 89, 90, 91, 101, 103;
Fotojournalist_innen von mup: 8, 38, 43, 49, 54, 57, 81;
hamburger by flickr: 44/45, 85, 98/99 **stinker by flickr:** 60;
spaztacular: 84; **mollimonster by flickr:** 58/59;
daklebtwat by flickr: 95; **blai_server by flickr:** 110/111

INHALT



- 04** Vorwort
- 08** Alle reden von »Rechtsextremismus« – wir nicht!
- 18** NPD. Eine Partei vor der Auflösung?
- 26** Antifaschistische Aktivitäten in Hamburg:
Die »Brauner Sack« Aktion
- 28** Volksgemeinschaft modern. Die ideologischen
Bausteine der NPD
- 30** Tradition und Neuerung. Rückblick auf die
Geschichte der Hamburger NPD
- 34** Deutsche Täter, Deutsche Opfer. Rechte
Geschichtspolitik
- 36** Volksverhetzer und Schläger im Vorstand
- 40** Jürgen Rieger. Multifunktionär der
extremen Rechten
- 46** Mit Rieger noch radikaler. Was macht
die NPD in Hamburg?
- 52** Soziale Frage. Ist die NPD »sozialistisch«?
- 54** Männer und Frauen fürs Grobe
- 60** Richtige Kerle. Geschlechterbilder in der NPD
- 62** Revolutionäre von rechts? Die *Jungen*
Nationaldemokraten in Hamburg
- 70** Braune Biedermänner. Das Umfeld der
Hamburger NPD
- 86** Wortergreifungsstrategie. Warum wollen Nazis
auf linke Veranstaltungen?
- 88** Alles muss man selber machen. Antifaschistische
Strategien gegen die NPD
- 96** Arbeitskreis Antirassismus in ver.di.
Aktiv für ein solidarisches Miteinander
- 100** Zweiter Versuch. Für und wider eines Verbots
- 106** Ausgewählte Literatur, Adressen, Projekte,
Informationen & Beratungsstellen



VORWORT

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

2009 ist ein Jahr mit vielen Wahlen – wenn es aus der jüngeren deutschen Geschichte etwas zu lernen gibt, dann dies: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus war und ist ein Verbrechen. Wir Demokratinnen und Demokraten – und gerade auch wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – dürfen niemals den Fehler wiederholen, die alten und neuen Nazis zu unterschätzen. Auch wenn es derzeit so aussehen mag, als ob sich die NPD selbst zerlegen würde, heißt das keinesfalls, dass von ihr keine Gefahr mehr ausgeht. Auch vor 1933 haben viele Demokratinnen und Demokraten die Nazis unterschätzt, haben sie lange für lächerlich gehalten und dachten, der Spuk würde sich von selbst erledigen.

Im letzten Jahr 2008 mussten wir erleben, wie Neonazis aus ganz Deutschland in Hamburg den 1. Mai, den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung, für ihre Propaganda zu missbrauchen versuchten. Auch in diesem Jahr wollen sie wieder aufmarschieren, diesmal in Hannover. Sie geben sich sozial und globalisierungskritisch, untrennbar verquickt mit einem extremen Nationalismus. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise droht diese Agitation bei manchen zu verfangen, die sich

vor sozialem Abstieg, vor Arbeitslosigkeit und Armut fürchten.

Deshalb müssen wir die Menschen aufklären, dass die Slogans der Neonazis falsch sind – und in ihrer Konsequenz menschenverachtend: Der tatsächliche Interessenkonflikt verläuft nicht zwischen Deutschen und Nicht-deutschen, sondern nach wie vor zwischen Arbeit und Kapital, zwischen unten und oben, zwischen arm und reich, zwischen privilegiert und deklassiert. Gerade im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der kleinen Leute, der sozial Benachteiligten gehört die Demokratie gestärkt und nicht zerschlagen, und zwar auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

Die NPD ist nicht die einzige Organisation der Neonazis. Neben ihr und um sie herum gibt es ein weites Netzwerk aus alten und jungen Kameradschaften. Aber die NPD hat eine besondere Bedeutung: Sie will den rechten Kampf in die Parlamente tragen, diese als Bühne nutzen und die finanziellen Fördermittel kassieren. Sie übernimmt damit eine wichtige Funktion in der Gesamtstrategie der Faschisten, die den Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente umfasst.

Deshalb ist es für die antifaschistische Arbeit gegen die Neonazis wichtig, über die NPD, ihre Ziele, ihre Strategien und ihre Akteure Bescheid zu wissen, auch in Hamburg. Dazu soll diese Broschüre beitragen.

Diese Broschüre ist ein Gemeinschaftswerk des Arbeitskreises Anti-Rassismus bei ver.di Hamburg und von AVANTI – Projekt undogmatische Linke. Mein Dank gilt allen Autorinnen und Autoren für ihre engagierte Arbeit. Nutzen wir diese wertvolle Hilfestellung, um den alten und neuen Nazis weiterhin klar und konsequent entgegen zu treten, argumentativ und auch ganz praktisch.

Wolfgang Rose
Landesbezirksleiter ver.di Hamburg

April 2009

TICKER

In den vergangenen Jahren haben neonazistische Aktivitäten in Hamburg deutlich zugenommen. Die folgende Aufstellung ergänzt die Auflistung aus der Broschüre »Braune Jungs und Nazis-Deerns – Hamburg ganz rechts« aus dem Jahr 2007.

> >





8

ALLE REDEN VON »RECHTSEXTREMISMUS« – WIR NICHT!

Rechtsextremismus. Dieser Begriff begegnet uns bei zahlreichen Gelegenheiten – in der Berichterstattung der Medien und in Reden von Politiker_innen, in den Berichten der Verfassungsschutzämter und im wissenschaftlichen Diskurs. Gemeint ist meist dasselbe: jene politischen Akteure, die auf der Grundlage eines rassistischen und antisemitischen Weltbilds tätig sind, demokratische Institutionen und Prozesse beseitigen und die Gesellschaft nach Ungleichheitskriterien hierarchisch organisieren wollen. Meist geht es dabei um Gruppen oder Parteien rechts von der CDU/CSU – mal mehr, mal weniger klar abgrenzbar. Die Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus ist allerdings aus unserer Sicht politisch problematisch und daher abzulehnen. Wir zeigen in diesem Text, warum das so ist.

ALLES TOTAL EXTREM?

Der Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus liegt in Deutschland meistens eine spezifische Vorstellung des demokratischen Rechtsstaates zugrunde. Diesem Modell zufolge, gestaltet sich die Demokratie durch eine Vielzahl unterschiedlicher – mal eher rechter, mal eher linker – Meinungen und Positionen, die jedoch alle die Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie unterstützen. Hierzu gehören etwa die Grund- und Menschenrechte, die Gewaltenteilung oder die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen. Als »Extremisten von rechts und links« werden nach dieser Logik jene politischen Kräfte bezeichnet, welche die gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse nachhaltig verändern wollen. Die Bezeichnung »Extremismus« dient dazu, das Handeln und die Ziele dieser Gruppierungen als undemo-

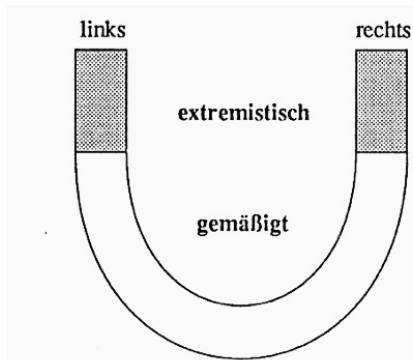
kratisch darzustellen und diese Gruppierungen auszugrenzen. Gelegentlich wird dieses Modell in Form eines Hufeisens präsentiert, an dessen Enden dann der linke und der rechte Extremismus platziert werden, sich also fast berühren.

Auch diese grafische Aufmachung kann dem hier praktizierten politischen Taschenspielertrick keine Seriosität verleihen. Erstens verweisen wir darauf, dass extrem rechte Kritiker_innen der Gesellschaft diese durch die Abschaffung demokratischer Rechte, die Förderung von Rassismus und Ausgrenzung sowie die Verfolgung einer aggressiven Außenpolitik verändern wollen. Demgegenüber strebt die politische Linke im Grundsatz eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten an, tritt



9

> > 30.07.06 Ca. 30 Neonazis aus NPD und DVU folgen der Einladung der Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen auf den Ohlsdorfer Friedhof. Die Festrede hält der Revisionist und ehemalige NS-Offizier Klaus Christoph Marloth. > >



Die Gesellschaft als Hufeisen – so sieht es die Extremismus-Theorie

für eine zivile Bearbeitung von Konflikten ein und will die Ursachen von Armut und Not beseitigen.

Erscheint es also völlig absurd, diese beiden politischen Richtungen mit einem identischen Begriff (Extremismus) zu belegen, so hat dieses Vorgehen doch Methode. Denn die politische Linke vertritt das Ziel, dass demokratische Teilhabe auch im Bereich der Wirtschaft praktiziert werden sollte: Warum sollte ein gesellschaftlicher Bereich, dessen Entwicklung – wie in den letzten Monaten erneut gravierend sichtbar wurde – allein in der Bundesrepublik für Millionen Menschen unmittelbare und schwerwiegende Folgen hat, von einigen wenigen gesellschaftlichen Gruppen kontrolliert werden? Wirtschaftsdemokratie ist die Antwort der Linken, das heißt die unmittelbare Beteiligung derjenigen, welche die Güter herstellen, aber auch derjenigen, die sie verbrauchen (und daher zum Beispiel ein berechtigtes Interesse daran haben, keine gesundheitsschädlichen Produkte zu verwenden).

Diese Zielsetzung bedeutet ein Mehr an Demokratie. Da diese Form der Demokratie aber die Macht derjenigen nachhaltig einschränkt, die derzeit die Entscheidungen in der Wirtschafts-

politik treffen und sich die Taschen vollstopfen, soll die Bezeichnung »Extremisten von links« dazu beitragen, die Linke als undemokratisch abzustempeln und ins gesellschaftliche Abseits zu verbannen. Dies ist umso bedenklicher, da es in den letzten 20 Jahren insbesondere die Linke gewesen ist, die der von CDU und SPD betriebenen Einschränkung der Grundrechte (zum Beispiel des Asylrechts und des Rechts auf Unversehrtheit der Wohnung) am konsequentesten entgegengetreten ist.

DIE VERTRETER_INNEN DES EXTREMISMUS-KONZEPTS

Beim Extremismus-Konzept handelt es sich also nicht um eine wissenschaftlich begründete Analyse, sondern um ein politisches Instrument, mittels dessen völlig gegensätzliche politische Richtungen gleichgesetzt werden. Die führenden Vertreter der Extremismus-Doktrin im universitären Bereich der Bundesrepublik, Eckhard Jesse und Uwe Backes, haben nicht nur maßgeblichen Einfluss auf den konservativen und den administrativen Diskurs, sondern scheuen selbst keine Berührung mit der sogenannten Neuen Rechten.

Auch wenn manche Wissenschaftler_innen die Unzulänglichkeit dieser Doktrin erkannt haben,¹ so findet sich der Begriff und das damit verbundene Konzept doch in den meisten wissenschaftlichen und medialen Veröffentlichungen. Ob in den Parlamenten, bei der Polizei, dem Verfassungsschutz, den Gerichten oder

auch in der politischen Bildungsarbeit – fast ausschließlich findet das Kampfinstrument »Extremismus« Verwendung. Eben dies gilt auch in vielen staatlichen und staatlich geförderten Projekten gegen rechts. Der so genannte antitotalitäre oder anti-extremistische Grundkonsens, der ‚Rot‘ und ‚Braun‘ gleichsetzt, denunziert aktive Antifaschist_innen und betreibt im Zweifelsfall deren Ausgrenzung. Bei der Vorstellung des Hamburger *Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus* (BNR) erklärte die damalige Sozialsenatorin Birgit Schnieper-Jastram folgerichtig: »Unser demokratisches Staatswesen wird von Extremisten aller Couleur bedroht« und fügte nach Ausführungen zum BNR hinzu: »Wir dürfen aber nicht auf dem linken Auge blind werden.« Zudem sind im Hamburger BNR die Behördenvertreter_innen, zum Beispiel aus der Polizei und dem Verfassungsschutz, deutlich stärker vertreten als Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft.

Zur schärfsten Waffe gegen so genannte Extremist_innen wird die Extremismus-Doktrin durch den Verfassungsschutz (VS). Die Einschätzungen des Inlandsgeheimdienstes gelten als Maßstab für Politik und Justiz, aber auch für die Medien. Kaum ein Journalist oder eine Journalistin wagt ein eigenständiges Urteil über eine »extremistische« Organisation abzugeben, ohne sich beim VS rückzuversichern. Der VS entscheidet mit über Berufs-, Vereins- oder Parteiverbote. Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden, gelten als undemokratisch und gefährlich.

Die Informationen des VS sind allerdings häufig fragwürdig und widersprüchlich, die Quellen unsicher, eine öffentliche oder wissenschaftliche Überprüfung ist unmöglich, denn die Ämter arbeiten ja im Geheimen. Der VS ist in erster Linie ein Geheimdienst, wie zum Beispiel der CIA. Auch der VS ist nicht politisch neutral, sondern folgt den jeweiligen politi-

Verfassungsschutzbericht für Hamburg 2007



schen Vorgaben der Länder und des Bundes. Obwohl der VS also auch politische Interessen verfolgt, darf er zu Mitteln greifen, die sonst in der Politik verboten sind: Der Geheimdienst darf nicht nur heimlich observieren, sondern auch Informant_innen anwerben oder verdeckte Ermittler_innen einschleusen. Er darf sogar den politischen Gegner von innen heraus zersetzen. Aber: Er kann »Extremist_innen« auch gewähren lassen, wenn es opportun ist. Dabei betreibt er – je nach politischem Bedarf – eine selektive Informationspolitik.

Während der Hamburger VS in den 90er Jahren noch Schnittstellen von Konservatismus und Neofaschismus – etwa bei den völkischen Studentenverbindungen oder der Neuen Rechten – auch in seinen jährlichen Berichten erwähnt hat, tauchen diese Schnittstellen heute nicht mehr auf. Während bei der Linken Organisationen, in denen angebliche »Extremisten« mit »Nichtextremisten« zusammenarbeiten, penibel aufgeführt werden, will man davon bei der extremen Rechten nichts wissen. Dass Personen, welche die Behörden in anderen Bundesländern als extrem rechts charakterisieren, in Hamburg bei Organisationen wie der *Staats-*

¹ »Der Extremismusansatz konnte sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht durchsetzen. Eine eigenständige, empirisch orientierte Forschungsrichtung, die sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden linker, rechter und religiöser Extremismen befasst, ist nicht erkennbar.« Schubarth, Winfried / Stöss, Richard (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 2001.

und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. oder der *Hamburger Burschenschaft Germania* referieren, möchte der Senat in diversen Parlamentarischen Anfragen mit Berufung auf das Geheimdienstgesetz nicht zugeben und entsprechend bewerten. Stattdessen erklärte der schwarz-grüne Senat im Januar 2009, dass sich der VS auf »rechtsextremistische Parteien, gewaltbereite und aktionistisch orientierte Rechtsextremisten sowie die rechtsextremistische Musikszene« konzentriert. Wer also nicht Mitglied einer neofaschistischen Partei ist, keine Nazimusk mag und auf der Straße keine »Türken klatscht«, kann in Hamburg relativ ungestört seinem braunen Treiben nachgehen. Einige Beispiele der Vergangenheit erhärten diesen Verdacht:

Als im März 2006 Antifaschist_innen bekannt machten, dass sich in der Handwerkskammer jahrelang ein Traditionsverband von ehemaligen Soldaten der Waffen-SS traf, war die Empörung der Öffentlichkeit groß. Bei den monatlichen Versammlungen wurden »Judenwitze« gerissen, die Verbrechen der SS und der Wehrmacht geleugnet und Angela Merkel und Helmut Kohl unterstellt, sie seien Marionetten einer »jüdischen Weltverschwörung«. Regel-

mäßiger Teilnehmer dieser Treffen war auch der damalige Hamburger DVU-Chef Günther Schlemmer. Der VS hatte die Beobachtung der ehemaligen Waffen-SS-Soldaten schon 1992 eingestellt, denn – so rechtfertigte VS-Vize Manfred Murck sich 2006 gegenüber Vorwürfen – der »gewaltbereite Rechtsextremismus hat unser Lagebild geprägt«. Im September 2007 wurde dann bekannt, dass sich die DVU in Hamburg regelmäßig in einer Immobilie der Deutschen Bahn traf. Wiederum waren es antifaschistische Gruppen, die darauf öffentlich aufmerksam machten, und nicht der VS.

Groß war die Empörung auch, als im Juni 2007 die Medien über das Lehrerpaar Karin und Jochen Schmutzler berichteten, die damals beide Mitglieder der NPD waren. Dem VS war das Paar zwar »seit Längerem als Unterstützer rechtsextremistischer Parteien bekannt«, die Schulbehörde wurde aber erst Anfang 2007 durch den VS benachrichtigt. Zur Kündigung von Jochen Schmutzler und der Versetzung seiner Frau in den Innendienst kam es erst nach der öffentlichen Berichterstattung.

Unter dem Schutz des VS und der Polizei dürfen Neonazis regelmäßig Konzerte in Hamburg durchführen. In den meisten Fällen werden

**Extrem hässlich. Der Extremismus.
Plastik vor dem Bonner Haus der Geschichte**



die ahnungslosen Vermieter_innen nicht vorab durch die Behörden informiert. Im November 2005 wurde den Behörden eine »Party mit Livemusik« von Nazis neun Tage vorher angekündigt, die Vermieter wurden zu keinem Zeitpunkt informiert. Die Clubbetreiber wollen, laut Indymedia, spontan wegen Vertragsbruch und Lärmbelästigung die Kündigung ausgesprochen haben, die Polizei weigerte sich jedoch, tätig zu werden. Bei einem Nazikonzert im Januar 2008 in Bahrenfeld wurde durch die 140 anwesenden Beamt_innen nicht geprüft, ob es zu strafbaren oder verbotenen Äußerungen durch die Bands kam.

Ein Konzert der in Nazi- und Hooligan-Kreisen beliebten Band *Kategorie C – Hungrige Wölfe* konnte am 14. März 2009 unter dem Schutz der Polizei in Moorburg stattfinden. Während zum Beispiel in Haltern eine Woche zuvor ein Konzert dieser Band von Stadt und Polizei verhindert wurde, fand in Hamburg das Konzert in Räumen der städtische *SAGA Siedlungsaktiengesellschaft Hamburg* statt.

Auch bundesweit gerieten die VS-Ämter im März 2009 in Erklärungsnot: Eine repräsentative Studie zu Jugendgewalt bei der 20.000 Jugendliche durch das *Kriminologische Institut*

Niedersachsen (KFN) befragt wurden, ergab, dass 14,4% der Jugendlichen ausländerfeindlich und 5,2% eindeutig rechtsextrem sind. Zudem gaben 3,8% der Befragten gegenüber den Forscher_innen an, »einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft« anzugehören – hochgerechnet entspräche dieses mehreren zehntausend organisierten, neofaschistischen Jugendlichen in der BRD. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz waren jedoch für das Jahr 2008 insgesamt nur 31.000 »Rechtsextremisten« aller Altersgruppierungen bekannt. Antifaschistischer Panikmache sind die Autoren_innen der Studie übrigens gänzlich unverdächtig, außer dem KFN war das Bundesinnenministerium unter Wolfgang Schäuble (CDU) an der Durchführung des Forschungsprojektes beteiligt.

Der Verfassungsschutz also betreibt gelegentlich Desinformation, verschweigt häufig die Kooperation konservativer und neofaschistischer Kreise, relativiert die Gefahr durch die extreme Rechte und diffamiert oftmals linke und antifaschistische Kritik als »extremistisch«. Da die Ämter dennoch über ein weithin ak-

zeptiertes Interpretationsrecht verfügen, wird eine öffentliche Auseinandersetzung über die extreme Rechte und den organisierten Neofaschismus eingeschränkt und zur Chefsache der jeweiligen VS-Leiter, Innenminister und entsprechenden Regierungen gemacht. Nicht zuletzt deshalb gehört dieser Geheimdienst abgeschafft, denn er verhindert eine breite und transparent geführte Auseinandersetzung um die Bekämpfung der extremen Rechten und die Analyse der Bedingungen ihres Erfolgs.

NAZIS, FASCHIST_INNEN UND EXTREME RECHTE

Die meisten Leser_innen dieser Broschüre werden sich als Antifaschist_innen verstehen und sich damit auch begrifflich auf den Faschismus beziehen. Allerdings ist auch in der Linken von Faschismus oder Neofaschismus heute viel weniger die Rede als früher. Stattdessen wird mit Blick auf den Zeitraum, in dem die NSDAP an der Macht war (1933-1945), meist der Begriff Nationalsozialismus und bezüglich der Nachkriegsentwicklung meist der Begriff Rechtsextremismus benutzt.

Auch wir verwenden den Begriff Nationalsozialismus, um auf die spezifisch deutsche Herrschaftsform des Faschismus unter der Führung der NSDAP und angegliederter Organisationen sowie auf die deutsche Verantwortung für die Schoah zu verweisen. Zugleich kann mit der Verwendung der Bezeichnung »deutscher Faschismus« aber verdeutlicht werden, dass es zahlreiche strukturelle Gemeinsamkeiten – etwa die Gegnerschaft zu Liberalismus und Sozialismus, die Methoden der Massenmobilisierung, die terroristische Herrschaft, den Militarismus, Nationalismus und Rassismus –

mit den Regimes in Italien und Spanien oder mit faschistischen Bewegungen in Osteuropa gab.²

Konservative Wissenschaftler_innen und Politiker_innen haben sich aus politischen Gründen schon immer scharf gegen den Faschismus-Begriff gewandt, weil mit diesem auch die historische Tatsache verbunden ist, dass es – neben den konservativen Eliten und Militärs – vor allem deutsche Industrielle und Bankiers waren, die maßgeblichen Anteil an der Durchsetzung des deutschen Faschismus hatten und zudem von seinem imperialistischen Raubprogramm profitierten. Max Horkheimer brachte diese Zusammenhänge mit dem folgenden Zitat auf den Punkt: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«. Insbesondere von konservativer Seite wird beim Begriff Nationalsozialismus, den die Nazis bewusst in der Hoffnung wählten, damit vor allem Arbeiter_innen ansprechen zu können, der Vorteil gesehen, diesen als »links« (Sozialismus) diffamieren zu können. Damit wollen sie die schuldhafte Verstrickung des deutschen Konservatismus mit dem NS-Regime vergessen machen. Im Gegenzug wird der Begriff Faschismus von konservativer Seite denunziert; er sei – so der frühere Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Jahr 1988 – »ein Kampfbegriff, den vor allem Kommunisten verwenden«.

Jene politischen Gruppen, die sich auf die Weltanschauung der NSDAP beziehen und in die Tradition zentraler Akteur_innen der NSDAP stellen – sei es Hitler, SA-Chef Röhm oder die Waffen-SS –, bezeichnen wir als Neonazis. Dies gilt etwa für den aktuellen Hamburger Lan-

2 Den an der neueren Faschismusforschung Interessierten seien vor allem die Werke der angelsächsischen Autoren Roger Griffin, Stanley Payne und Robert O. Paxton, des israelischen Historikers Zeev Sternhell sowie der deutschen Autoren Arnd Bauernkampfer und Richard Saage empfohlen.

desverband der NPD. Auf die gesamte NPD wie auch auf die DVU trifft diese Bezeichnung jedoch nicht so eindeutig zu. Diese sind neofaschistische Organisationen. Denn zu ihren historischen Vorbildern und Bezugspunkten gehören nicht nur Organisationen und Personen des Dritten Reichs, sondern auch Ideologen anderer faschistischer Bewegungen und Regimes in Europa sowie auch deutsche jungkonservative oder nationalrevolutionäre Vordenker_innen aus der Weimarer Republik, die sehr wohl eine autoritäre Diktatur oder ein Drittes Reich propagierten – allerdings nicht einen Faschismus Hitlerscher Prägung.

In der ersten Hochzeit der NPD in den 60er Jahren war es durchaus üblich, diese Partei als neofaschistisch zu kennzeichnen, obwohl sie zu dieser Zeit zwar personell stark von ehemaligen NS-Aktivist_innen geprägt war, in Weltanschauung und Auftreten jedoch, viel stärker als heute, auf den Konservatismus ausgerichtet war. Nicht nur marxistische Politologen wie Reinhard Kühnl (Die NPD – Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei, 1967), sondern auch bürgerliche Historiker wie Lutz Niethammer (Angepasster Faschismus – Politische Praxis der NPD, 1969) legten damals Standardwerke zur NPD vor, in denen sie die Partei als faschistisch charakterisierten.

Neonazis und Neofaschist_innen sind Teil einer breiteren Strömung der extremen Rechten, mit denen sie zahlreiche weltanschauliche Gemeinsamkeiten – etwa Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus – teilen. Zugleich gibt es jedoch auch Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der ideologischen Nähe zu den historischen Formen des Faschismus. Eine präzise Abgrenzung einer extremen Rechten von einer gemäßigten Rechten, das heißt dem Konservatismus, ist nicht immer möglich. Dies liegt daran, dass in der politischen Realität die

se Übergänge fließend sind und von den Beteiligten nicht immer ein scharfer Trennungstrich gezogen wird.

Zugegebenermaßen gibt es keine wirklich befriedigende Alternative, wenn es um einen Sammelbegriff für diejenigen geht, die ansonsten mit Neofaschist_innen, Neonazist_innen, Rechtskonservativen oder einfach Nazis benannt werden können. In der Forschung hat sich die Bezeichnung »extreme Rechte« durchgesetzt, da damit der radikalste Flügel der politischen Rechten etwa gegen die konservative Rechte abgegrenzt und benannt werden kann, ohne automatisch auf eine Gleichsetzung dessen am »linken Rand« zu verweisen. Entsprechend benutzen auch wir diesen Begriff, wenn es um das Spektrum von NPD und Umfeld geht. ■





NPD – EINE PARTEI VOR DER AUFLÖSUNG?

Glaubt man der Berichterstattung vieler Medien im Frühjahr 2009, dann befindet sich die NPD kurz vor der Auflösung: finanzielle Probleme und ein Streit um das zukünftige Führungspersonal würden die älteste neofaschistische Partei in Deutschland in ihrer weiteren politischen Existenz bedrohen. Tatsächlich hat die Partei wegen der Veruntreuung von Parteigeldern durch den ehemaligen Schatzmeister Erwin Kemna sowie aufgrund falscher Angaben in den Rechenschaftsberichten ernsthafte Finanzprobleme. Zusätzlich erhitzt die Kontroverse um den Parteivorsitz die Gemüter. Doch handlungsunfähig oder kurz vor der Pleite ist die NPD noch lange nicht.

Seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt und der damit verbundenen Öffnung der neofaschistischen Partei für Neonazis hat die NPD erheblich an Boden gewonnen und ist zur wichtigsten Struktur des organisierten Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die Mitgliederzahl stieg auf über 7.000, die Palette der Aktionsformen wurde erweitert, das Parteiorgan *Deutsche Stimme* erscheint monatlich mit inzwischen 32 Seiten Umfang, die Breite der von der NPD behandelten politischen Themen hat enorm zugenommen – und die Partei hat nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens den Nimbus der Unangreifbarkeit gepflegt. Schließlich gab es auch bei Wahlen Erfolge.

Nachdem es im Juni 2004 dem *Nationalen Bündnis Dresden* gelungen war, in das Dresdner Stadtparlament mit mehreren Abgeordneten einzuziehen, setzte sich die an der Basis der neofaschistischen Parteien immer wieder geforderte »Einheit der Rechten« langsam durch. Der Wahlerfolg der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg im Herbst 2004 beschleunigte die Entstehung des sogenannten »Deutschland-Paktes« zwischen den beiden Parteien. In diesem Pakt wurde im Januar 2005 vereinbart, dass die Parteien bei zukünftigen Wahlen auf Landes- und Bundesebene sowie bei den Europawahlen nicht mehr miteinander konkurrieren, sondern jeweils Mitgliedern der anderen Partei auf ihrer Wahlliste aussichtsreiche Plätze anbieten. Der »Pakt« erweist sich – entgegen mancher Unkenrufe – als immerhin so flexibel, dass die NPD – statt wie ursprünglich vereinbart die DVU – zu den Landtagswahlen Ende August in Thüringen antreten wird.

Neben den Absprachen mit der DVU hat die NPD-Parteispitze um Voigt mit beträchtlichen Teilen der sogenannten *Freien Kameradschaften* (FK) eine selbst ernannte »Volksfront



Links: Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern
Rechts: Udo Voigt, Parteivorsitzender der NPD seit 1996

von rechts« ins Leben gerufen. Dieses hat sich einerseits in der Unterstützung der NPD-Wahlkampfaktivitäten (z.B. Flugblattverteilung, Plakatierung, Betreuung der Wahlkampf-Infostände), andererseits in der materiellen Absicherung von Neonazi-Kadern (vordere Listenplätze, Jobs bei den Landtagsfraktionen, Geld für Wahlkampf) geäußert. Allerdings hat es immer wieder Kritik vom neonazistischen Teil der Bewegung gegeben, derzufolge die NPD-Parteispitze die *Freien Kameradschaften* nicht wirklich ernst nehmen bzw. deren Auftreten in der Öffentlichkeit nicht unterstützen. Zuletzt war der Konflikt aufgebrochen, als der Neonazi Thomas Wulff eine Hakenkreuzfahne auf den Sarg des Altnazis Friedhelm Busse gelegt und die Parteiführung dies als unnötige Aktion kritisiert hatte. Auch wenn ein Teil der *Freien Kameradschaften* aus diesem Grunde wieder auf Distanz zur NPD gegangen ist, kann von einem Ende der »Volksfront von rechts« keine Rede sein. So funktioniert die Zusammenarbeit etwa in Mecklenburg-Vorpommern, in Hamburg oder in Thüringen gut; in Niedersachsen finden



Demonstration von NPD und JN in Roßwein, Sachsen (Quelle: Indymedia)

sich mit Matthias Behrens und Ricarda Riefling Angehörige der *Freien Kameradschaften* auf der Landesliste zur anstehenden Bundestagswahl.

MONEY, MONEY, MONEY ...

Daran fehlt es der NPD momentan besonders, nachdem sich herausgestellt hatte, dass ihr ehemaliger Schatzmeister, Erwin Kemna, seit 2004 insgesamt etwa 627.000 Euro aus der NPD-Kasse abgezackt und in seine Küchenfirma gesteckt hatte. Zudem fordert die Bundestagsverwaltung aufgrund gefälschter Spendenbescheinigungen im NPD-Landesverband Thüringen aus den Jahren 1997 und 1998 rund 870.000 Euro zurück, die der Partei aufgrund der Regelungen zur Parteienfinanzierung zugegangen waren. Weitere Unregelmäßigkeiten

sind von der NPD inzwischen eingeräumt worden. Nun hat die Bundestagsverwaltung auch noch eine Strafzahlung von über 2 Millionen Euro verhängt.

Inzwischen will die Bundestagsverwaltung die Zuweisung von weiteren Mitteln der staatlichen Parteienfinanzierung nur noch gegen Sicherheitsleistungen vornehmen; allerdings sind bereits die meisten Grundstücke und Immobilien der NPD mit Hypotheken belastet. Dagegen hatte der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger Verfassungsbeschwerde eingereicht, diese wurde jedoch vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen. In der Begründung vom 8. Oktober 2007 hieß es, die Partei habe nicht ausreichend deutlich gemacht, dass die Einschränkung der Zahlungen seit dem vierten Quartal 2006 zur Einschränkung der Parteientätigkeit führen könnte. Deshalb hat die Partei ihre monat-

lichen Ausgaben nun aufgelistet. In diversen Medienberichten von Anfang März 2009 wurde dies als Beweis für die Finanznot der Partei interpretiert – tatsächlich könnte dadurch aber gerade der Weg für eine Wiederaufnahme der Zahlungen frei gemacht werden. Denn die NPD wird darauf pochen, dass Parteien als wichtige Organe der politischen Willensbildung in der bürgerlichen Demokratie eines Mindestmaßes an staatlichen Finanzmitteln bedürfen.

In der Partei sind die Veruntreuungen Kemnas zu einem zentralen Streitpunkt geworden; insbesondere Parteichef Voigt wird dafür kritisiert, dass er Kemna lange gegen entsprechende Vorwürfe in Schutz genommen hat. In den vergangenen Monaten ist die Finanzfrage in der NPD im Rahmen eines internen Machtkampfes zur Personalfrage gemacht worden. Aufhänger der Diskussion ist dabei die Frage, ob Udo Voigt als Parteivorsitzender sich bei der Behandlung der Kemna-Affäre korrekt verhalten hat. Hat er von der Veruntreuung gewusst und Kemna deshalb zunächst gedeckt? Hat er nicht davon gewusst und ist als Vorsitzender deshalb nicht mehr tragbar, weil er die nötige Kontrolle und Sorgfalt nicht gewährleistet hat?

PACK SCHLÄGT SICH – PACK VERTRÄGT SICH

Ob Voigts Management der Finanzprobleme geschickt war, kann Antifaschist_innen egal sein. Fakt ist, dass es von Kritikern in der Partei dazu genutzt wird, die Ablösung des langjährigen Vorsitzenden zu betreiben. Zwar erhielt er noch auf dem Bamberger Parteitag Ende Mai 2008 90,02% der Delegiertenstimmen, doch seit der Verurteilung Kemnas im September 2008 hat sich die Kritik im neofaschistischen Lager verstärkt.



Seit 1996 Bundesvorsitzender der NPD: Udo Voigt

Hatte sich zunächst niemand in der NPD zum »Königsmörder« machen wollen, traten Ende 2008 mit den NPD-Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns, Udo Pastörs und Holger Apfel, sowie dem NPD-Generalsekretär Peter Marx zentrale Funktionsträger mit der Ankündigung hervor, der als Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen aktive Andreas Molau werde gegen Voigt antreten. Damit formulierten die langjährigen Weggefährten Voigts nicht nur eine offene Kampfansage, sondern lösten auch eine bis heute andauernde Flut von Stellungnahmen von NPD-Funktionären und -verbänden aus, die sich mal für Voigt, mal für Molau aussprachen – oder gar den Rücktritt des gesamten Vorstandes forderten, denn dieser sei ja insgesamt für das Finanzdesaster mitverantwortlich.

Ende Februar 2009 zog Andreas Molau seine Kandidatur zurück, nachdem der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern beschlossen hatte, diese nicht zu unterstützen. Als neuer Herausforderer Voigts beim Bundesparteitag trat seitdem Udo Pastörs, der in Bamberg mit 71,5% in den Vorstand gewählt worden war, auf; massive Unterstützung für



»Klartext«, die Fraktionszeitschrift der NPD im sächsischen Landtag

»Der Ordnungsruf«, Fraktionszeitschrift der NPD im mecklenburg-vorpommerschen Landtag – weil die Abgeordneten so oft zur Ordnung gerufen werden mussten



Voigt kam derweil vom Hamburger NPD-Chef Jürgen Rieger, der mit erheblichen Geldmitteln bereits in der Vergangenheit Wahlkampfaktivitäten unterstützte. Riegers Kontrahenten warfen ihm aber vor, er nutze sein Geld im innerparteilichen Machtkampf zur Durchsetzung der ihm genehmen Personen.

In den Medien wird der Kampf um den Parteivorsitz häufig als Kampf zweier Linien – »gemäßigt« (Molau/Pastörs) gegen »radikal« (Voigt/Rieger) – dargestellt. Das ist jedoch Unsinn. Wie der historische Nationalsozialismus unterschiedliche Strömungen kannte, so bezieht sich das heutige NPD-Führungspersonal auch auf unterschiedliche Denktraditionen im Faschismus. Was aber einen Pastörs politisch weniger radikal machen soll als einen Voigt, ist wohl das Geheimnis der Journalisten, die einen solchen Unfug in die Welt setzen. Weltanschaulich besteht in 90% der Themen große Übereinstimmung unter den Kontrahenten. In dem Streit geht es daher einerseits um taktische Fragen, d.h. wie wird die neofaschistische bzw. neonazistische Ideologie massenwirksam verpackt, und andererseits vor allem um persönliche Rivalitäten und die Aussicht auf bezahlte Posten.

ABGERECHNET WIRD ZUM SCHLUSS

Beim außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin am ersten April-Wochenende 2009 konnte sich Udo Voigt durchsetzen; gut 62% der Delegierten gaben ihm ihre Stimme. Zu den Stellvertretern wurden Jürgen Rieger, der Thüringische Landesvorsitzende Frank Schwerdt sowie Karl Richter gewählt, der für die *Bürgerinitiative Ausländerstopp* im Münchner Stadtparlament sitzt. Den Vorstand komplettieren mehrere altgediente und Voigt-treue NPD-Funktionäre wie die Landes-

vorsitzenden aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen Uwe Schäfer und Ulrich Eigenfeld. Zudem ist mit Thomas Wulff, Thorsten Heise und Andreas Thierry auch die Verbindung zu den gewaltbereiten *Freien Kameradschaften* gestärkt worden. Zwar sind auch zwei Vertreter aus dem Landesverband Sachsen im neuen Vorstand; dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nun bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden unterlegenen Holger Apfel und Udo Pastörs, die den beiden Landtagsfraktionen vorstehen, im Vorstand wenig direkten Einfluss haben.

Dies mag als Sieg Voigts auf ganzer Linie gelten, und von breiten Teilen der Parteibasis wird nun gefordert, dass die Entscheidung allgemein akzeptiert werden müsse und die Wahlkämpfe nun entschlossen zu führen seien. Gleichwohl kann sich der Ausgang des Parteitages als taktischer Vorteil für Pastörs und Apfel erweisen. Denn am Ende des Wahlmarathons – insbesondere nach den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Anfang Juni und den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen Ende August – wird innerparteilich erneut Bilanz gezogen werden. Und dabei haben die Voigt-Herausforderer möglicherweise bessere Chancen: Erhöht sich die Zahl der kommunalen Mandate, dann ist das eine gute Vorlage für die Landtagswahl, bei der die NPD erstmals in ihrer Geschichte erfolgreich in eine zweite Legislaturperiode gehen könnte. Apfel wird das dann als Beweis für die Richtigkeit des »sächsischen Wegs« ausgeben. Voigt muss sich ganz auf die Landtagswahl in Thüringen konzentrieren. Gelingt der NPD dort der Sprung über die 5%-Hürde nicht, so wird er innerparteilich weiter an Unterstützung verlieren. Insofern ist die endgültige Entscheidung über die personelle Besetzung der NPD-Parteispitze nur aufgeschoben.

Die auch in neofaschistischen Kreisen gesponnene Diskussion, nach der die DVU ein neues Parteiprojekt werden könne, in das unzufriedene NPD-Mitglieder und -Aktivist_innen wechseln, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Mit der Ablösung des langjährigen DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey durch den früheren NPDler Matthias Faust besteht zumindest die Möglichkeit, dass diese Partei auch für jüngere und aktivistisch orientierte Neonazis etwas attraktiver wird. Allerdings gilt auch hier, dass ein solches Konkurrenzprojekt zur NPD nur dann auf Zuspruch in Szene und Bewegung treffen wird, wenn es sichtbar erfolgreich ist. Dafür dürfte weniger die Beteiligung der DVU an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni bedeutsam sein als die Landtagswahl in Brandenburg, an der die DVU teilnehmen wird. Gelingt es ihr dort nicht, erneut Abgeordnete in den Landtag zu entsenden, dann bleibt die DVU ein unattraktives Projekt im Spektrum des bundesdeutschen Neofaschismus.

DIE NPD – MIT DER KRISE AUS DER KRISE?

Die von der NPD nach dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gehegte Perspektive, schon im Jahr 2009 zum »Sturm auf den Reichstag« anzusetzen, hat sich mit dem schlechten Abschneiden bei den Landtagswahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen zunächst einmal als unrealistisch herausgestellt. Nun geht es der neofaschistischen Partei zum einen allgemein um den Ausbau der kommunalen Verankerung (einschließlich der entsprechenden Mandate) sowie zum anderen konkret im Jahr 2009 um den Wiedereinzug in den

sächsischen Landtag und um die Entsendung von Abgeordneten in das thüringische Landesparlament. Während es im Westen vor allem um das Erreichen der Wahlkampfkostenerstattungsgrenze geht, erklärte die NPD als überregionales Ziel die Wahl ins Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 2011. Gelingt auch hier der Einzug, so soll dann erneut der Bundestag »ins Visier genommen werden«.

In den strategischen Überlegungen der NPD zur Ausweitung ihres politischen Einflusses und der Vergrößerung ihrer Anhänger- und Wähler_innenschaft spielen Wirtschaftskrisen eine herausragende Rolle. Erst mit der massiven Verarmung der Bevölkerung rechnen sich die Neofaschist_innen gute Chancen aus, massenhaft Zulauf zu bekommen. Mit der bereits vor einigen Jahren begonnenen Schwerpunktsetzung auf die »soziale Frage«, die die NPD und andere Faschist_innen nationalistisch, rassistisch und antisemitisch aufladen wollen, hat die NPD bereits in den Wahlkämpfen in Ostdeutschland und im Saarland (2004: 4,0%) erste Erfolge errungen. Die mit den kommenden Entlassungen verbundenen Ängste, Frustrationen und Demütigungen will die NPD zu einer Abwendung der Menschen von demokra-

tischen Strukturen und Prozessen und zur rassistischen Verhetzung nutzen. Bisher ist es ihr nur an wenigen Standorten gelungen, vor den Werkstoren ihre Propaganda zu verbreiten – so etwa bei Opel in Eisenach oder vor Siemens-Betrieben in Bayern. Wenn der Kampf um die NPD-Spitze im April – zumindest vorübergehend – beigelegt sein wird und die NPD vielleicht eine Teilsomme der Wahlkampfkostenerstattung ausgezahlt bekommt, wird die NPD sich massiv zu Wort melden. Nicht zufällig kündigte der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag beim NPD-Landesparteitag im März in Meißen an: »Wir wären töricht, wenn wir die Finanzkrise nicht in die Mitte unseres Wahlkampfes rücken würden«.

In Sachsen hat die NPD ihre Basis bei den letzten Kommunalwahlen ausgebaut; mit weiteren Erfolgen bei den in anderen Teilen des Landes am 7. Juni stattfindenden Kommunalwahlen kann die Partei die Möglichkeit verbessern, erstmals in ihrer Geschichte auch in einer zweiten Legislaturperiode in einen Landtag einzuziehen (30.8.2009). Um den Wahlkampf intensiv führen zu können, ist die NPD auch in Sachsen auf die Mitwirkung der parteilosen neonazistischen Strukturen angewiesen. Ent-



Udo Pastörs spricht gerne von »Judenrepublik«, »Krummnasen« und (türkischen) »Samenkanonen«. Gegen den Fraktionsvorsitzenden in MVP wird deswegen inzwischen wegen Volksverhetzung ermittelt



Die NPD-Landtagsfraktion demonstriert am 14.2.2009 gemeinsam mit 6500 Kamerad_innen in Dresden

sprechend deutliche Worte wählte Apfel denn auch beim Neonazi-Aufmarsch in Dresden am 14. Februar 2009, wo er in schroffem Ton im Zusammenhang mit der Schoa gegen das »Dogma der jüdischen Opferzahlen« wettete und die Freilassung von Holocaustleugnern forderte. Kurz darauf wurde der Hitler-Apologet und neonazistische Liedermacher Frank Rennie von der NPD-Fraktion als »Sachverständiger« zur Förderung der Jugendmusik in den sächsischen Landtag eingeladen.

Hat die NPD aufgrund des Aufbaus flächendeckender Strukturen in Sachsen recht gute Aussichten erneut in den dortigen Landtag einzuziehen, so wird ihr bei den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen im Saarland eine Wiederholung des Erfolgs von 2004 wohl nicht gelingen, da die Unzufriedenheit sich eher in Stimmabgaben für die Partei *Die Linke* oder Wahlenthaltungen äußern wird.

In Thüringen steht die NPD derzeit bei den Umfragen bei 4%, nachdem sie dort bei der Bundestagswahl 2005 mit 3,7% der Zweitstimmen ihr deutschlandweit zweitbestes Ergebnis erreicht hatte. Der Einzug in den Thüringer Landtag ist also möglich, zumal die NPD dort seit vielen Jahren an ihrer lokalen Verankerung

arbeitet und kommunalpolitische Themen aufgreift. Längst haben sich NPD-Mitglieder in lokalen politischen Strukturen breitgemacht und diskutieren fleißig mit, wenn beispielsweise in Stadtrats- und Kreistagssitzungen über die geplante Umgehungsstraße beraten wird. Die Kommunalwahlbeteiligung der NPD im Jahre 2009 wird seit 2007 durch parteiinterne Schulungen vorbereitet.

Viel auf dem Spiel. Das Geld für aufwändige Wahlkämpfe ist knapp. Sollte sich breiter gesellschaftlicher Widerstand gegen die Partei formieren, dann könnte das Jahr 2009 für sie einen schweren Rückschlag bringen. Dieser Widerstand ist nicht nur in Ostdeutschland wichtig, wo die NPD derzeit in zwei Landesparlamenten sitzt. Flächendeckende Aktivitäten gegen die NPD – ihre Propagandaaktionen, ihre Organisationsversuche, ihre Parteitage, ihre Wahantritte auch auf der kommunalen Ebene – sind notwendig. Die Vielzahl der Wahlen im Jahr 2009 ist auch eine Chance zu breiten und entschlossenen Kampagnen gegen die NPD und andere Neonazis. ■

ANTIFASCHISTISCHE AKTIVITÄTEN IN HAMBURG: DIE »AKTION BRAUNER SACK«

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Antifaschist_innen,

auch in Hamburg wird es in diesem Superwahljahr verstärkt öffentliche Auftritte aus dem Spektrum der extremen Rechten geben. Neofaschistische Gruppen wollen über Infostände, Kundgebungen etc. ihre Ideologie in die Bevölkerung tragen und den Wahlkampf in ihrem Sinne nutzen. Dies betrifft sowohl die Parteien (NPD, DVU) als auch, durch ihre entsprechende Organisation vor Ort, Teile der „Freien Kameradschaften“. Wir wollen dies nicht zulassen, sondern gemeinsam mit möglichst vielen Menschen deutlich machen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ Es soll in Hamburg keine Orte geben, an denen Nazis ungestört ihre Propaganda verbreiten können. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) plant dazu die „Aktion Brauner Sack“. Wir möchten das Material bieten und eine Infrastruktur aufbauen, die es jeder und jedem ermöglicht, auch in kleinen Gruppen, sofort auf Infostände, Kundgebungen etc. der Neonazis zu reagieren. Wir wollen entsprechende „braune Säcke“ mit dem bekannten weißen Logo bedrucken sowie Flyer in Postkarten- und A4-Format herstellen, die jede/r sich abholen bzw. herunterladen kann, um im Falle eines Auftritts der Nazis sofort handlungsfähig zu sein. Nazis entgegentreten, ob auf dem Wochenmarkt, in der Fußgängerzone oder im Betrieb! Diese Aktion lebt davon, dass Aktivitäten an vielen Orten entstehen.

Aktuelle Termine, Informationen und Materialien zur Aktion findet ihr auf unserer Homepage:

WWW.KEINE-STIMME-DEN-NAZIS.ORG



HAMBURGER BÜNDNIS GEGEN RECHTS
C/O VVN-BDA, HEIN-HOYER-STR. 41, 20359 HAMBURG



VOLKSGEMEINSCHAFT MODERN

DIE IDEOLOGISCHEN BAUSTEINE DER NPD

Wie in anderen Kapiteln dieser Broschüre deutlich wird, meldet sich die NPD seit den 1990er Jahren immer häufiger zu Themengebieten aus aktuellen politischen Kontroversen zu Wort. Es ist also zu beobachten, dass die Breite der Themen, zu denen sich die Nationaldemokraten äußern, immer größer wird. Der Kern ihres Programms lässt sich jedoch nach wie vor auf wenige zentrale Punkte extrem rechter Ideologie zurückführen.

Im Zentrum der nationaldemokratischen Welterklärung steht dabei die vollkommen unwissenschaftliche Theorie von »Rassen« und »Völkern«, in welche die Weltbevölkerung eingeteilt wird und denen bestimmte Charakter- und Verhaltensmerkmale zugesprochen werden. Dabei wird die sogenannte »Volksgemeinschaft« zum Kollektivsubjekt erklärt und das Individuum wird den Interessen des »Volkskörpers« eindeutig untergeordnet. Ursprünge dieser verqueren Weltanschauung sind vor allem bei den Ideologen des »Völkischen Nationalismus« zu finden, auf dem auch das Weltbild des Nationalsozialismus basierte. Der Unsinn dieses biologistischen Modells setzt sich weiter fort, wenn die NPD in ihrem Parteiprogramm, in Ablehnung der universellen Gültigkeit der Menschenrechte, die Würde des Menschen von dessen »Volkstum und Kultur«, also von dessen exklusiver, biologisch-genetischer Teilhabe an der konstruierten »Volksgemeinschaft« abhängig macht. Diese Haltung findet eine Fortführung in der rassistischen Programmatik der Partei, welche unter dem Stichwort der »nationalen Solidarität« die Diskriminierung, Entrechtung

und Abschiebung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund als legitimes Mittel der »Arterhaltung« darstellt. Die Forderung danach, dass jedem »Volk« in Europa sein Raum zustehe, bildet innerhalb dieses rassistischen Programms keineswegs eine Ausnahme. Sie stärkt viel eher die Grundannahme einer völkisch definierten Aufteilung Europas, in dem der politische und geschichtliche Verlauf in erster Linie durch das ständige Ringen der einzelnen Völker um deren nationale Identität geprägt wird. Verstärkt wird dies durch die eindeutige Trennung aller »Völker« voneinander, so dass klar von einem Apartheidsmodell gesprochen werden kann.

Im Anschluss an diese Vorstellung von Europa fordert die NPD eine Neuordnung des Kontinents, nach der dem »deutschen Volk« eine Vormachtstellung zukommen müsse. Diese müsse, laut Parteiprogramm, auch darin ihren Ausdruck finden, dass ein »großdeutscher Nationalstaat«, welcher alle historisch deutsch besetzen und besiedelten Gebiete Europas, also auch Teile Polens, Tschechiens und Russlands umfassen würde, das Zentrum Europas bilden müsse. Gebiete Westeuropas sind zwar



Die Volksgemeinschaft ist immer dabei: »antikapitalistische« Parolen der NPD



im Parteiprogramm nicht explizit erwähnt, doch liegt nahe, dass auch Elsass-Lothringen, Südtirol und Österreich in diesem »Volksstaat« subsumiert werden sollen. Spätestens hier wird deutlich, dass die Politik der NPD den Frieden innerhalb Europas eindeutig gefährden würde.

Einen weiteren zentralen Punkt innerhalb der Ideologie der NPD stellt der Antisemitismus dar, welcher vor allem auch als Verbindungsglied zwischen den einzelnen ideologischen Elementen fungiert. Dem »Völkischen Nationalismus« folgend werden Juden in der Weltanschauung der NPD grundsätzlich als Fremdkörper im »deutschen Volk« betrachtet und darüber hinaus wird ihnen pauschal ein böser, mach- und geldgieriger Charakter zugesprochen. Auch wenn dies nur selten offen geäußert wird, so werden häufig in Veröffentlichungen antisemitische Chiffren verwendet. Auf diese Weise durchtränkt radikaler Antisemitismus die gesamte Ideologie der NPD. Ein weiteres zentrales Merkmal dieser Gesinnung ist die paranoide Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, welche als oberstes Ziel die Schwächung und die »Multikulturalisierung« Deutschlands habe. Im Mittelpunkt steht hier-

bei auch die Wahnvorstellung, dass die US-Regierung jüdisch unterwandert sei und somit in allen politischen wie wirtschaftlichen Fragen in erster Linie im Sinne des Judentums agieren würde und es sich zum Ziel gemacht habe, die »Volksgemeinschaften« Europas zu zerstören. Auch wenn nicht sicher zu belegen ist, dass der Antisemitismus der NPD eine direkt werbende Wirkung für die Partei hat, so ist doch zu erkennen, dass über diesen Weg an gesellschaftlichen Vorurteilen, wie der verbreiteten Ablehnung Israels und einen diffusen Antiamerikanismus, angeknüpft werden kann und so versucht wird, davon zu profitieren.

Abschließend ist zu sagen, dass die NPD nach wie vor eine rassistische, antisemitische, nationalchauvinistische und anti-demokratische Partei ist, die im Sinne des »Völkischen Nationalismus« das bestehende politische und gesellschaftliche System in Deutschland und Europa durch das Konstrukt der »Volksgemeinschaft« austauschen möchte. ■



TRADITION UND NEUERUNG RÜCKBLICKE AUF DIE GESCHICHTE DER HAMBURGER NPD

30

In der Geschichte des Hamburger Landesverbandes der NPD spiegelt sich die Entwicklung der gesamten Partei wider. Seit der Gründung im Februar 1965 hat sich der Landesverband von einer zum Teil auf den Konservatismus orientierten Honoratiorenpartei zur wichtigsten extrem rechten Organisation Hamburgs entwickelt, mit einer Selbstverortung in der radikalen Systemopposition.

ANFANGSERFOLGE

Die Bundespartei war 1964 aus Kreisen der *Deutschen Gemeinschaft* (DG) und der *Deutschen Reichspartei* (DRP) hervorgegangen, die beide nicht in der Lage waren die Wähler_innen der in den 50er Jahren verbotenen *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) zu binden. Bis 1969 wuchs die Zahl der Mitglieder, die sich zu großen Teilen in der Tradition des Nationalsozialismus sahen, auf 28.000 an. In der Führungsebene verdrängte 1967 das ehemalige NSDAP-Mitglied Adolf von Thadden den Gründungsvorsitzenden Fritz Thielen.

Mit der thematischen Fokussierung auf die Ost-Politik gelangen bei den Bundestagswahlen 1965 (2,1%) und 1969 (4,3%) »Achtungserfolge«. Auf Landesebene glückte mit Ergebnissen zwischen 5,8% und 9,8% der Einzug in sieben Landesparlamente.

In Hamburg führte derweil der Reeder Horst Günter Schweimer den kleinen Landesverband in die ersten Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, die 1966 nur wenige Monate nach der Bundestagswahl stattfanden. Am Ende entfielen immerhin 3,9% der Stimmen auf die NPD. Auch dieses Ergebnis muss zwar im Kontext der Diskussion um die sogenannten Vertriebenen gesehen werden, die in großer Zahl im Hamburger Umland lebten, in realen Zahlen wählten damals jedoch rund 36.000 Hamburger_innen die NPD.

SCHNELLER NIEDERGANG UND SCHATTENDASEIN

In den 70er Jahren wurde die NPD bundesweit genauso wie in Hamburg zur Splitterpartei. Die extrem rechte Szene entwickelte sich außerparlamentarisch zwar zum Teil aus (ehemaligen) Mitgliedern der Jugendorganisation der



Kleines Bild: Ulrich Harder (gest. 2008), Hamburger NPD-Vorsitzender 1990-2005

Großes Bild: Jürgen Rieger und sein Gehilfe, Thomas Wulff ist mal mehr Kameradschaffer, mal mehr NPD'ler. Aktuell wieder im Bundesvorstand der Partei.

Partei, *Junge Nationaldemokraten* (JN), parteipolitisch konnten die Neofaschist_innen lange Jahre aber nicht mehr an die kurzfristigen Erfolge anknüpfen. Heute führende neofaschistische Kader, wie Jürgen Rieger und Christian Worch, traten zwar bereits in den 70er Jahren erstmals in Erscheinung, ihre klare Ausrichtung auf Inhalte und Organisationsformen aus dem Nationalsozialismus waren allerdings mit dem teilweise veralteten Parteiapparat sowie der Ausrichtung der NPD nicht vereinbar. Die extreme Rechte war in dieser Zeit auf der Straße und nicht in den Parlamenten zu finden. Die Mitgliederzahl der NPD in Hamburg sank auf ca. 100 Mitglieder, zudem trat zu den Wahlen nicht die NPD an, sondern eine Tarnorganisation namens *Hamburger Liste Ausländerstopp* (HLA), die ebenfalls ohne nennenswerten Erfolg blieb.

VOM 3-PARTEIEN-SYSTEM IN DER EXTREMEN RECHTEN ZUR VORMACHTSTELLUNG DER NPD

Ab 1990 übernahm der ehemalige Vorsitzende der HLA, Ulrich Harder, die Führung der NPD. Nach dem

31

> > Am 01.06.07 schießt ein betrunkenes Hausmeister auf einen 26-jährigen mit den Worten »Scheiß Ausländer« in die Beine. In seiner Wohnung findet die Polizei Hakenkreuzfahnen und ein Bild von Hitler. >



Die NPD kennt nur deutsche Opfer des zweiten Weltkrieges

Fall der Mauer rückte die Partei das Thema »Asylbewerber« in den Mittelpunkt ihres Programms. Sie musste dabei in der extremen Rechten mit den *Republikanern* (REP) und vor allem der *Deutschen Volksunion* (DVU) konkurrieren.

In den 90er Jahren war die Hamburger NPD weiterhin personell stark überaltert und mied die Zusammenarbeit mit der sehr viel jüngeren, militanten Neonaziszene. Eine Öffnung in diese Richtung erfolgte in Hamburg erst im Jahr 2003, als viele Mitglieder der *Freien Kameradschaften* (FK) den Aufmarsch des Hamburger NPD-Landesverbandes unter dem Motto »60 Jahre Bombenterror« unterstützten. Rückblickend war diese Beteiligung ein entscheidender Wendepunkt in der weiteren Formierung des Lagers der extremen Rechten. Nur zwei Jahre später wurden im sogenannten »Deutschlandpakt« bundesweit die Streitigkeiten zwischen der DVU und der NPD beigelegt und jeweilige Teilnahmen an Wahlen untereinander abgesprochen. Inspiriert von dieser Harmonie und der Beendigung des »Bruderkampfes«, sah sich die Führung der Hamburger REP – zu der Zeit ohnehin in der Bedeutungslosigkeit verschwunden – veranlasst, unter dem Titel des »Hamburger Signals« fast geschlossen

der NPD beizutreten. Als Belohnung bekam der ehemalige Vorsitzende der REP, Thomas Nissen, den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden zuerkannt. Die NPD hatte in der hiesigen Parteienlandschaft die Chance eines Neuanfangs vor Augen und erreichte bei der Bundestagswahl 2005 ihr bestes Ergebnis seit 1969: Rund 10.000 Hamburger_innen wählten neofaschistisch.

SAMMELORGANISATION DER MILITANTEN EXTREMEN RECHTEN

Das aus NPD-Sicht gute Wahlergebnis folgte aus einem Wahlkampf mit dem Spitzenkandidat Jürgen Rieger, der damals noch als parteiloser neonazistischer Multifunktionär antrat. Er war das Bindeglied in die militante Szene der FK, die zahlreiche Kandidaten bei ihren Infoständen und Wahlkampfauftritten unterstützten. Der Graben zwischen alter Partei-riege und außerparlamentarischer Szene war damit überwunden. Im November desselben Jahres wurden schließlich weitere »bedeutsame Veränderungen« im Landesvorstand verkündet. Die endgültige Transformierung der Altmännerpartei vollzog sich durch die Ernennung der erst 34-jährigen Lehrerin Anja Zysk als bundesweit einzige weibliche Landesvorsitzende. Dies bot zum einen die Chance, das verstaubte Image einer männlich dominierten Partei zu verändern, zum anderen zog es zahlreiche »Freie Nationalisten« in die Hamburger NPD.

Neben der Öffnung des Landesverbandes für das militante Spektrum beteiligte sich Zysk unter anderem an der Profilierung einer »Frauenpolitik«, beispielsweise durch die Untergruppe »Frauen in der NPD«. Sie beteiligte sich jedoch nie am Aufbau einer Hamburger Sektion der offiziellen Frauenorganisation der

Partei *Ring Nationaler Frauen* (RNF) – die es bis heute nicht gibt. Entsprechend blieb ihr Engagement für frauenpolitische Themen in der NPD Makulatur, und sie erhielt in diesem Bereich nie überregionale Unterstützung.

Auch in anderen Bereichen musste sich die Newcomerin schnell den alten Kadern geschlagen geben. Kräfte aus dem militanten Spektrum, u.a. Kader aus der verbotenen Kameradschaft *Hamburger Sturm* (HS) und dem *Aktionsbüro Norddeutschland* (ABN), sahen ihrerseits die Chance auf eine Machtübernahme innerhalb der NPD. Anja Zysk spielte in diesen Plänen keine Rolle und wurde in einer beeindruckenden Schlammschlacht mit explizit sexistischen Tönen aus ihrer Führungsrolle gedrängt. Am 25. Februar 2007 wurde der Blankeneser Rassist Jürgen Rieger in einer Kampfabstimmung zum neuen Vorsitzenden gewählt. Damit hatte sich das neonazistische Spektrum durchgesetzt und die Hamburger NPD zu einem Sammelbecken der (militanten) extremen Rechten in Hamburg geformt, an deren Seite sich bis heute keine andere nennenswerte Organisation etabliert hat.

Riegers Ankündigung, weniger mit Aufmärschen, denn mit einer Vielzahl von Infoständen die menschenfeindliche Ideologie der NPD in die Gesellschaft zu tragen, lässt sich seitdem deutlich an der Häufigkeit solcher Stände in Fußgängerzonen und auf Wochenmärkten ablesen. Auch in den Wahlkämpfen 2009 werden sich Antifaschist_innen hiermit konfrontiert sehen. Zu den neuen Strategien der Hamburger NPD zählen darüber hinaus Provokationen sowie Störungen von antifaschistischen Veranstaltungen.

Seit dem erbärmlichen Auftritt der Hamburger DVU unter der Führung des neofaschistischen »Wanderarbeiters« Matthias Faust (mittlerweile Nachfolger von Parteichef Gerhard Frey) bei den Bürgerschaftswahlen 2008 kann die

NPD in Hamburg de facto einen Alleinvertretungsanspruch in der neofaschistischen Parteienlandschaft für sich beanspruchen. Rieger selbst schaffte mit Rückenwind aus Hamburg den Sprung in den NPD-Bundesvorstand und konnte sich darüber hinaus selbstbewusst in die seit Ende 2008 andauernden internen Machtkämpfe einmischen.

AUSBLICK

Selbst wenn Rieger inzwischen von seinem ambitionierten Ziel, im Jahr 2009 in den »Reichstag« einzuziehen, Abstand genommen hat, wird er versuchen, die Präsenz der Partei (und seiner selbst) im Wahlkampf weiter zu forcieren. Das Hamburger Ergebnis der Bundestagswahl ist dabei als erster Test für eventuelle Erfolge bei der Verankerung der neu ausgerichteten NPD in Hamburg zu sehen – trotz oder gerade wegen ihrer neo-nationalsozialistischen Prägung in der Führungsebene. ■



Demonstration gegen die Ausstellung
»Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des
Vernichtungskrieges 1941-1944« in Hamburg, 2004

DEUTSCHE TÄTER, DEUTSCHE OPFER RECHTE GESCHICHTSPOLITIK

Rechte Geschichtspolitik hat zum Ziel, rechte Ideologien und deren politischen Ausdruck in einen historischen Rahmen zu verpacken und sie auf diesem Weg geschichtlich herzuleiten, zu erklären, zu stärken und so erneut in breiten Kreisen der Bevölkerung zu verankern.

Bei der NPD und quasi allen anderen Akteur_innen der extremen Rechten wird dies am deutlichsten in der Darstellung der deutschen Geschichte. Diese wird innerhalb des nationaldemokratischen Geschichtsverständnisses fälschlicherweise in erster Linie als Verlust- und Leidensgeschichte des »deutschen Volkes« konstruiert. Ziel hierbei ist es, die Verbrechen der Nationalsozialisten zu relativieren und zu nivellieren und die deutschen

Opfer aus dem Zweiten Weltkrieg in den Fokus historischer Betrachtungen und der Erinnerungsarbeit zu rücken. In den Darstellungen der extremen Rechten werden die deutschen Täter also zu den »wirklichen« Opfern eines Krieges stilisiert, in welchen sie ohne eigenes Verschulden »hineingetrieben« wurden. Die militärischen Aktionen der Alliierten gegen Deutschland werden währenddessen als »verbrecherisch« gebrandmarkt, deren Legitimität wird eindeutig verneint. Über den Versuch hi-

naus, einen deutschen Opfermythos zu konstruieren, wird durch rechte Geschichtspolitik außerdem immer wieder versucht, einen direkten und positiven Bezug auf den Nationalsozialismus, dessen Funktionäre oder auch die Wehrmacht und die SS herzustellen. Diese Zielsetzungen und Intentionen extrem rechter Geschichtspolitik finden ihren Ausdruck in unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktionen, von denen die aktuellsten nun vorgestellt werden sollen.

Ein direkter positiver Bezug auf den Nationalsozialismus findet Jahr für Jahr bei den Gedenkveranstaltungen zu Rudolf Heß statt. Der Stellvertreter Hitlers wird hier als Vorbild für alle Alt- wie Neonazis und zum anderen als Märtyrer stilisiert, da er sich in den Augen der extremen Rechten nicht selbst umbrachte, sondern angeblich von den Alliierten »ermordet« wurde. Die »Heß-Märsche« in Wunsiedel, wo Heß begraben liegt, waren lange Zeit die zentrale Veranstaltung der europäischen Rechten. In den letzten Jahren haben sie aber, auch aufgrund der unklaren juristischen Lage, an Bedeutung verloren.

Eine ähnliche Intention wie die Gedenkmärsche in Wunsiedel haben auch die jährlichen Gedenkveranstaltungen im brandenburgischen Halbe. Im April 1945 lehnten Verbände der Wehrmacht und der Waffen-SS in einer vollkommen aussichtslosen Lage ein Kapitulationsangebot der Roten Armee ab und wurden daraufhin in einer Kesselschlacht geschlagen. Diese »Entschlossenheit« und »Treue zum Führer« dient den heutigen Nazis dazu, sich direkt und positiv auf die nationalsozialistischen Einheiten zu berufen und sie als »Vorbild« für alle Deutschen zu stilisieren.

Ein weiteres Soldatengedenken findet jedes Jahr zu Pfingsten in Mittenwald statt. Hier versammeln sich jährlich Tausende von Wehrmachtsveteranen, aktiven wie ehemaligen Bun-

deswehrsoldaten sowie deren Sympathisanten, um gefallenen Gebirgsjägern der Wehrmacht zu gedenken. Auch hier findet erneut eine Verdrehung der Täter- und Opferrollen statt, denn es wird bewusst verschwiegen, dass die Gebirgsjäger als »Eliteeinheit« unter dem Deckmantel der »Partisanenbekämpfung« verantwortlich für etliche Massaker an Männern, Frauen und Kindern in ganz Europa waren.

Die zentrale und größte geschichtspolitische Veranstaltung der extremen Rechten Europas stellt momentan der jährliche Naziaufmarsch im Februar in Dresden dar. Dabei steht das Gedenken an deutsche Zivilopfer des Zweiten Weltkriegs im Mittelpunkt. Die alliierten Bombenangriffe werden zu »Verbrechen« gegen die deutsche Zivilbevölkerung stilisiert, die Gründe der Alliierten – der verbrecherische Vernichtungskrieg Deutschlands – werden dabei bewusst verschwiegen bzw. geleugnet. Durch die Schaffung eines deutschen Opfermythos gelingt es den Nazis somit immer wieder, die Verbrechen der Nationalsozialisten, vor allem die Verfolgung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, zu relativieren. Die Einzigartigkeit des Holocausts wird auf diesem Weg verneint, da er zu einem von vielen Kriegsverbrechen gemacht wird, die von allen Kriegsparteien begangen worden seien.

Auch wenn es den heutigen Nazis nur selten gelingt über ihre Geschichtspolitik ihre ideologischen Inhalte breiteren Kreisen innerhalb der Gesellschaft zu vermitteln, so haben all diese Veranstaltungen doch eine beträchtliche Binnenwirkung für die extrem rechte Szene Europas. Alle genannten Aktionen werden dazu genutzt, trotz bestehender Differenzen, Einigkeit zu vermitteln und sich immer stärker europaweit zu vernetzen. ■

VOLKSVERHETZER UND SCHLÄGER IM VORSTAND

Seit dem Parteitag der Hamburger Nationaldemokrat_innen am 25. Februar 2007, bei dem Jürgen Rieger zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, hat sich der Landesverband weiter radikalisiert.

Zwar hatten schon unter der Ägide von Anja Zysk freie Nationalist_innen deutlichen Einfluss auf die Hamburger NPD, seit 2007 befinden sich aber mehrere ehemalige Angehörige verbotener Organisationen im neu gewählten Landesvorstand¹. Dass Zysk nur drei, Rieger hingegen 18 Stimmen bekam, verdeutlicht ebenfalls den Machtzuwachs der offen neonazistischen Kräfte. Rieger sagte dazu in seiner Antrittserklärung: »Das, was ich mit meiner Kandidatur bezweckt hatte, nämlich eine allseits akzeptierte Führungsspitze und Geschlossenheit in Hamburg wiederzubekommen, wurde mithin erreicht«. Im Landesvorstand befinden sich nun mehrere vorbestrafte Neonazis.



Jürgen Rieger: Rechtskräftig verurteilt und Möchtegern-Arierzüchter

JÜRGEN RIEGER

Rieger² ist mehrfach wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Volksverhetzung und Körperverletzung verurteilt worden. Die Strafen reichten bisher jedoch nicht für einen Entzug der Anwaltszulassung. Dies könnte sich eventuell ändern, da die Staatsanwaltschaft Mannheim im September 2007 Anklage gegen Rieger wegen Volksverhetzung in neun Fällen erhoben hat und in diesem Zusammenhang auch ein Berufsverbot gemäß der §§ 61 und 70 StGB anstrebt. Gemäßigter

tritt Rieger trotzdem nicht auf – im Gegenteil. Nachdem er im Mai 2008 mit 75% der Stimmen zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde, fühlte er sich sogar stark genug, den eigenen Vorsitzenden scharf zu kritisieren. Hintergrund war ein Streit um die Beisetzung des ehemaligen SS-Manns und militanten Nazis Friedhelm Busse. An dessen Beerdigung hatte die NPD-Führung teilgenommen, und der Rieger-Adlatus Thomas Wulff legte eine Hakenkreuzfahne mit ins Grab. Als dies öffentlich wurde, distanzierte sich die NPD-Bundesführung von Wulff und dessen Vorgehen sowie von Teilen der Kameradschaftsszene. Letzteres führte zu einem Aufschrei in der Kameradschaftsszene und dem militanten Flügel der NPD. Initiiert vom *Aktionsbüro Norddeutschland* (ABN) erschien eine Erklärung, in der die Führung der NPD aufgefordert wurde, ihre Distanzierung zurück zunehmen und Wulff zu rehabilitieren.

Jürgen Rieger schrieb Anfang August 2008 an den Bundesvorsitzenden Udo Voigt in einer langen Stellungnahme: »Die Erklärung des NPD-Parteipräsidiums vom 31. Juli 2008 zur Beisetzung von Friedhelm Busse wird von mir nicht nur nicht mitgetragen, sondern darüber hinaus schärfstens mißbilligt.« Er forderte eine Entschuldigung bei Wulff, sowie ein Bekenntnis zur Fortführung der Volksfront aus NPD und Kameradschaften. Die NPD sei insbesondere in Wahlkämpfen auf die militante Naziszene angewiesen.

Inzwischen wurde Wulff rehabilitiert und sitzt wieder im Bundesvorstand der Partei. Das Verhältnis zu den FK hat sich wieder entspannt.



Nicht immer freundlich: Der Hamburger NPD-Vize Karl-Heinrich Göbel

DR. KARL-HEINRICH GÖBEL

Der 1952 geborene Außenhandelskaufmann und Orientalist aus Poppenbüttel kandidierte bereits 2002 für die NPD. Nachdem er vorher schon im Landesvorstand der Partei saß, wurde er im Februar 2007 zum stellvertretenden Vorsitzenden in Hamburg gewählt. Seit Jahren pflegt er einen engen Kontakt zu den Kameradschaften in Hamburg und nahm regelmäßig an Aufmärschen teil. Im November 2006 versuchte er zusammen mit militanten Neonazis, eine Veranstaltung der *DGB-Jugend* zu stören, eine Aktion, die bundesweit in die Schlagzeilen kam. 2004 unterzeichnete er eine Solidaritätserklärung »Freiheit für Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen«, die wegen Holocaustleugnung angeklagt waren. Göbel hat aber auch gute Beziehungen zur DVU und referierte im Juni 2008 für deren Landesverband zum Thema »Die Bundesrepublik Deutschland – Ein Rechtsstaat?« Laut Internetportal *NPD-Blog* soll Göbel im Herbst 2008 frustriert das Handtuch geworfen haben, weil Jürgen Rieger bei einer Saalveranstaltung allen Ernstes die Wiedereinführung der Tauschwirtschaft gefordert habe.

>> Am 23.08.07 werden zwei NPD-Mitglieder in Hamburg-Bahrenfeld unter dem Vorwurf festgenommen. Scheiben bei drei Restaurants eingeworfen zu haben >>



Jan Zimmermann (links) am 1. Mai 2008 in Barmbek

JAN ZIMMERMANN

Der Akademiker wurde 1977 geboren und kommt ursprünglich aus Gießen. Er kandidierte 2004 erstmals für die NPD in Hamburg. Er ist seit mindestens 2006 auch Vorsitzender eines NPD-Kreisverbands. In dieser Eigenschaft beschimpfte er im Juni 2006 die Polizeiführung als »unzurechnungsfähig und blöd im Kopf«, was ihm prompt ein Verfahren wegen Beleidigung einbrachte. Zimmermann nimmt regelmäßig an Infoständen und Aufmärschen teil, wo er auch als Ordner fungiert. Er ist einer der fünf Beisitzer im aktuellen Vorstand der Hamburger NPD und wurde 2007 als stellvertretender Landesorganisationsleiter angegeben.



Jan-Steffen Holthusen (mit Brille) in Wunsiedel 2004

JAN-STEFFEN HOLTHUSEN

Der 1976 geborene Neonazi begann seine Karriere in der Kameradschaft *Bramfelder Sturm*, dessen gleichnamige Zeitschrift er 1994 herausgab. 1997 benannten sich die Kameradschaft und das Naziblatt in *Hamburger*

Sturm (HS) um, Holthusen blieb der Herausgeber. 1999 wurde dort der bewaffnete Kampf propagiert: »Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf.« Im August 2000 wurde der HS samt Kampfblatt verboten. Holthusen ist wegen Körperverletzung vorbestraft und versuchte im November 2007 mit mehreren Neonazis in Bramfeld eine Veranstaltung zu stören. Holthusen ist Beisitzer im Landesvorstand und wurde außerdem 2007 als Landesgeschäftsführer der NPD angegeben. Er ist aber weiterhin in der Kameradschaftsszene aktiv und nimmt regelmäßig an deren Aufmärschen teil. Dementsprechend unterzeichnete er auch im August die oben genannte »Erklärung der freien Kräfte« zum Tod von Friedhelm Busse. Im Februar dieses Jahres fand bei Holthusen eine Hausdurchsuchung im Rahmen von Ermittlungen wegen Volksverhetzung statt. Seine vielfältigen Aktivitäten brachten ihm in der Szene die Bezeichnung »bester SA-Mann der Stadt« ein.



Torben Klebe (rechts) mit Tobias Thiessen

TORBEN KLEBE

Der gelernte Handwerker ist genauso alt wie Holthusen und hat eine ähnliche Karriere wie dieser gemacht. Auch Klebe kommt aus dem verbotenen HS und betätigte sich schon 1992 für die Anti-Antifa. Er ist ebenfalls Beisitzer im

Landesvorstand der NPD und hatte zumindest 2007 das »Amt Landesorganisation« der NPD inne. Klebe war jahrelang aktiv für das internationale Nazimusiknetzwerk *Blood and Honour* (B&H). Als die deutsche Sektion im Jahr 2000 verboten wurde, bekam Klebe die Verbotsverfügung persönlich zugestellt. Zuvor wurde er schon wegen des Vertriebs von indizierten CDs verurteilt. Im Untergrund besteht B&H weiterhin, auch in Deutschland, und Klebe organisierte nach dem Verbot einige Nazikonzerte in Hamburg mit Bands aus dem Netzwerk. Viele Nazikonzerte konnten, von der Polizei ungestört, stattfinden, so auch im Januar 2008 in Bahrenfeld. Die Polizei, obwohl informiert, kontrollierte nicht einmal, ob verbotene Lieder oder Parolen geäußert wurden. Klebe geriet zuletzt in die Schlagzeilen, weil er seit Sommer 2007 zusammen mit dem Schläger Thorsten de Vries in Rostock den Naziladen *East-Coast-Corner* betrieb. Im Juni 2008 musste der Laden wegen finanzieller Schwierigkeiten schließen. Klebe ist weiterhin Netzwerker in der Kameradschaftsszene und hat die Busse-Erklärung unterschrieben.

LARS NIEMANN

Der Beisitzer im Landesvorstand gehörte nach eigenen Angaben der Partei schon an, als »es noch keine absehbaren Wahlerfolge und Pöstchen gab«. Im Streit des Hamburger Landesverbands, als radikale Neonazis die Absetzung der damaligen Vorsitzenden Anja Zysk betrieben und ihren Wunschkandidaten Jürgen Rieger durchsetzten, fungierte Niemann als Internetbeauftragter und ergriff Partei gegen Zysk. Die Ex-Vorsitzende bezeichnete er als verschlagen und paranoid und bezichtigte sie der »Hetze und Lüge«. Vor dem Streit hatte Niemann einen engen Kontakt mit dem Naziführer Christian Worch und wollte dessen Texte auf die Homepage der Hamburger NPD stellen.

UTE NEHLS

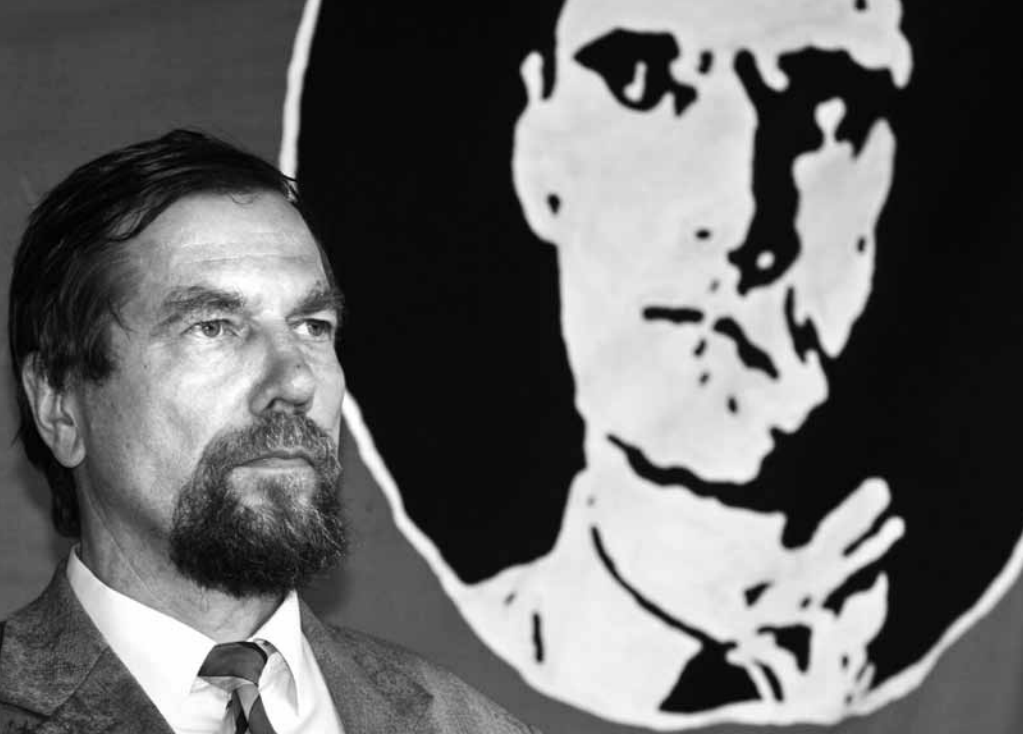
Die fünfte Beisitzerin im aktuellen Landesvorstand kommt ursprünglich aus der DVU. Die 1961 geborene Sekretärin kandidierte 1998 in Mecklenburg-Vorpommern für diese Partei zur Bundestagswahl. 2005 kandidierte sie allerdings schon auf der NPD-Landesliste in Schleswig-Holstein. Beim Landesparteitag der Hamburger NPD im Februar 2007 fungierte sie dann als Delegierte für den Kreisverband Mitte.

ANDREA SCHWARZ

Sie ist die zweite Frau im aktuellen Vorstand und die Schatzmeisterin des Landesverbandes Hamburg. Eine Funktion, die sie schon mindestens seit 2005 innehat und für die sie in Jürgen Riegers Antrittsschreiben ausdrücklich gelobt wurde.

Jürgen Rieger erklärte angeblich vor seinem Amtsantritt: »Wenn ihr eine Galionsfigur braucht, würde ich das machen, aber nur, wenn die eigentliche Arbeit von jemand anderem gemacht werden würde.« Die alltägliche Arbeit der Hamburger NPD scheint maßgeblich von Torben Klebe und vor allem Jan-Steffen Holthusen, beide aus Bramfeld, erledigt zu werden. Da Rieger auch als Anwalt, Bundesvize, Finanzier und Immobilienbeschafter ständig unterwegs ist, organisieren die beiden Infotische, Kundgebungen, Aufmärsche, den alltäglichen Schriftverkehr und wohl auch sonst einen wesentlichen Teil des Parteilebens in Hamburg. Bei öffentlichen Auftritten der Partei sind sie ständig anwesend. ■

- 1 Die Angaben zum Landesvorstand beziehen sich auf die Angaben beim Bundeswahlleiter, Stand: 05. März 2009, sonstige Personalangaben, wo nicht anders angegeben, auf den Stand des Jahres 2007.
- 2 Zu Riegers Aktivitäten erscheint in dieser Broschüre ein eigener Beitrag.



JÜRGEN RIEGER MULTIFUNKTIONÄR DER EXTREMEN RECHTEN

Der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist seit über 40 Jahren einer der führenden Neonazis in Deutschland. Die NPD war lange jedoch kein Betätigungsfeld für den heute 63-Jährigen.

SPÄTE FREUDE AN DER PARTEIARBEIT UND AUFSTIEG IN DER NPD

In **Sachen Parteiarbeit** ist Rieger ein echter Newcomer. Mitglied der NPD wurde er erst im Jahr 2006, nachdem er jedoch bereits zur Bundestagswahl 2005 als parteiloser Spitzenkandidat der NPD in Hamburg antrat. Unterstützung bei seiner Kandidatur erhielt er aus

dem Spektrum der militanten Freien Kameradschaften (FK), bei denen er seit langem hohes Ansehen genießt. Breit vernetzt im extrem rechten Milieu, stand er der NPD zuvor nicht zuletzt deswegen kritisch gegenüber, weil die Führungsebene mit legalistischen Positionen in seinen Augen eine entschlossene Rückendeckung für straffällig gewordene Mitglieder (aus eben diesem militanten Spektrum) vermissen

ließ. Der Beginn von Riegers Aktivitäten in der NPD fällt zeitlich zusammen mit der Öffnung der Partei gegenüber den FK und der Radikalisierung ihrer Programmatik. Direkt nach Amtsantritt verkündete er seine Strategie, aufgrund mangelnder Beteiligung weniger mit Aufmärschen zu arbeiten und stattdessen eine Vielzahl von Infoständen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen durchzuführen. In der Tat ist die Zahl der Infostände in den folgenden Monaten deutlich angestiegen.

Gegenüber der Parteizeitung *Deutsche Stimme* (DS) begründete Rieger sein Engagement mit der sozialen Programmatik: »Mir gefällt der Begriff ‚Solidarismus‘. Der beinhaltet die Idee der Volksgemeinschaft, Überwindung von Klassenkampf und Klassenhass.« (DS 10-2006: 13). Es ist jedoch zu vermuten, dass es eher machtpolitische Bestrebungen waren, die ihn zum Parteifunktionär mutieren ließen. Der Millionär aus Hamburg-Blankenese weiß um die großen Nöte der NPD und sicherte sich vermutlich dank seines Geldes den Einfluss in der finanziell brach liegenden Bundespartei. Auf Landesebene wurde er mit Hilfe des militanten Flügels der Partei im Jahr 2007 auf den Posten des Landesvorsitzenden gehoben und sorgte dafür, dass die extrem rechte Szene in Hamburg keine nennenswerte Organisation neben der NPD aufweist, weil die Partei unter seinem Vorsitz alle radikalen Kräfte integrieren konnte. Auf Bundesebene gelang ihm bereits 2006 der Sprung in den Parteivorstand. Unter seiner Führung steht seitdem das Referat »Außenpolitik und Finanzbeschaffung«. Am 24. Mai 2008 wurde er zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden der Partei gewählt.

In dem seit Ende 2008 eskalierenden Machtpoker der Bundes-NPD spielt Jürgen Rieger eine entscheidende Rolle. Mit seiner bundesweiten Hausmacht in den FK und der entsprechenden Unterstützung aus dem Hamburger Landesver-



Kleines Bild: Bei politischen Differenzen griff Rieger auch schon mal zur Axt. Hier im ehemaligen Nazi-zentrum »Hetendorf 13«

Großes Bild: Jürgen Rieger vor dem Konterfei des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß

band favorisiert er den momentanen Vorsitzenden Udo Voigt gegenüber dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, und wehrt sich vehement gegen eine Annäherung an konservative Inhalte.

Die finanzielle Abhängigkeit der Partei von seinem beachtlichen Privatvermögen sichert dem Hamburger Millionen-erben seinen Einfluss. Sein Streben nach parteipolitischen Einfluss trägt indes dazu bei, die Partei in Flügelkämpfen zu zerreißen. In zahlreichen Medienberichten wurde zuletzt über Kredite und Bürgschaften aus Riegers Privatkasse spekuliert. Mittlerweile ist klar, dass Rieger auch im Bundestagswahlkampf 2009 für die NPD ins Rennen gehen wird.



Soll hoffentlich bald abgerissen werden: Der »Heisenhof« – Nazizentrum in Niedersachsen

JURIST UND IMMOBILIEN-BESCHAFFER

Fest steht aber auch, dass Rieger der Partei nicht nur wichtige finanzielle und juristische Unterstützung leistet, sondern auch den infrastrukturellen Unterbau von Partei und neofaschistischer Szene weiter stärkt. Hierbei kommt Riegers Rolle als Jurist und Immobilienbesitzer zum Tragen.

Als Anwalt hat der am hanseatischen Oberlandesgericht zugelassene Rieger schon die halbe Naziszene verteidigt, ob NS-Verbrecher oder Auschwitzleugner, Rechtsrock-Musiker oder gewalttätige Nazischläger. Das *Deutsche Rechtsbüro*, in dessen Umfeld auch Rieger agiert, informiert in zahlreichen Infoblättern, Broschüren und im Internet die gesamte rechte Szene und stellt, wenn nötig, Anwälte zur Verfügung. Den wohl größten Coup landete Jürgen Rieger im Zusammenhang mit dem so genannten Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im bayrischen Wunsiedel, dessen jahrelanges Verbot er 2001 vor Gericht anfechten konnte. Der Aufmarsch kann zwar inzwischen faktisch als verboten gelten, konnte sich jedoch kurzzeitig zum Kristallisationspunkt für die extreme Rechte entwickeln.

Der Anwalt Rieger steht darüber hinaus regelmäßig auch als Angeklagter, überwiegend wegen Körperverletzung und Volksverhetzung,

vor Gericht. Oftmals nutzte er Auftritte als Verteidiger bei Prozessen, um sich und seine Parolen zu inszenieren. Zuletzt brachte ihm seine Hetzrede im Prozess gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel 2007 eine Anklage wegen Volksverhetzung ein. Dies ist zugleich der aktuellste und noch nicht abgeschlossene Versuch, gegen den Juristen ein Berufsverbot zu erwirken.

Ein weiteres Betätigungsfeld findet der Multifunktionär im Immobilienbereich. Auch hier leistet er wichtige Unterstützung für die NPD und die extreme Rechte. Bei der Bundestagswahl 2005 diente der von ihm erworbene Heisenhof im niedersächsischen Dörverden der NPD als wichtiges Wahlkampfzentrum. Besagter Heisenhof ist das wohl prominenteste Beispiel in einer Reihe von Immobilien, die Rieger zu Schulungszentren und Treffpunkten der Neonazi-Szene aus- und umbauen möchte. Der Heisenhof, für den seit Januar 2009 eine gerichtlich bestätigte Abrissverfügung vorliegt, ist nach dem 1998 geschlossenen Nazi-Zentrum »Hetendorf 13« in der Nähe von Celle der zweite Versuch, ein solches Zentrum in Niedersachsen zu etablieren. Darüber hinaus besitzt Rieger ein Landgut in Schweden, ein ehemaliges Hotel in Pößneck, ein Haus in Hummelfeld bei Eckernförde, einen ehemaligen Kinokomplex in Hameln sowie weitere Häuser in Hamburg-Harburg, Hannover und im Landkreis Schaumburg.

Im Jahr 2008 tauchten in zahlreichen Städten Gerüchte auf, dass Rieger an dortigen Immobilien Interesse habe. Meist handelt es sich um leer stehende Hotels oder Gasthöfe. In Städten wie Delmenhorst löste Riegers Name in den folgenden Monaten regelrechte Hysterie aus, und sicherte dem Besitzer schließlich einen lukrativen Verkauf an eine Bürgerinitiative und die Stadt. Zwar versucht Rieger immer wieder ernsthaft Schulungs- oder auch ein Rudolf-



Kein Beamter im schlecht sitzenden Anzug, sondern einer der aktivsten Neonazis: Jürgen Rieger

Heß-Gedächtniszentrum zu errichten, bei vielen der besagten Objekte schien das Interesse an einem wirklichen Kauf zuletzt aber fraglich, so dass es eher nach einem bewusst kalkulierten Bürgerschreck-Image aussah.

Rieger tritt bei Immobiliengeschäften nicht immer als Privatmann auf, sondern nutzt, wie u.a. im Falle des Heisenhofs, die britische Briefkastenfirma *Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd.*, die zeitweise aus dem Register gestrichen war. Sie soll offiziell der Fruchtbarkeitsforschung dienen und reiht sich in eine Vielzahl von kleineren NS-apologetischen Organisationen ein, die unter Riegers Einfluss stehen. Zu nennen seien dabei die deutschtümelnde *Artgemeinschaft* und der *Nordische Ring*, die rassistische *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung*, oder der harmlos klingende *Mütterdank*; alles Organisationen, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind.

AUSBLICK

In der NPD scheint sich Rieger, auch ohne parteipolitische Erfahrung, verhältnismäßig schnell etabliert zu haben. Mit seinen eindeutig rassistischen, antisemitischen, eugenischen und NS-apologetischen Positionen ist Rieger ein Vertreter der Alten Rechten. Darüber hinaus ist er eine wichtige Integrationsfigur für das militante Spektrum. Als potenzieller Finanzier und erfahrener Jurist ist er für die NPD schwer ersetzbar, seine radikale Art steht einem moderaten Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit jedoch deutlich entgegen. Im aktuellen Partei-Machtkampf scheint er gewillt, Risiken einzugehen. Im Wahlkampf 2009 sind zahlreiche öffentliche Auftritte Riegers zu erwarten. Ob diese dem Ergebnis der Partei zuträglich sind, bleibt abzuwarten. ■

>> Am 26.10.07 versammelten sich 150 Nazis auf einer Kundgebung der NPD gegen den SPD-Bundesparteitag im CCH. Auf dem Parteitag wurde über einen NPD-Verbotsantrag debattiert. >>



**Für mich zählen
nur Inhalte.**

WIR GEBEN DEM MÜLL EINEN KORB.

www.stadtreinigung-hh.de



KEIN NAZIAUFMARSCH

IN HAMBURG-BAMBEK AM 1. MAI 2008

WEITERE INFORMATIONEN | ANTIFAINFO.DE | ANTIFAHAMBURG.BLOGSPORT.DE

STADTREINIGUNG HAMBURG





Kleines Bild:
Transparent beim Naziaufmarsch »Musik-
freiheit ist Meinungsfreiheit« am 04.09.2004 in
Winterhude

Großes Bild:
NPD-Infostand in Altona



MIT RIEGER NOCH RADIKALER WAS MACHT DIE NPD IN HAMBURG?

Neofaschistische Aktivitäten werden meistens nur wahrgenommen, wenn es sich um Aufmärsche, Kundgebungen oder Nazikonzerte handelt oder wenn es antifaschistische Proteste gegeben hat. In den letzten Jahren hat es allerdings eine starke Zunahme von Aktivitäten der NPD und ihres Umfelds gegeben, die weitgehend unbeachtet geblieben ist. Dieses ist erstens einem gewachsenen Selbstbewusstsein der Nazis geschuldet, zweitens einer weitgehenden Kapitulation der Behörden und drittens einer nachlassenden Wachsamkeit antifaschistischer Kräfte. Letztere machen, ebenso wie die Medien, häufig den Fehler, auf Naziaktivitäten nur zu reagieren, wenn sie spektaku-

lär sind und im Zentrum Hamburgs stattfinden. Neofaschistische Aktivist_innen sind jedoch vor allem in Hamburgs Randgebieten aktiv und erhalten auch hier die meisten Wähler_innenstimmen.

Neben internen Veranstaltungen, wie Parteitage, Vortragsveranstaltungen, Schulungen und Nazikonzerten, führen die NPD und ihr Umfeld in der Öffentlichkeit Aufmärsche, Kundgebungen, Infostände, Flugblattverteilungen und andere Aktionen durch. Hinzu kommen Störungen des politischen Gegners. 2006 gab es 39, 2007 49 und 2008 über 60 Auftritte von NPD, DVU und *Freien Kameradschaften* (FK) in der Hamburger Öffentlichkeit, zuletzt also durchschnittlich mehr als einen Auftritt pro

Woche. Außerdem beteiligen sich Hamburger Neofaschist_innen regelmäßig an auswärtigen Aufmärschen und Aktivitäten. Der Landesverband (LV) Hamburg unterstützte 2007/08 maßgeblich den NPD-Wahlkampf in Niedersachsen, der Kreisverband (KV) Bergedorf die NPD in Schleswig-Holstein beim Kommunalwahlkampf 2008. Im Folgenden wird die Entwicklung für Hamburg seit dem Amtsantritt Jürgen Riegers im Februar 2007 skizziert.

AUFMÄRSCH UND KUNDGEBUNGEN

Während die NPD sich 2007 an keinem Aufmarsch in Hamburg beteiligte, hatte der Aufmarsch am 1. Mai 2008, zu dem über 1.000 Neonazis kamen, aufgrund des militanten Charakters und als zentrale Aktion des eindeutig neonazistischen Spektrums erhebliche Bedeutung. Massenhafte Angriffe auf den politischen Gegner und auf Journalist_innen wurden im Nachhinein euphorisch gefeiert. Auf ihrer Homepage begrüßte die Hamburger NPD ausdrücklich »die Anwesenheit eines großen nationalen schwarzen Blocks« aus so genannten *Autonomen Nationalist_innen*. Obwohl die Verlegung und Verzögerung des Aufmarschs durch ein breites, entschlossenes Bündnis antifaschistischer Kräfte erzwungen wurde,

hat der Aufmarsch den inneren Zusammenhalt der Nazis gestärkt. Das maximale Mobilisierungspotenzial bei großen Aufmärschen dürfte in Hamburg bei circa 200 Personen liegen, die übrigen kommen von auswärts.

2007 fanden vier Kundgebungen der NPD statt, von denen sich zwei gegen den politischen Gegner und eine gegen einen Moscheebau in Bergedorf richtete. An Kundgebungen nehmen in Hamburg in der Regel 50-100 notorische Nazis teil, zum Teil werden sie aus anderen Regionen mobilisiert. Im Vergleich mit großen Aufmärschen, wie am 1. Mai 2008, ist antifaschistische Gegenwehr bei Kundgebungen für die Nazis deutlich spürbarer, das Gefühl der eigenen Stärke jedoch geringer. Möglicherweise deshalb gab es 2008 keine öffentlich angekündigte Kundgebung.

INFOSTÄNDE UND BEGLEITENDE AKTIONEN

In seiner Antrittsrede erklärte der Landesvorsitzende der NPD Jürgen Rieger, er wolle Kundgebungen und Aufmärsche nur noch dosiert einsetzen, »die erfolgreiche Arbeit mit Infoständen« und Flugblattverteilungen jedoch weiterführen.



Stellinger Ratskeller: 2005/06 geheimer Veranstaltungsort von NPD und FK. Thorsten de Vries (Kamera) und Volker Fuchs (Sonnenbrille), Betreiber des ehemaligen Nazi-ladens in der Talstraße



Mario Liebert, Landesbeauftragter des Ordnungsdienstes der Hamburger NPD



Geschichtsrevisionistischer Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 27.03.2004 in Winterhude



Dieter Riefling und Christian Worch am 1. Mai 2008 in Barmbek

Waren Infostände der NPD vor wenigen Jahren noch eine Seltenheit, so führte die Partei 2006 29 Stände, 2007 22 und 2008 sogar 34 Stände durch, um ihre Propaganda zu verbreiten. Auch Infostände von Tarninitiativen der FK, wie der *Bürgerinitiative Unsere Zukunft*, wurden durch die NPD angemeldet.

Im Bezirk Wandsbek, hier vor allem in Bramfeld, finden mit Abstand am häufigsten Stände statt (2006-2008: 39), gefolgt von Altona (2006-2008: 14). Auch wenn die Behauptungen der NPD über ihre Bürgernähe in Wandsbek sicher übertrieben sind, scheint in diesem Bezirk das Auftreten neofaschistischer Propaganda als »normal« zu gelten – antifaschistische Proteste waren nur marginal. Viele Stände werden mit zentral hergestelltem Informationsmaterial bestückt und häufig unter gemeinsame Slogans gestellt. So führte die Hamburger NPD 2008 im Frühjahr zwölf Stände unter dem bundesweiten Motto »Sozial geht nur national«, im Herbst eine »Offensive« unter der rassistischen Parole »Schöner leben ohne Überfremdung« durch. Gelegentlich werden diese Kampagnen von internen Veranstaltungen, Straßentheater, Aufkleberaktionen und Flugblattverteilungen fern der Infostände begleitet. So behauptet die NPD zum Beispiel, anlässlich ihrer Kampagne zum 1. Mai 2008 30.000 Flugblätter in Hamburg verteilt zu haben.

GEDENKVERANSTALTUNGEN

Die Hamburger NPD organisiert regelmäßig, teilweise gemeinsam mit DVU und FK, Veranstaltungen, die an historische Ereignisse, wie die Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 (Nazijargon: »Tag der Ehre«), die alliierten Bombardierungen Hamburgs im Juli 1943 (»Bombenholocaust«), den Volkstrauertag im November (»Heldengedenken«) oder den Todestag von Nazigrößen wie Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß oder Hitler-Nachfolger Großadmiral Karl Dönitz, erinnern sollen. Für diese Veranstaltungen wird zwar konspirativ mobilisiert, sie finden aber in der Öffentlichkeit, meist auf Friedhöfen, statt. Zu den Veranstaltungen kommen durchschnittlich mindestens 50 Personen, um einschlägig bekannten Redner_innen zu lauschen. Die im Internet dokumentierten Berichte zeugen von einem knallharten Geschichtsrevisionismus, der die Kriegsschuld und Naziverbrechen leugnet, und von einer unverhohlenen Verherrlichung des Nationalsozialismus. Gelegentlich kam es in der Vergangenheit zu antifaschistischen Protesten. Dass diese Veranstaltungen ungehindert durch die Friedhofsverwaltungen und die zuständigen Ämter stattfinden können, ist ein Skandal.

INTERNE VERANSTALTUNGEN

Außer zu Parteitagen lädt die NPD jährlich zu einer Weihnachtsfeier, einer »Reichgründungsfeier« und regelmäßig zu themenspezifischen Saalveranstaltungen, zu denen bis zu 100 Mitglieder und Sympathisant_innen kommen. Die KVs machen gelegentlich zusätzlich eigene Veranstaltungen. Die Veranstaltungen finden in der Regel in geheim gehaltenen Gaststätten statt. Die politische Orientierung und die Vorstrafen der Gastredner_innen bestätigen, dass der Hamburger LV eindeutig neonazistisch orientiert ist:

- **Im Juli 2007** sprach der wegen Volksverhetzung verurteilte Thomas Wulff, damals in Funktion als »Wehrpolitischer Sprecher beim Bundesvorstand«, beim Satzungsparteitag in Hamburg. Inzwischen wurde Wulff wegen Verwendung einer Hakenkreuzfahne angeklagt.
- **Bei der »Reichsgründungsfeier«** im Januar 2008 sprach der Berliner Eckhard Bräuniger. Er ist am äußersten rechten Rand der NPD angesiedelt und bekennender Rieger-Fan. Es wurde das als SS-Hymne bekannt gewordene Lied »Wenn alle untreu werden« gesungen.
- **Im Mai 2008 berichteten Uwe Schäfer** und Jens Lüdtke über ihre Arbeit für die NPD in Schleswig-Holstein. Schäfer forderte bei anderer Gelegenheit schon mal einen »Volksgerichtshof«,

vor dem sich »jeder Politiker, der unserem Land Schaden zugefügt hat«, nach »unserem Einzug in den Reichstag« rechtfertigen müsse. Lüdtke wurde im Juni 2008 wegen der Verwendung von verfassungswidrigen Kennzeichen im Jahre 2006 verurteilt.

- **Im November 2008 referierte Rigolf Hennig** aus Verden über Deutschland und Russland. Hennig musste im Juli 2006 eine neunmonatige Haftstrafe wegen schwerer Verunglimpfung des Staates antreten.
- **Beim Begräbnis** des langjährigen Vorsitzenden der Hamburger NPD Ulrich Harder im Dezember 2008 hielt der Hamburger Klaus Kaping eine Trauerrede. Der langjährige NPD-Freund ist wegen Holocaust-Leugnung einschlägig verurteilt.
- **Zur »Reichsgründungsfeier«** im Januar 2009 sprach neben Thomas Wulff (s. o.) mit Dieter Riefling ein bedeutender Kameradschaftsführer aus Niedersachsen. Der mehrfach wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Körperverletzung vorbestrafte Neonazi ist so radikal, dass er Ende 2005 eine Zeitlang Redeverbot bei der niedersächsischen NPD bekam.
- **Zu einer Veranstaltung** im März 2009 kam mit Peter Naumann ein



Nicht überall sind NPD-Stände so beliebt, wie die Partei behauptet.



ehemaliger Attentäter als Gastredner. Der Sprengstoffexperte wurde 1988 unter anderem wegen Bombenattentaten zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Bis Dezember 2008 war er Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion, wurde jedoch wegen einer Prügelei mit einem NPD-Abgeordneten entlassen.

DIE KREISVERBÄNDE IN HAMBURG

Obwohl die NPD nur 140 Mitglieder (2007) haben soll – Ende 2008 behauptete Rieger einen Zuwachs um elf Prozent ist der LV nicht nur einer der radikalsten im Bundesgebiet, sondern gemessen an der Größe auch einer der aktivsten. Der LV gliedert sich aktuell in fünf Kreisverbände (KV). Sie sind nicht identisch mit den Hamburger Bezirken und ihre Grenzen wurden vor einiger Zeit neu festgesetzt. Außerdem unterhält der LV einen eigenen Ordnungsdienst und ein Stützpunkt der Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* ist ihm angeschlossen.

Der aktivste KV, der KV Wandsbek wurde 2007 von Dirk Schermer angeführt. Er war schon 1994 im Landesvorstand (LaVo) der NPD und nimmt häufiger an Naziaufmärschen teil. Im Bezirk Wandsbek wohnen oder kandidierten außerdem die sehr aktiven LaVo-Mitglieder

Jan-Steffen Holthusen, Torben Klebe und Karl-Heinrich Göbel. Vorsitzender im KV Altona (inzwischen Altona-Eimsbüttel) war 2007 Hermann Lehmann, der schon Anfang der 90er Jahre diese Position innehatte. Ihm stehen unter anderem Jürgen Rieger und Andrea Schwarz aus dem LaVo, sowie Torsten Schuster zur Seite. Letzterer berichtete in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* im Jahr 2006 über eine Kunstausstellung in Hamburg.

Der KV Eimsbüttel wurde 2007 von Jan Zimmermann, Beisitzer im LaVo angeführt. Ihm sekundierten der wegen eines rassistischen Überfalls verurteilte Burschenschaftler Johannes Duda sowie der langjährige Aktivist Mario Liebert. Neonazi Liebert ist der Polizei wegen »Straftaten im rechtsextremistischen Bereich« seit längerem bekannt und soll im Mai 2008 erneut eine Körperverletzung begangen haben.

Andreas Knüppel löste vor einiger Zeit in Bergedorf Jan Pigors als KV-Vorsitzenden ab. Pigors war in den 1990er Jahren stellvertretender Landesvorsitzender der *Republikaner* (REP) und ist einer der vielen REP-Mitglieder, die Anfang 2005 zur NPD wechselten. Ein weiterer NPD-Aktivist aus Bergedorf ist der Neonazi Martin Eggers.

Der KV Mitte (inzwischen Mitte-Nord) wurde 2007 vom inzwischen verstorbenen Ulrich Har-der geleitet, der KV Harburg von Andreas Ger-mann. Beide KVs sind momentan relativ inaktiv.

AUSBLICK

Zur Bundestagswahl 2009 hat die NPD für alle sechs Hamburger Wahlkreise Kandidaten nominiert. Der Spitzenplatz ist für Jürgen Rieger vorgesehen, der schon seit Jahren von einem Einzug in den »Reichstag« träumt. Zwar ist nicht davon auszugehen, dass die NPD über die Fünf-Prozent-Hürde kommt, aber schon 0,5% würden ihr genügen, um die staatliche Wahlkampfkostenerstattung zu bekommen. Der Landesvorsitzende hatte schon 2006 und 2007 Wahlkämpfe aus eigener Tasche mit hunderttausenden von Euro vorfinanziert. Da der Millionär im hiesigen LV unangefochtene Unterstützung genießt, ist es möglich, dass er auch hier massiv den Wahlkampf fördern wird. Die NPD betrachtet ihre »Herbstoffensive« 2008 mit angeblich 14 Infoständen, 100.000 Flugblättern, 5.000 Aufklebern und flankierenden Veranstaltungen als »sechswöchigen Testlauf«. Mit der Intensivierung ihrer rassistischen und sozial-demagogischen Propaganda sowie einem gehäufteten Auftreten in der Öffentlichkeit ist also im Bundestagswahlkampf zu rechnen. ■



SOZIALE FRAGE IST DIE NPD »SOZIALISTISCH«?

Insbesondere die NPD und neonazistische Netzwerke inszenieren sich seit einigen Jahren als politische Akteure, die in Anspruch nehmen, konsequent gegen Globalisierung, Kapitalismus und Privatisierung aufzutreten.

Was in Wort und Tat – etwa im Rahmen von Demonstrationen vor Unternehmen – als radikale Geste vorgetragen wird, ist tatsächlich keine Infragestellung der Grundlagen einer bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsform. Vielmehr zielen die politischen und sozialen Interventionen von NPD und neonazistischen Netzwerken darauf ab, die verbreitete Unzufriedenheit über die Massenarbeitslosigkeit, den Abbau der so-

zialen Sicherungssysteme sowie die Zukunftsunsicherheit großer Teile der Bevölkerung mit völkisch-nationalistischen Sichtweisen anzureichern. Mit einem verkürzten Kapitalismusverständnis und der Reduzierung der Idee des Sozialismus auf den Gedanken der (Volks-)Gemeinschaft verbindet sich der Angriff auf die Gewerkschaften und die politische Linke. Einer internationalistischen Entgegnung auf die Zu-

mutungen des Kapitalismus wird das Modell einer klassenversöhnlichen, ständischen und nach nationalstaatlicher Autarkie strebenden völkischen Gemeinschaft gegenübergestellt, in der Arbeit idealisiert wird.

Innerhalb der extremen Rechten gibt es, grob gesagt, zwei Richtungen bezüglich der angestrebten Sozialpolitik: Erstens die »Modernisierer«, die eine radikale Interpretation neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik befürworten – etwa die *Republikaner* (REP), bei denen es auch Überschneidungen zu den Neokonservativen der FDP gibt. Und zweitens die »Traditionalisten«, zu denen auch die NPD zählt. Sie greift antikapitalistische Stimmungen auf und verbindet sie mit völkischer Propaganda. Sozialpolitik umfasst hier ein Spektrum an Themenfeldern, das von allgemeiner Kritik an einzelnen Aspekten des Kapitalismus und der Globalisierung über Kritik an staatlicher Sozialpolitik und Privatisierungen reicht. Zentral ist meist die Forderung nach »nationalen Arbeitsplätzen« – die NPD pflegt die Vorstellung, dass alle Probleme des Arbeitsmarkts und des Sozialsystems gelöst sein könnten, wenn dabei nur Deutsche mitmachen würden. Deutschland und die Deutschen werden in der Ideologie der NPD regelmäßig als Opfer gesehen: Opfer der Globalisierung, Opfer supranationaler Organisationen wie der EU und der NATO. Die Setzung der »deutschen Nation« als Opfer der Globalisierung wird häufig verknüpft mit Verweisen auf das »internationale Kapital« bzw. den »Kapitalismus«, die von der Globalisierung und der Umverteilung der Einkommen profitierten. Dabei wird unter Kapital meist das Finanzkapital bzw. das »internationale Bankenkapital« verstanden, »das sich in den Händen weniger Mega-Konzerne und hyperreicher Multi-Milliardäre« befinde. Diese Fokussierung auf das Finanzkapital korrespondiert mit einem Verständnis von Kapitalismus, das

diesen nicht nur explizit als »anti-deutsches« System mit fremdbestimmten wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen versteht, sondern auch als – im antisemitischen Sinne – »vagabundierendes transnationales Finanzkapital« bzw. »vagabundierendes Raubritterkapital« ablehnt. Aber: Den Kapitalismus lediglich auf



Kleines Bild: NPD-Aufmarsch in Kiel 2005
Großes Bild: Statt Nationalsozialismus heißt es heute »Nationaler Sozialismus« – gemeint ist das Gleiche

den Aspekt des Geldes zu reduzieren und damit nur die Zirkulationssphäre des Kapitals zu betrachten, ist keine Kritik am Kapitalismus. Dieser ist ohne die Produktionssphäre nicht zu verstehen, d.h., nicht ohne auch die Aneignung des von den Arbeitenden produzierten Mehrwerts durch die Besitzer der Produktionsmittel zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich zwangsläufig verschiedene Schlussfolgerungen für die politische Auseinandersetzung.

Auch wenn bei der NPD Schlagworte wie »Sozialismus«, »Revolution«, »antikapitalistisch« oder »Freiheit« benutzt werden – ihre Sozialpolitik ist alles andere als radikal und freiheitlich. Konsequenter umgesetzt bedeutet sie eine Rückkehr in ein vormodernes Wirtschaftsmodell mit einem autarken Staat, der nach rassistischen, sexistischen und antisemitischen Prinzipien organisiert ist und in dem Zwangsarbeitsdienst ebenso alltäglich sein soll wie Strafen für Unternehmen, die Nicht-Deutsche beschäftigen. ■



Der »Schwarze Block«: Autonome Nationalist_innen am 1. Mai 2008 in Barmbek

MÄNNER UND FRAUEN FÜRS GROBE

Kameradschaftsszene und *Freie Nationalist_innen* in Hamburg

Als Reaktion auf eine Verbotswelt neofaschistischer Verbände und Vereine Mitte der 1990er Jahre entwickelten militante Neonazis aus Hamburg das Organisationskonzept der *Freien Kameradschaften* (FK). Einzelne Anhänger_innen und auch sympathisierende Unorganisierte bezeichnen sich als *Freie Nationalist_innen*.¹ Das Konzept hatte zum Ziel, radikale und militante Neonazis besser vor staatlichem Zugriff zu schützen. So existieren keine Mitgliedslisten, Vorstände und Satzungen. Inhaltlich sowie im Auftreten orientiert sich das Konzept an dem der SA und der NSDAP. Als Autoren der Broschüre »Freie

Nationalisten – Ein Leitfad«², die bis heute maßgeblich ist, gelten die damaligen Hamburger Kader Tobias Thiessen und Thomas Wulff.

In Hamburg traten die FK gemeinsam mit der NPD für alle sichtbar am 1. Mai 2008 in Erscheinung. Sie organisierten einen Aufmarsch in Hamburg-Barmbek unter dem demagogischen Motto »Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung«. Massive Proteste von Anwohner_innen und Antifaschist_innen sorgten für eine erhebliche Verkürzung und eine Verlegung des Aufmarsches.

Das Konzept der Autonomen Nationalisten, in dem Neonazis klassische linksradikale Symbolik, Mode und Subkultur kopieren, konnte sich innerhalb der Hamburger Szene bislang nicht durchsetzen. Zwar war auf dem Aufmarsch ein

großer »Schwarzer Block« zu beobachten, jedoch setzte sich dieser überwiegend aus extra angereisten Nazis zusammen. In Hamburg sind bislang keine Strukturen in Erscheinung getreten, die dieses Konzept verfolgen.

DAS AKTIONSBÜRO NORDDEUTSCHLAND (ABN)

Das ABN spielt eine wichtige Rolle in der Vernetzung der einzelnen FK in Norddeutschland. Über die Internetseiten des ABN sind lokale Zusammenschlüsse von (parteilosen) Faschist_innen verlinkt, es wird zu Demonstrationen und Veranstaltungen mobilisiert und neonazistische Propaganda verbreitet. Betrieben wird das ABN von Tobias Thiessen und seiner Lebensgefährtin Inge Nottelmann, die als Anmelderin des Nazi-Aufmarsches am 1. Mai 2008 in Hamburg fungierte. Beide kommen aus Alveslohe und gehören zum *Kameradenkreis Neonazis in Hamburg*. Eng mit dem ABN verbunden war zudem das Magazin *Zentralorgan*, dessen Herausgabe nach mehrfachen Ermittlungen wegen rassistischer und antisemitischer Hetze im Jahr 2002 eingestellt wurde.

begleitet. So wollen Neonazis die rechte Szene besonders ereignisreich und attraktiv für Jugendliche machen. Auf der Internetseite der neofaschistischen Initiative *Jugend zu uns*, mit der versucht wird, jugendliche »Einsteiger« für ein Engagement in der Kameradschaftsszene zu gewinnen, werden Musikveranstaltungen unter dem Punkt »was geht bei euch ab?« an prominenter Stelle genannt.

Konzerte werden häufig als private Geburtstagsfeiern getarnt und üben eine große Anziehungskraft auf eine jugendliche Klientel aus. In Hamburg können sich die Veranstalter solcher Konzerte relativ sicher sein, von der Polizei nicht behelligt zu werden; diese kümmert sich vielmehr intensiv um die gegen die neofaschistische Freizeitgestaltung protestierenden Antifaschist_innen.

Für den Vertrieb von menschenverachtender, neofaschistischer Musik ist das Internet von großer Bedeutung. Über einschlägige Seiten können Fans CDs bestellen oder die Stücke ihrer musikalischen Lieblinge gleich auf ihren Computer herunterladen. Auch in Hamburg gibt es ein Downloadportal für Rechtsrock, das von dem Neonazi Andreas Tobaben betrieben wird.

RECHTSROCK UND SUBKULTUR

Unter dem Sammelbegriff Rechtsrock werden sämtliche Musikstile neonazistischer Bands und Interpret_innen zusammengefasst. FK und NPD nutzen Rechtsrock, um ihre Attraktivität besonders bei Jugendlichen zu erhöhen und neofaschistische Inhalte zu verbreiten. Außerdem ist Rechtsrock als Möglichkeit der Integration und Identifikation von großer Bedeutung für die extreme Rechte. Aufmärsche und Demonstrationen werden häufig von Konzerten und Auftritten neonazistischer Bands

NEONAZIS IN BÜRGERINITIATIVEN

Hinter Vereinigungen wie der *Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf* oder der *Bürgerinitiative Unsere Zukunft* vermutet wohl kaum jemand Nazis. Wer sich jedoch eingehender mit diesen Initiativen befasst, erkennt schnell, dass es sich hierbei um den Versuch von parteiunabhängigen Nazis und NPD-Mitgliedern handelt, unter dem Deckmantel einer bürgerlichen, volks-

¹ Siehe auch »Braune Jungs und Nazi-Deerns – Hamburg ganz rechts«, DGB-Jugend HH und Avanti HH (Hg.) 2007

nahen Bürgerinitiative, rassistische und antisemitische Hetze zu verbreiten. In Bergedorf versuchen Nazis gegen die Errichtung einer Moschee zu mobilisieren und hetzen dabei gegen Menschen mit Migrationshintergrund. In Bramfeld führt die *BI Unsere Zukunft* Infostände mit wechselnder Thematik durch und versucht auch hier mit Kaffee, Kuchen und Glühwein Bürgernähe zu demonstrieren.

CHRISTIAN WORCH – NEONAZISTISCHER MULTIFUNKTIONÄR AUF ABSTIEGEM AST?

Christian Worch, gelernter Notariatsgehilfe aus Hamburg, war lange Zeit einer der führenden Köpfe der bundesweiten Neonaziszene. In den letzten Jahren hat Worch, der als Egozentriker gilt (innerhalb der Naziszene kursieren Spitznamen wie »Der große Zampano« oder »Seine Worchheit« für ihn), jedoch an Einfluss verloren, besonders in den Hamburger Kameradschaften. Zwar ist er weiterhin als Anmelder für Aufmärsche im gesamten Bundesgebiet von Bedeutung und zehrt von seinen juristischen Erfolgen (in zahlreichen Prozessen gelang es ihm, Aufmärsche durchzusetzen), jedoch hat er sich als starker Kritiker der »Volksfront von Rechts« hervorgetan und zeitweise ins politische Abseits gebracht. Worch, der wegen diverser Straftaten, u.a. Volksverhetzung und der Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda, mehrere Jahre in Gefängnissen saß, kritisierte in der Vergangenheit vehement die NPD und ihren »legalistischen« Anspruch, scheint aber hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Partei inzwischen einen pragmatischeren Weg eingeschlagen zu haben. So unterstützte er im vergangenen Jahr verschiedene NPD- und DVU-Landesverbände in Wahlkämpfen und war beratend tätig.

BEZIEHUNG ZUR NPD

In verschiedenen Bereichen arbeiten Freie Nationalist_innen und die NPD zusammen. Bei der Durchführung von Demonstrationen, Infoständen und Kundgebungen kann die NPD in Hamburg auf die Hilfe der Kameradschaften kaum verzichten. Mit den Vorstandswahlen der NPD im Februar 2007 wurde eine neue Stufe der Integration von militanten Personen und Strömungen in die Hamburger NPD erreicht: Neben Jürgen Rieger, der nun Vorsitzender der NPD in Hamburg ist, wurden mit Jan-Steffen Holthusen und Torben Klebe zwei weitere Personen, die aus der Kameradschaftsszene stammen, in den Vorstand der lokalen NPD gewählt. Der NPD-Landesverband Hamburg ist damit so radikal aufgestellt, dass er kaum Platz für militante Kameradschaften außerhalb der NPD lässt. Es ist daher offen, ob das Konzept der *Freien Kameradschaften* in Hamburg weiterhin Zukunft hat, da weite Teile der Szene inzwischen in der NPD organisiert sind. Die »Volksfront von Rechts«, bestehend aus NPD, DVU und Kameradschaftsszene, scheint in Hamburg unter Nazis weitgehend akzeptiert. Hierfür war die Entwicklung innerhalb der Hamburger NPD von dem als »bürgerlich und reaktionär« verschrieenen Vorstand, noch vor wenigen Jahren, hin zu einem neonazistischen Vorstand unter Jürgen Rieger maßgeblich.

Immer wieder kommt es jedoch zwischen dem Bundesverband der NPD und den »freien Kräften« zu Spannungen, die häufig daraus resultieren, dass die Führung der Partei stets bemüht ist, sich ein bürgerliches, biederer Image zu geben, und es meist vermeidet, offen Sympathien für den Nationalsozialismus zu zeigen. Ein Beispiel für diese Art von Spannungen innerhalb der extremen Rechten sind die Vorfälle rund um die Beerdigung des Nazis und ehemaligen Vorsitzenden der 1995 verbotenen



Aktivistepärchen: Tobias Thiessen und Inge Nottelmann am 1. Mai 2008

nen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), Friedhelm Busse. Der Ex-Hamburger und NPD-Funktionär Thomas »Steiner« Wulff legte bei der Beisetzung im Juli 2008 eine Hakenkreuzfahne auf den Sarg des Verstorbenen. Diese wurde zusammen mit dem Sarg begraben, jedoch später auf Anweisung der Staatsanwaltschaft wieder ausgegraben und sicher gestellt. Gegen Wulff läuft nun ein Strafverfahren wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Die Parteiführung der NPD rund um Udo Voigt distanzierte sich fünf Tage nach der Beisetzung von Wulff und warf ihm vor, das Gedenken an Busse für eine politische Selbstinszenierung zu missbrauchen. Die Distanzierung führte zu einem Aufruhr in der Szene der »freien Kräfte« und resultierte in einer Gegenerklärung, in der die Führungsriege der NPD massiv kritisiert und ihr mit dem Ende der Zusammenarbeit gedroht wurde. Unterzeichnet wurde diese Erklärung, die in einschlägigen Internet-Foren kursiert, von einigen führenden Persönlichkeiten der Neonazis, unter ihnen auch die Hamburger Thorsten de Vries, Jan Steffen Holthusen, Torben Klebe und Tobias Thiessen, sowie Kameradschaften und neonazistischen Zusammenschlüssen aus dem gesamten Bundesgebiet, aber auch von vereinzelt Gruppierungen der NPD (etwa den *Jungen Nationaldemokraten* Hamburg).



Im Jahr 2000 verboten worden: Die Kameradschaft *Hamburger Sturm*

Wulff veröffentlichte anschließend im Winter 2009 eine Stellungnahme, in der er ein Ende der »Volksfront von Rechts« prognostizierte, da die Parteiführung nicht zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den FK in der Lage sei. Inwieweit Wulff durch sein politisches Scheitern innerhalb der NPD (er bekam keinen aussichtsreichen Listenplatz für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 und wurde 2008 aus dem Bundesvorstand abgewählt) motiviert war, eine negative Prognose abzugeben, lässt sich nur abschätzen. Festzuhalten bleibt, dass in den Beziehungen zwischen den FK und der NPD große (regionale) Unterschiede bestehen. Während in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die Kooperation weitestgehend reibungslos läuft, ist auf Bundesebene häufig das Gegenteil der Fall. Wie sich das Verhältnis von FK und NPD weiter entwickelt, hängt auch davon ab, welcher Flügel sich in der NPD durchsetzen kann. Ob Störungen in den Beziehungen zwischen dem NPD-Präsidium und den FK reale Konsequenzen auf die weitere Kooperation haben, bleibt abzuwarten. Inzwischen wurde Wulff rehabilitiert und sitzt seit April 2009 wieder im Bundesvorstand der NPD. ■



RICHTIGE KERLE GESCHLECHTERBILDER IN DER NPD

Die reine Lehre der völkischen Ideologie propagiert ein Geschlechterbild, das mittlerweile sogar in der NPD als überholt angesehen wird und gewisse modernisierende Modifikationen erlebt hat. Zudem entspricht die Lebensrealität vieler rechter Frauen nicht im Geringsten der propagierten Ideologie und die konservativen Modelle, die das Parteiprogramm und die meisten der offiziellen Pressemitteilungen aus den NPD-Landesverbänden empfehlen, sind immer wieder Gegenstand heftiger Debatten, etwa in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* (DS).

Das völkische Weltbild geht von einer strengen Trennung von männlich und weiblich und, damit einhergehend, der Lebens- und Arbeitsbereiche aus. Nach dieser biologistischen Aufteilung fallen den Frauen Bereiche wie Gestaltung des Heims, die Kindererziehung und »Brauchtumsvermittlung« zu, Männern dagegen die ökonomische Absicherung sowie die Verteidigung von Familie und Heimatland und die politische Gestaltung der Gesellschaft. Jede Abweichung von diesem binär organisierten Modell, jede Aufweichung der Grenzen wird als unnatürlich und damit nicht wünschenswert angesehen.

Wenn auch einige in der NPD dieses rückwärtsgewandte Modell empfehlen, so stellt sich die Partei doch den Anforderungen einer völlig anderen Realität und versucht, Kompromisse zu formulieren. Diese bestehen im Wesentlichen in einer weniger strengen Aufteilung der Arbeitsbereiche für Männer und Frauen sowie

einer grundlegenden Forderung nach »Gleichberechtigung« in einer spezifisch rechten Interpretation.

Auch aktuell definiert die NPD die Geschlechtergrenzen anhand einer biologistischen Unterscheidung zwischen Männern und Frauen. Ein konkretes Männerbild wird nirgends formuliert. Aus der Gesamtheit der programmatischen Äußerungen der NPD kann jedoch gefolgert werden, dass der Mann weiß, deutsch, körperlich gesund und heterosexuell sein soll, dass er im Normalfall berufstätig ist und seinen Wehrdienst mit Begeisterung abgeleistet hat. Frauen sind ebenfalls weiß, deutsch, körperlich gesund und heterosexuell, sie sind aber nur in Ausnahmefällen berufstätig und haben eventuell ihren Wehrdienst oder einen entsprechenden Sozialdienst geleistet. Gemeinsam soll beiden Geschlechtern eine Fokussierung auf Familie und Kinderproduktion sein, da alle für die Erhöhung der Geburtenrate, im Jargon der NPD »Erhalt des deutschen Volkes« genannt, verantwortlich sind. Und hier erst ergeben sich gravierende Unterschiede: Während ein pflichtbewusster Mann für seine Familie arbeitet, bleibt die Frau mit den Kindern zu Hause, zudem wird ihr eine »natürliche, frauliche Regung« hin zu Familie und harmonischem Alltag unterstellt, Männern dagegen nicht.

Jedoch nimmt die NPD es als gegeben, dass es auch Frauen gibt, die zumindest temporär nicht mit der Pflege und Aufzucht kleiner Kinder beschäftigt sind. Für diese soll laut NPD ebenso wie für Männer das »Leistungsprinzip«



Deutsche Mädels, deutsche Rune, deutscher Gürtel, deutsche Wurst

im Berufsleben gelten - das heißt konkret, dass Maßnahmen zur Frauenförderung abgelehnt und die strukturellen Benachteiligungen, die sich aus dem patriarchalen System für Frauen ergeben, geleugnet werden. Einzig die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen sieht die NPD als berechtigt und als staatliche Aufgabe an. Quotierungen dagegen, sei es im Berufsleben oder in der Parteipolitik, werden strikt abgelehnt. Diese Position formulierte etwa auch die frühere Vorsitzende der Hamburger NPD, Anja Zysk, in einem Interview mit der DS – allerdings legte sie großen Wert darauf, keine spezielle »Frauenpolitik« zu machen.

Die Einteilung der Welt in männliche und weibliche Zuständigkeitsbereiche wird in der Ideologie der NPD dadurch aufgeweicht, dass Männer und Frauen grundsätzlich die gleiche Befähigung für alle anfallenden Aufgaben – bis

auf das Austragen der Kinder – haben. Deshalb kann es alleinerziehende Väter geben, die eine ähnliche Förderung erhalten sollen wie Mütter, sowie berufstätige Frauen, die ihre Familien ernähren – wobei jedoch die Berufstätigkeit von Frauen niemals auf Kosten der Kindererziehung gehen soll. Ideal oder auch nur normal ist jedoch für die NPD diese Umkehr der Rollenverteilung nicht, sie wird vielmehr als eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner Anforderungen gesehen und gilt als Zustand, dessen Aufrechterhaltung nicht wünschenswert ist. Für beide Geschlechter, sofern sie deutsch sind, wünscht also die NPD eine Befreiung aus ökonomischen Zwängen, die als Befreiung hin zur traditionell-völkischen Rollenaufteilung gesehen wird. ■

REVOLUTIONÄRE VON RECHTS ?

DIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) IN HAMBURG

Am 16. Februar 2008 versuchten junge Nazis, einen Infostand der Initiative »Keine Stimme den Nazis« in Bramfeld anzugreifen. Circa 20 Personen der JN, NPD und *Freien Nationalist_innen* liefen Parolen rufend auf den Stand zu und konnten erst kurz davor von der Polizei gestoppt werden.

62

Eine Pressemitteilung der JN zu der Attacke erschien wenig später auf der Homepage der Hamburger NPD – es war die erste öffentliche Aktion der Jugendorganisation in Hamburg seit elf Jahren, kurz nach der Neugründung eines so genannten Stützpunkts in Hamburg im Dezember 2007. Die JN sind die einzig relevante Jugendorganisation einer neofaschistischen Partei in Deutschland, sie haben bundesweit 600 Mitglieder (Stand: 2007) und sind bisher nicht in allen Bundesländern vertreten. Der Verband gliedert sich in Landesverbände und Stützpunkte als kleinste Einheit.

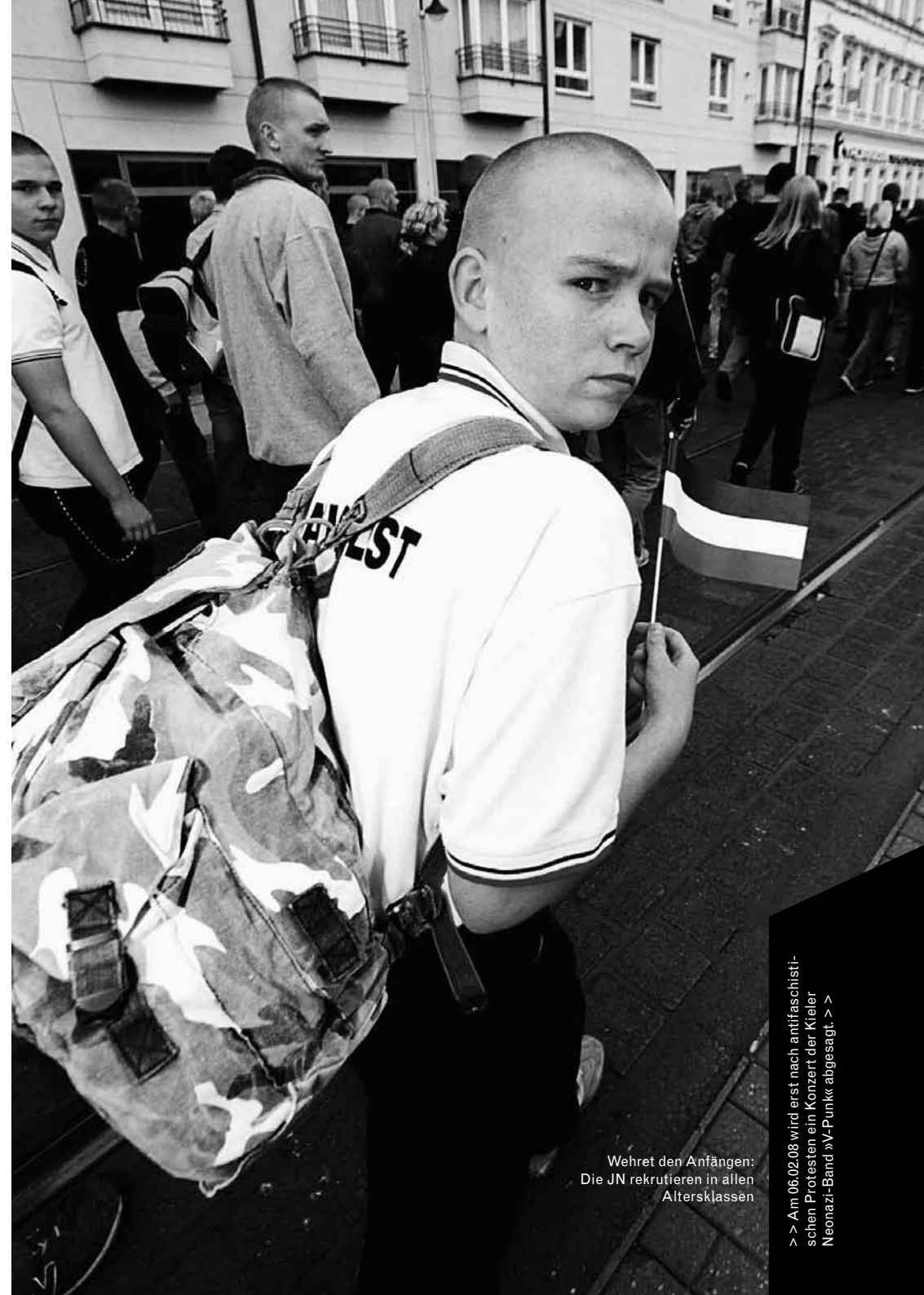
DIE JN – SCHON FRÜHER SAMMELBECKEN MILITANTER NEONAZIS

Der Hamburger Landesverband der JN hatte sich Anfang 1997 aufgelöst. Zur nachfolgenden Bürgerschaftswahl 1997 wurde mit Achim

Ezer, dem damaligen stellvertretenden JN-Bundesvorsitzendem, nochmal ein junger Kader extra für den Wahlkampf nach Hamburg geholt. In den folgenden Jahren blieben Wiederbelebungsversuche der JN jedoch erfolglos. Die JN waren in den 70er und 80er Jahren Durchlauferhitzer für militante und vorbestrafte Neonazis. Einige Hamburger_innen machten im Laufe ihrer Karriere Station bei den JN, manche sind bis heute aktiv:

- **Christian Worch** war 1977 zuständig für das »Referat Presse und Propaganda« der JN in Hamburg. Nach einer langjährigen Karriere in inzwischen verbotenen Organisationen und nach mehrjährigen Haftstrafen ist er mittlerweile der wichtigste »Freie Nationalist« der BRD.

- **Inge Nottelmann**, 1996 noch Landesvorstandsmitglied der DVU, wurde 1998 JN-Beauftragte für den Bundestagswahlkampf in Hamburg. Auch sie ist inzwischen langjährige Funktionärin der Freien Nationalist_innenen arbeitet für das Aktionsbüro Norddeutschland (ABN).



Wehret den Anfängen:
Die JN rekrutieren in allen
Altersklassen

>> Am 06.02.08 wird erst nach antifaschistischen Protesten ein Konzert der Kieler Neonazi-Band »V-Punk« abgesagt. >



Begann ihre Karriere bei den JN: Inge Nottelmann, dahinter Tobias Thiessen

- **Thorsten de Vries** begann seine Karriere laut eigenen Angaben bei den JN in Wilhelmshaven. Seine langjährige Nazilaufbahn beinhaltet ebenfalls diverse Verurteilungen inklusive mehrerer Haftstrafen. Zuletzt wurde er im April 2008 wegen gemeinschaftlicher Nötigung verurteilt.

- **Michael Andrejewski**, der ehemalige JN-Funktionär aus Hamburg und frühere Spitzenkandidat der *Hamburger Liste Ausländerstopp* (HLA), ist inzwischen Landtagsabgeordneter der NPD in Mecklenburg-Vorpommern (MVP).

- **Philip Steinbeck**, inzwischen Schlossherr in MVP, ist ein langjähriger Kader, der in den 80er Jahren den Hamburger JN beitrug. Er hat weiterhin gute Kontakte zur NPD und zu Jürgen Rieger. Steinbeck soll Anfang der 90er Jahre Wehrsportübungen für Hamburger Neonazis organisiert haben.

Die JN in der Hansestadt waren in den 70er Jahren eng verbandelt mit der so genannten *Hansa-Bande* und der verbotenen *Aktions-*

front Nationaler Sozialisten (ANS) des verstorbenen Naziführers Michael Kühnen. Auf das Konto von Aktivisten aus diesem Netzwerk gingen Delikte wie Überfälle auf Andersdenkende, Bank- und Waffenraube sowie Wehrsportübungen. In den 90er Jahren wechselten mehrere örtliche Aktivisten aus der verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) zu den JN, danach wurde es still um den Hamburger Landesverband. Die Organisation der jungen, militanten Aktivist_innen übernahmen jetzt erstmal die *Freien Kameradschaften* (FK).

DIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN HEUTE

Erst im Februar 2006 lud die inzwischen erstarkte und verjüngte Hamburger NPD zu einer Versammlung von potenziell an den JN Interessierten ein. Der Bundesvorsitzende der



Die JN Hamburg am 1. Mai 2008, ganz links: Jan Zimmermann

JN erläuterte den 70 (laut NPD) anwesenden Kamerad_innen, was es heißt, bei den JN aktiv zu werden: »Selbstdarsteller, Heuchler und Menschen, die nicht bereit sind sich für die Sache einzusetzen, haben in der JN nichts verloren. Jeder Einzelne sollte sich bei seiner Arbeit in der JN am Leitbild des politischen Soldaten orientieren.« Dem elitären Ansatz entsprechend schätzte die NPD ein, dass von 70 Interessierten nur 20 übrig bleiben würden, die »dann aber jenes Potential haben, welches man von den Aktivisten einer jungen revolutionären Organisation erwartet«. Der Gründungsversuch 2006 fand unter der ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Anja Zysk statt. Da es schon damals Streitigkeiten zwischen Zysk und Anhängern der FK gab, torpedierten Letztere den Aufbauversuch, indem sie via Internet eine Neuauflage der Kampagne »Jugend zu uns« starteten. Inzwischen wurde der kameradschaftsnahe Jürgen Rieger Landesvorsitzender der NPD. Er sah Ende 2007 wohl seine Zeit ge-

kommen, nun auch einen Stützpunkt der JN zu gründen. Ein führender Kader der Hamburger JN ist Kay-Ole Klebe, jüngerer Bruder des langjährigen Aktivisten und Landesvorstandsmitglieds der NPD Torben Klebe.

Die oben genannten Zahlen mögen übertrieben sein, trotzdem sollte der Versuch einer eigenständigen Jugendarbeit der NPD in Hamburg nicht unterschätzt werden. Der Landesverband hat sich in den letzten Jahren stark verjüngt, der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Nazi-aufmärschen in Hamburg ist hoch. Mitglied der JN können junge Menschen im Alter von 14 bis 35 Jahren werden. Die Funktionär_innen der JN sind oftmals Student_innen und Gymnasiast_innen, einige kommen aus völkischen Studentenverbindungen. Viele ehemalige freie Nationalist_innen, auch welche, die

>> Am 16.02.08 versuchten ca. 15 Nazis aus dem Umfeld des ehemaligen *Hamburger Sturm* einen Antifa-Infostand in HH-Bramfeld anzugreifen. Die Polizei verhindert dies im letzten Moment. >>

den Eintritt in die »verbonzte« Mutterpartei scheuen, sind Mitglied der JN. Umgekehrt ist davon auszugehen, dass die meisten jüngeren Kamerad_innen der NPD auch bei den JN aktiv sind. Das Jungvolk ist wesentlich aggressiver als die NPD und propagiert den »Angriff auf die bestehenden Verhältnisse« (*Der Aktivist* 1/2007). Gewalttaten sind entsprechend häufig bei jungen JN-/NPD-Mitgliedern. Im Herbst 2007, es gab noch keinen JN-Stützpunkt in Hamburg, wurden die jungen NPD-Mitglieder Christopher S. und Raphael N. in Altona erwischt, als sie Fensterscheiben ausländischer Restaurants zerstörten. Ebenfalls 2007 nahm der Gymnasiast Johannes Duda an einem rassistischen Überfall teil, zur Tatzeit war er Mitglied der NPD. Im Oktober 2008 wurde er deswegen zu neun Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Seit der Gründung des Stützpunkts Hamburg beteiligen sich JN-Mitglieder hauptsächlich an Infoständen, Verteilungen von Flugblättern, Bereitstellung der

Infrastruktur für Aufmärsche und anderen Formen von Öffentlichkeitsarbeit. Vereinzelt wurden auch NPD-Flugblätter vor Schulen verteilt.

REVOLUTIONÄRE PHRASEN

Die JN haben einen elitären Anspruch, auch in Hamburg setzen sie »auf Qualität und nicht auf Quantität«. Auf ideologische Schulungsarbeit im Rahmen von Veranstaltungen und Vorträgen wird Wert gelegt. Dazu dienen auch die Zeitschriften *Hier & Jetzt* der sächsischen JN, sowie *Der Aktivist* des Bundesvorstands. Die ständige Rede von Revolution bei den JN ist keineswegs im Sinne einer sozialen Revolution gemeint, welche das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum Ziel hat, sondern im Sinne einer völkischen Revolte, an deren Ende die Volksgemeinschaft steht. In der Volksgemeinschaft soll es dann



»Nationaler Aktivismus« – es geht nicht immer nur um Inhalte bei der JN

per definitionem keine Klassenunterschiede mehr geben. Im Manifest »Die 25 Punkte zum Nationalismus« der JN heißt es, der Nationalismus »bekämpft den Klassenkampf von ‚oben‘ und von ‚unten‘«. Träger_innen einer Revolte sollen nicht bestimmte Schichten oder Klassen sein, sondern das biologisch abgeleitete deutsche Volk. In Baden-Württemberg erklärte ein Funktionär auf dem JN-Landeskongress im November 2006: »Nationalismus heißt Revolution«. Und auch die Gründungserklärung der Hamburger JN endet keineswegs mit einer Kampfansage an soziale Ungerechtigkeit, sondern mit den Worten, man hätte »den Kampf um unsere Heimatstadt und das geliebte Vaterland aufgenommen«.

Die Verflechtung der hiesigen NPD mit den Hamburger FK dürfte sich durch die Gründung eines Stützpunkts der JN verfestigt haben. Die JN sind die treibende Kraft bei der Öffnung der NPD für militante Neonazis seit Mitte der 90er Jahre. In der Vier-Säulen-Strategie der

hessischen JN (analog zum Vier-Säulen-Konzept der NPD) heißt es zum Beispiel, man führe, neben dem »Kampf um die Schulen« und dem »Kampf um die Intellektualisierung der Jugend«, einen »Kampf um die Kameradschaften«. Dementsprechend sind viele Kameradschaften der BRD identisch mit örtlichen JN-Gruppen. Es ist zu befürchten, dass es der Hamburger NPD mit einer radikalen Ansprache durch die JN ohne den Stallgeruch einer Erwachsenenpartei und mit dem Angebot einer rechten Jugendkultur und Erlebniswelt gelingen könnte, gezielt Jugendliche für neofaschistische Politik zu gewinnen. ■



LKW-Konzert in Hamburg-Barmbek
am Vorabend des Naziaufmarsches 2008.
Es spielte u.a. die Gruppe Deichkind.



Klaus-Cristoph Marloh (Norddeutscher Kulturkreis) spricht vor Neonazis beim Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer

BRAUNE BIEDERMÄNNER DAS UMFELD DER HAMBURGER NPD

Die NPD agiert auch in Hamburg nicht isoliert, sondern in einem Umfeld von verschiedenen Organisationen der extremen Rechten, welche in der Öffentlichkeit oftmals unbekannt sind.

Mittels dieser braunen Biedermänner und -frauen reichen die Verbindungen bis hinein in den etablierten Konservatismus – bestes Beispiel hierfür ist die *Burschenschaft Germania*. Und so ist auch zu erklären, warum viele der hier aufgeführten Vereinigungen in keinem Verfassungsschutzbericht erwähnt werden. Neben tatsächlich vorhandenem Unwissen will man diese Verstrickungen nicht der Öffentlichkeit preisgeben.

1. FILMFREUNDE UND FINANZIERS

Die älteste faschistische Organisation in Hamburg ist neben der *Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS* (HIAG), welche allerdings ihren Vereinsstatus 2006 aufgegeben hat, der *Norddeutsche Kulturkreis e. V.* (NK). Der NK wurde im Jahre 1962

unter Beteiligung von ehemaligen Nationalsozialisten unter dem Namen *Freundeskreis Filmkunst e. V.* (FKFK) gegründet. Der damalige 1. Vorsitzende Klaus-Christoph Marloh aus Seevetal war im 2. Weltkrieg U-Boot-Offizier und deshalb bis vor kurzem ein gern gesehener Zeitzeuge bei Veranstaltungen von NPD und *Freien Kameradschaften*. Er ist nach 1945 in diversen neofaschistischen Organisationen gewesen und betätigte sich zudem in Auschwitzleugner_innen-Kreisen. Andere Gründungsmitglieder kamen aus der *Deutschen Reichspartei* (DRP) sowie aus dem 1960/1961 verbotenen *Bund Nationaler Studenten* (BNS). Gertrud Herr, langjährige Funktionärin des FKFK, publizierte ihre Biografie »Inhaltsreiche Jahre – Aus dem Leben einer BDM-Führerin« in einem Verlag von Auschwitzleugner_innen. Herr war bis in die 90er Jahre engste Mitarbeiterin von Jürgen Rieger, der 1986 selbst in den Vereinsprotokollen auftaucht. Der Kulturkreis ist einer der vielen Tarnvereine um den Hamburger NPD-Vorsitzenden.

Im Laufe seiner fast 50-jährigen Geschichte hat der NK Kontakte zu fast allen Organisationen der extremen Rechten in Hamburg gehabt. Dazu gehören Parteien wie NPD, REP und DVU, des Weiteren Denkzirkel der extremen Rechten, aber auch Wehrsportaktivist_innen.

Jahrzehntelang zeigte der FKFK in Hamburger Kinos indizierte NS-Filme. Schon im Gründungsjahr kritisierte »Die Zeit« unter dem Titel »Der Alte Fritz und die Filmkunst« diese neonazistische Kulturarbeit und den Umstand, dass solche Propaganda damals von den Behörden als gemeinnützig anerkannt wurde, obwohl »die Tätigkeit dieses Kreises gemeinschädlich ist.« (Die Zeit, 1962). In den 70er und 80er Jahren besuchten teilweise mehrere hundert Personen die Vorführungen. Erst 1978 wurde dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die Kinovorführungen liefen allerdings fast 20 Jahre regelmäßig weiter. Die Nazi-Cineast_innen lie-

hen sich die Filme unter falschen Angaben bei renommierten filmhistorischen Stiftungen und verheimlichten den Kino-Betreiber_innen ihre Zielsetzung. Es waren nicht die Behörden, die auf die Nazi-Propaganda in Hamburger Kinos aufmerksam machten, sondern immer wieder aktive Antifaschist_innen. Erst 1995 – nach über 30 Jahren – war endgültig Schluss mit den Kinovorführungen.

EIN NAZI-ZENTRUM IN DER HEIDE

Auch an anderer Stelle versagten die Behörden im Falle des FKFK kläglich: 1978 erwarben die »Filmfreunde« zwei Drittel der Anteile am Gebäudekomplex »Hetendorf 13« in Niedersachsen von der Bundesvermögensverwaltung, das andere Drittel erwarb ein weiterer Verein von Jürgen Rieger. Der Hamburger Verfassungsschutz hatte zuvor gegenüber der Oberfinanzdirektion in Hannover – wider besseren Wissens – beide Vereine für unbedenklich erklärt. »Für'n Appel und'n Ei«, so Gertrud Herr, nämlich 120.000 DM, ging die Immobilie an die Neonazis – ein Zehntel des ursprünglichen Wertes – und entwickelte sich schnell zum wichtigsten Nazi-Zentrum Norddeutschlands. Hier trafen sich alle Braunen aus dem Norden, ob die Rieger-Vereine, die *Wiking-Jugend* oder Mitglieder anderer inzwischen verbotener Organisationen. Erst 1998 – nach einer starken antifaschistischen Kampagne und wachsender öffentlicher Kritik – machten die Behörden das Schulungs- und Wehrsportzentrum in der Heide dicht.



Die Warte, Zeitschrift des Norddeutschen Kulturkreises

UNGEBROCHENE TRADITION VON NS-KULTUR

1999 wurde der FKFK in *Norddeutscher Kulturkreis e. V. (NK)* umbenannt, das Personal, die Ideologie, wie auch die seit Jahrzehnten erscheinende Vereinszeitschrift *Die Warte* blieben dieselbe. *Die Warte* dürfte, den Portokosten des Vereins entsprechend, monatlich an ca. 100 Abonnent_innen verschickt werden. Das Blatt enthält Porträts über Kulturträger des Dritten Reiches, Gedichte oder Lieder von völkischen Künstler_innen, Rezensionen über Bücher von Alt- und Neonazis und Beiträge über das Vereinsleben. Häufig zielt ein Kunstwerk aus dem Nationalsozialismus das Titelblatt. Über den angeschlossenen Warte-Buchvertrieb kann man die dort gepriesenen Bücher bestellen. Keine andere Hamburger Organisation knüpft so ungebrochen an nationalsozialistische Kultur an wie der NK.

Die braunen Kulturfreund_innen können bis heute relativ ungestört agieren. Bis mindestens 2005 machte man regelmäßig Vorträge mit einschlägigen Referent_innen und 20-30 Besucher_innen im *Restaurant Remter* der *Hamburger Handwerkskammer* – wiederum machten Antifaschist_innen darauf aufmerksam. Seit geraumer Zeit ist nun die *Burschenschaft Germania Königsberg* in der Heimhuderstraße Veranstaltungsort – hier ist man politisch sicherlich besser aufgehoben.

Bei der letzten Jahreshauptversammlung im Juni 2008 kam ein ganz besonderer Besuch extra aus Spanien angereist. Rolf Hanno, Gründungsmitglied der Wandsbeker NPD und ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht, lebt seit Jahren in Marbella und machte dort ein Vermögen als Architekt und Immobilienspekulant. Auf seinem Auto prangen Aufkleber der NPD und der *Artgemeinschaft* von Jürgen Rieger. In Spanien ist er auch gerne mit Reichskriegs-

flagge unterwegs. Hanno ist einer der wenigen großen Finanziers der Neonazis. Häuser des früheren NPD-Vorsitzenden Günther Deckert hat er mitfinanziert, der Partei spendete er 24.000 Euro im Jahre 2005. Ganze 200.000 Euro soll Hanno seinem einstigen politischen Ziehkind Steffen Hupka für dessen Schlossprojekt in Fretterode geliehen, inzwischen aber wieder entzogen haben.

Vielleicht machte der 1919 geborene und vom Alter gezeichnete Hanno ja extra den Weg von Marbella nach Hamburg, um einen passenden Erben zu finden. Dass seine alten Kamerad_innen des NK's mit Geld umgehen und diskret in Immobilien investieren können, haben sie in der Vergangenheit bewiesen.

>> Am 01.05.08 marschieren 1300 Nazis durch Barmbek. Der Aufmarsch wird von der Polizei gegen den Protest von 10.000 Hamburger_innen durchgesetzt. Aus dem Aufmarsch heraus werden Journalist_innen und Gegendemonstrant_innen angegriffen und verletzt. >>



Links: Emblem der Hamburger Burschenschaft Germania
Rechts: Protest gegen ein Treffen von Verbindungsstudenten im Hamburger Logenhaus

2. BURSCHENSCHAFT GERMANIA – EXTREM RECHTE AKADEMIKER

Die **Hamburger Burschenschaft Germania** hat schon seit fast 40 Jahren Kontakte zur NPD. Germane Hans-Ullrich Pittner wurde vom AStA der Universität Anfang der 70er Jahre als NPD-Mitglied im Kreisvorstand Wandsbek angegeben. Ende der 80er Jahre setzte man bei der Studentenverbindung aus der Sierichstraße allerdings mehr auf die erstarkenden *Republikaner*, während gleichzeitig ein radikaler Flügel Verbindungen zur inzwischen verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) pflegte und sich an Wehrsportübungen beteiligte. Dadurch wurde auch der Verfassungsschutz auf die Germanen und andere Hamburger Studentenverbindungen aufmerksam. In einem vertraulichen Bericht hieß es 1993: »Nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut ist (...) innerhalb der Burschenschaft weit verbreitet.

Auf Semesterkneipen der *Germania* wird z. T. nationalsozialistisches Liedgut gesungen und in eigenen Liedtexten das NS-Regime verherrlicht. Aus ihrer Ablehnung der Demokratie und ihrer Befürwortung des ‚Führerprinzips‘ machen viele ‚Germanen‘ keinen Hehl.« (LfV Hamburg 1993: 21)

Der Bericht ist allerdings bis heute nicht einmal Bürgerschaftsabgeordneten zugänglich. In den offiziellen, jährlichen VS-Berichten fanden sich dagegen bis Mitte der 90er Jahre nur allgemein gehaltene Passagen wie folgende: »Dabei vermischen sich in Einzelfällen rechtsextremistische Bestrebungen mit studentischer Brauchtumpflege und burschenschaftlichen Idealen zu einer insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaft.« (LfV Hamburg 1994: 137) Doch selbst damit ist Schluss, Burschenschaften werden in Hamburg seit Jahren nicht mehr in Verfassungsschutzberichten erwähnt. An deren politischer Ausrichtung hat sich jedoch wenig getan, wie auch diverse Anfragen in der Hamburger Bürgerschaft dokumentieren, geändert haben sich nur die politischen Vor-



Ernst Rabehl als Redner im Germanenhaus. Screenshot von der Germanen-Homepage.

gaben für den VS. So konnte dann auch 2002 mit Christian Brandes ein Germane für die mitregierende *Schill-Partei* im Rathaus als Abgeordneter Platz nehmen. Die Empörung der Öffentlichkeit hielt sich in Grenzen.

BEZIEHUNGEN ZUR NPD UND MILITANTEN NAZIS

In der Zeit, als Brandes sein Studium in Hamburg aufnahm, traf sich im Germanenhaus der *Hamburger Kreis* (HK), ein Zirkel intellektueller Rechter, der auch als Lesekreis der *Jungen Freiheit* (JF) auftrat. Ein Teilnehmer war Jan Z., der damalige Bundessprecher der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und Vorsitzender der Hamburger NPD. Der HK lud einschlägig bekannte Neofaschisten zu Vorträgen in die Sierichstraße und bemühte sich darum, Teil einer »rechten Graswurzelrevolution« in der BRD zu sein. Im Kampf um die »kulturelle Hegemonie«, den die JF damals ausgerufen hatte, bemühten sich über 40 Lesekreise der Zeitschrift um die Formierung einer rechten Elite. Die Entwicklung im Germanenhaus war allerdings selbst der JF zu rechts, und die Überwachung des HK's durch den VS führte dann zur formalen, jedoch nicht zur inhaltlichen Trennung.

Mit dem Wiederaufstieg der NPD zur wichtigsten Kraft im neofaschistischen Lager orientierten sich auch Teile der Germania wieder an dieser Partei. Wer 2000 als Sympathisant bei der NPD nach einer nationalen Studentenverbindung in Hamburg fragte, bekam die *Germania* empfohlen und ungefragt »ein[e] ganz herzlich[e] Einladung auf unser Verbindungshaus.« Olaf Svensson, Unterzeichner des Briefes war zu der Zeit Fuxmajor, also für die »rechte« Erziehung von neuen Burschenschaftler zuständig. 2001 kandidierte der Jurastudent zwar für die *Republikaner* in Altona auf Platz 1, suchte in den letzten Jahren aber wieder den Kontakt zur NPD.

Ein Bewohner des Germanenhauses war bis April 2004 Sascha Keller, Betreiber eines Nazi-Versandhandels und Unterstützer der berühmten Schulhof-CD, eines Rechtsrocksamplers, den Neonazis kostenlos an Schulen verteilen. Sein *Nordic Hammer Versand* vertrieb neben Nazimusik und -literatur auch die üblichen NS-Devotionalien und Waffen.

Der 1980 geborene Student André Kinnigkeit hatte 2006 bei seiner Burschenschaft den Posten des Bierwartes – für die NPD war er Delegierter beim Parteitag im Februar 2007, als Jürgen Rieger zum Vorsitzenden gewählt wurde. Mit der Neuformierung von Landes- und Kreisvorständen kam auch ein weiterer Germane bei der NPD zu einem Amt. Arne Riecken wurde im Sommer 2007 als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Hamburg-Eimsbüttel angegeben.

NEOFASCHISTISCHE VERANSTALTUNGEN

Die Veranstaltungstätigkeit im Haus der *Germania* ging auch nach dem Ende des HK weiter – zuletzt mit

>> Am 16.08.08 verübten Neonazis einen Anschlag auf das Zentrum der jüdischen Gemeinde in Pinneberg und beschädigten Fensterscheiben mit Steinen. >>

mehr Bezug zur NPD. Bei den Veranstaltungen handelt es sich nicht um Projekte einer Fraktion innerhalb der Burschenschaft – sie werden von allen Aktiven und Alten Herren getragen.

Geworben wird für die Veranstaltungen auch in neofaschistischen Zeitungen, so z.B. 2003 für einen Vortrag »Herzog Widukind – Erbe und Auftrag« in der *Nordischen Zeitung* des Nazianwaltes Jürgen Rieger. Für militaristische Nostalgiker oder militante Neonazis war der Germanenabend »60 Jahre Kesselschlacht in Halbe« im Dezember 2004.

Im November 2005 durfte Bernd Rabehl im Germanenhaus referieren, nachdem er dies fünf Monate zuvor bei der sächsischen Fraktion der NPD getan hatte. Ein Jahr später eröffneten die Germanen in ihrem Haus eine »Kleine Deutsche Kunstausstellung«, für die in der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* geworben wurde. Präsentiert wurden Holzschnitte von drei nationalsozialistischen Künstlern, der Titel geht zurück auf die »Große Deutsche Kunstausstellung« der NSDAP in München. Im Juni 2008 wurde ein österreichischer Antisemit zum Vortrag »Der letzte Akt der Globalisierer« geladen. Mit seinem gleichnamigen Buch war Richard Melisch zu diversen Gesprächskreisen der NPD in Süddeutschland getourt. Die Jugendorganisation der NPD schrieb begeistert: »Die JN Heilbronn dankt Richard Melisch für Wahrheiten aus erster Hand.«

Zu ihrem jährlich gefeierten Reichsgründungskommers (feierliche, korporierte Kneipe) luden die Germanen dieses Jahr im Januar mit Björn Clemens einen beliebten Redner der NPD ein. Clemens, der als stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner wegen deren »liberalem« Kurs zurückgetreten war, sprach im Februar 2008 als einer der Hauptredner beim großen Nazi-Aufmarsch in Dresden.



Emblem der Burschenschaft Chattia

BRÜCKENSCHLAG ZUM KONSERVATISMUS

Besondere Bedeutung hat die *Burschenschaft Germania*, weil sie nicht nur beste Verbindungen zur Hamburger NPD, sondern auch in konservative Kreise der Hansestadt hat. Ihre Alten Herren sitzen teilweise auf einflussreichen Posten und sind mit der Altherrenschaft anderer Studentenverbindungen bestens vernetzt. Personelle Überschneidungen mit der *Schill-Partei* gab es nicht nur über Christian Brandes, sondern auch über andere Personen. In reaktionären Bürger-Vereinen wie dem *Bund für Denkmalerhaltung* waren Germanen ebenfalls in führender Position tätig. Der geschichtsrevisionistische Bund kümmert sich hauptsächlich um stark umstrittene Denkmäler in Hamburg, darunter mehrere aus dem

Aufbruch der Kunst

Nach
München,
Eisenach und
Bonn nun
auch in
Hamburg
1. Kleine
Deutsche
Kunst-
ausstellung



Holzschnitt
von Ernst von
Dombrowski.

Ernst von Dombrowskis Werke wurde sowohl in der Großen Deutschen Kunstausstellung der NSDAP, wie auch bei den Germanen präsentiert (Faksimile aus der neofaschistischen Zeitschrift: *Das Freie Forum* 4/2006)

sogenannten Dritten Reich, wie das 76er Ehrenmal am Dammtor (Kriegsklotz) oder das Askari-Relief aus Wandsbek.

Germane Detlef Huber kam ursprünglich von der CDU, als deren Mitglied er 1996 auf der burschenschaftlichen Liste *Uni-aktiv* kandidierte. 2005 war er dann im Vorstand der extrem rechten Organisation *Die Deutschen Konservativen e.V.* Deren Vorsitzender, Joachim Siegerist, wurde wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt. Zwei weitere Bundesbrüder der Germania waren vor wenigen Jahren Funktionäre der CDU-Jugendorganisation *Junge Union* in Schleswig-Holstein, während Knut Witt 2006 eine CDU-Studienreise nach Polen, für seine Kreise immer noch »die ehemalige Provinz Schlesien«, organisierte. Witt sitzt mit

den NPD-Freunden der Germanen regelmäßig an einem Tisch, denn er war bis 2005 erster Vorsitzender ihres Altherrenverbandes. Sein Nachfolger Götz Noack hat es im Berufsleben bis zum stellvertretenden Leiter des Finanzamtes Nord gebracht. Die Verbindung aus Winterhude hat eben beste Verbindungen.

> > Am 01.07.08 wird eine junge Peruanerin in der S-Bahn von einem Mann beleidigt und anschließend mehrmals mit einem schweren Rucksack ins Gesicht geschlagen. > >

3. BRAUNE PENNÄLER – DIE SCHÜLER_INNENBUR- SCHENSCHAFT CHATTIA

Die Pennale Burschenschaft *Chattia Friedberg zu Hamburg* (*Chattia*) ist das Pendant der *Burschenschaft Germania* für Schüler_innen. Sie ist allerdings, sofern das überhaupt möglich ist, noch radikaler. Sie arbeitet streng konspirativ, ihre Mitglieder tragen Tarnnamen wie ‚Sargnagel‘, nennen sich nach Militärs wie Wallenstein oder Tirpitz oder auch nach dem Plastiksprengstoff Semtex und »sind stolz eine tatkräftige, verschworene Gemeinschaft von Freunden zu sein.« Die Verschwörung hat berechnete Gründe, denn in ihren Reihen finden sich gehäuft überzeugte Neonazis. In den letzten Jahren gerieten allerdings gleich zwei ihrer Alten Herren in die Schlagzeilen: Martin Stoffers, weil er für die *CDU-Hochschulgruppe* an der Uni Hamburg kandidierte und in deren Vorstand saß, sowie Jochen Schmutzler, der als Lehrer an einer katholischen Schule arbeitete. Stoffers musste zurücktreten und Schmutzler wurde von seinem Arbeitgeber gekündigt.

Die Chattia wurde 1989 im hessischen Friedberg gegründet und nennt sich nach dem »Volksstamm« der Chatten. Mitte der 90er Jahre siedelte sie nach Hamburg über und wurde u.a. von Stoffers und Schmutzler aufgebaut. Schmutzler kandidierte schon 1978 für die NPD und blieb der Partei treu. Seine Frau Karin, 2007 ebenfalls NPD-Mitglied und Lehrerin, arbeitete außerdem für die im März 2009 verbotene Jugendorganisation *Heimat-treue Deutsche Jugend*. Da die Chatten kein eigenes Burschenhaus haben, trafen sie sich regelmäßig bei Schmutzlers zum Stammtisch.

Für einen Vortrag über seine Teilnahme an der berüchtigten Holocaust-Konferenz im Iran kam im Februar 2007 extra Klaus Kaping, ein verurteilter Holocaustleugner, in das Haus der braunen Pädagog_innen. Bei größeren Veranstaltungen suchte man Unterschlupf in den Häusern der Burschenschaft *Germania* und *Hanse-Alemannia*. So hielt Chatte Wallenstein, alias Frank Schrader, im Germanenhaus den Vortrag »Südtirol im Freiheitskampf.« In den Semesterprogrammen finden sich außerdem Reichsgründungsfeiern, Heldengedenken, Sonnenwendfeiern, altgermanische Julfeiern oder Vorträge wie »Hindenburg – Soldat und Staatsmann.«

Die Verbindung von Schüler_innen, Student_innen und Nichtakademiker_innen ist gemischt-geschlechtlich angelegt. Unter den Alten Herren befinden sich laut eigenen Angaben Ärzte, Professoren, Rechtsanwälte und andere Akademiker. In Hamburg warb die Verbindung erstmals 1995 mit ihrem Eid »Volkstum Wahrheit – Recht« an Schulen. Einer ihrer Schüler, der Gymnasiast Johannes Duda, wurde im Oktober 2008 für einen rassistischen Überfall zu neun Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Ein Jahr zuvor hatte das NPD-Mitglied mit zwei weiteren Nazis einen Ghanaer zusammengeschlagen.

Bei den Pennälern begrüßt man sich mit »Heil« und fühlt sich als »das letzte Aufgebot Deutschen Volkstums.« Man meint, gegen »sittliche Entartung« und »für Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung streiten zu müssen.« Die propagierte völkische Ideologie wird kombiniert mit einem betont männlichen Habitus: Die braunen Burschen schlagen Säbelmensuren am nackten Oberkörper, eine Praxis, die selbst in korporierten Kreisen auf Widerspruch stößt. Die Chattia ist dem *Allgemeinen Pennäler Ring*, einem Zusammenschluss völkischer Schüler_innenverbindungen, angeschlossen.

Chatte beim Treffen ehemaliger
SS-Soldaten 2005 in Büchen

Christian Korte (Frettchen) vertritt die Chatten dort als Schriftwart.

Die Verankerung in der Hamburger Nazi-Szene lässt sich gut belegen. André Kinnigkeit (Sargnagel) war Delegierter zum NPD-Landesparteitag im Februar 2007 (s.o.). Er wohnte zu dieser Zeit im Haus der Burschenschaft *Germania*. Der Chatte André Busch (Tirpitz) meldete sich 2004 nicht nur als Mitglied der *Burschenschaft Germania* zu Wort. Er schrieb mehrfach Beiträge in dem Waffen-SS-Blatt »Der Freiwillige«. Beim 50-jährigen Jubiläum der SS-Organisation HIAG, 2005 in Büchen, nahmen Burschen der Chattia in vollem Wicks teil. Und umgekehrt waren bei Ehepaar Schmutzler SS-Veteranen zu Gast.

Zu einem »Vortrag mit Veteranen« lud 2006 auch der Alte Herr Olaf Svensson (Wikinger) ein. Die Veranstaltung mit einem ehemaligen NS-Offizier wurde vom neonazistischen *Aktionsbüro Norddeutschland* organisiert, und es kam die gesamte Hamburger Szene. Der ehemalige Jurastudent Svensson hat gute Kontakte zur NPD und ins Spektrum der *Freien Kameradschaften*. So schrieb der Nazikader Thorsten de Vries 2006, ein »Herr Olaf Swenson« (Schreibweise im Original) würde an Kameradschaftstreffen teilnehmen. Auch der ehemalige Bundesgeschäftsführer der *Jungen Nationaldemokraten* Mathias Rochow, aktuell Kandidat der NPD für die Stadtratswahlen in Dresden im Juni 2009, ist Alter Herr der Chattia.

Leider sind nicht nur die Verbindungen in Hamburgs neofaschistische Szene gut, sondern auch die ins übrige korporierte Lager. Obwohl schon vor vier Jahren die konservative Zeitung »Welt« meldete; »Burschenschaft lockt Neona-



zis an die Universität« und auf die »von den Sicherheitsbehörden als rechtsextrem eingestufte Burschenschaft« aufmerksam machte, gab es von anderen Hamburger Korporationen bisher keine öffentliche Distanzierung. Regelmäßig nahm die Nazi-Burschenschaft stattdessen an gemeinsamen Feierlichkeiten der Hamburger Student_innenverbindungen teil.

>> Am 26.07.08 können Neonazis ungestört von Polizei und Friedhofsverwaltung eine »Gedenkveranstaltung« zu den Bombenangriffen auf Hamburg durch die Alliierten durchführen. >>



Taugt höchstens für Recycling...

4. EIN FÜHRER MIT WENIG GEFOLGSCHAFT – DIE DVU

Am 11. Januar 2009 wurde der 37-jährige Matthias Faust aus Hamburg zum neuen Bundesvorsitzenden der neofaschistischen *Deutschen Volksunion* (DVU) (2007: 7.000 Mitglieder) gewählt.¹ Dr. Gerhard Frey, der kurz vor seinem 76. Geburtstag stand, trat aus Altersgründen zurück. Der Multimillionär mit einem geschätzten Vermögen von 250 Millionen Euro führte die Partei wie ein Privatunternehmen. Die DVU war bisher eine Phantompartei mit einem sehr kleinen Funktionärsanteil und bestand im Wesentlichen aus den Leser_innen der altbackenen *Nationalzeitung*.

¹ Ausführliche Beiträge zu Personal, Politik und Ideologie der Hamburger DVU siehe auch: Broschüre »Braune Jungs un Nazi-Deernsk«, Avanti und DGB-Jugend (Hg.) 2007

DIE DVU BUNDESWEIT

Die DVU ist seit Januar 2005 mit der NPD bundesweit durch den sogenannten Deutschlandpakt eng verbunden. Der Vertrag soll Konkurrenzmandaturen bei Wahlen bis Ende 2009 verhindern, darüber hinaus gibt es aber keine echte, solidarische Zusammenarbeit, sondern ein Verhältnis, welches von wechselseitiger Kooperation und Konkurrenz geprägt ist. Trotzdem wird von beiden Parteien der Pakt bisher als Erfolg gewertet, da er gegenseitige Stimmwegnahme verhinderte. Die NPD kann aber bisher wesentlich besser von dem Deutschlandpakt profitieren. Im Vergleich zur NPD ist die DVU deutlich überaltert, das Parteileben ist weitgehend inaktiv und war fast vollständig auf den Bundesvorsitzenden Gerhard Frey ausgerichtet. Außerhalb von Wahlkampfzeiten ist die DVU fast nirgends präsent. Bundesweit ist sie, anders als in Hamburg, nur noch zweitstärkste Partei des neofaschistischen Lagers.

Gerhard Frey bleibt Herausgeber der DVU-nahen *Nationalzeitung*, sie ist immer noch die auflagenstärkste neofaschistische Zeitung der BRD. Er oder seine zukünftigen Erben dürften damit noch erheblichen Einfluss auf die DVU haben. Im neofaschistischen Lager wurde der Machtwechsel von Frey zu Faust begrüßt. Viele Beobachter_innen erwarten eine weitere Annäherung der beiden Parteien unter ihrem neuen Hamburger Vorsitzenden. Eventuell könnte die DVU aber auch als Auffangbecken für enttäuschte NPD-Anhänger_innen dienen, sollte die Führungs- und Finanzkrise der NPD anhalten und sie im »Superwahljahr 2009« empfindliche Wahlverluste einfahren. Eine Fusion der beiden Parteien oder auch nur eine finanzielle Unterstützung der aktivistischen NPD durch Frey oder seine Erben würde den bundesdeutschen Neofaschismus schlagartig stärken.

DVU-WAHLKAMPF IN HAMBURG

In Hamburg sieht die Situation ähnlich wie im Bundesgebiet aus. Im Deutschlandpakt wurde geregelt, dass in Hamburg zur Bürgerschaftswahl am 26. Februar 2008, zum Leidwesen der NPD, die DVU kandidieren durfte. Trotz enormen Aufwandes (laut Eigenangaben 60.000 Flugblätter, 20.000 Plakate und 30.000 CDs) sowie einigen Radio- und TV-Spots, erreichte die DVU mit 0,8% nicht einmal die Hürde der Wahlkampfkostenerstattung. Wesentlich für den Misserfolg waren externe Faktoren. So konnte die Hamburger DVU nicht, wie bei anderen Bürgerschaftswahlen, an rassistische und sicherheitspolitische Diskurse der etablierten Parteien anknüpfen. Mit dem Wegfall des Postmonopols war der DVU auch die Werbung über Wurfsendungen genommen. Intern dürfte das Fehlen von Wahlkampfhelfer_innen ein erheblicher Faktor



Machte steile Karriere: Matthias Faust (Mitte), neuer DVU-Bundeschef, beim Naziaufmarsch zum 1. Mai 2008 in Barmbek



Günther Schlemmer, Ex-Vorsitzender der Hamburger DVU bei einem Treffen von ehemaligen SS-Soldaten im Mai 2005

gewesen sein. Auf Bundesebene hatte die NPD zwar Unterstützung beabsichtigt, der Landesverband unter Jürgen Rieger versagte diese aber weitgehend. Personelle Unterstützung gab es von einigen bremischen und niedersächsischen NPDler_innen sowie von Nazikader Christian Worch. Kameradschafter_innen riefen über das *Aktionsbüro Norddeutschland* sogar dazu auf, die »etablierte Systempartei« nicht zu unterstützen und bezeichneten die Großveranstaltung der DVU im CCH am 17. Februar 2008 als »reaktionäres Treiben der Zwangsdemokraten.« Allerdings stellten Angehörige von NPD und FK den Ordner_innen dienst bei dieser Veranstaltung.

MATTHIAS FAUST – EINE WECHSELHAFTE KARRIERE

Matthias Faust war 15 Jahre CDU-Mitglied und hatte 2005 Frey und die DVU noch heftig kritisiert. 2006 war er dann »Aufbaubeauftragter« eines neu zugründenden Landesverbandes der *Republikaner* in Hamburg, scheiterte jedoch schnell und wechselte zur NPD. Da er hier aber die ehemalige NPD-Landesvorsitzende Anja

Zysk gegen den Flügel um den heutigen Landeschef Jürgen Rieger unterstützte, musste er im Frühjahr 2007 austreten.

Im Herbst 2007 wurde Faust zunächst Pressesprecher der Hamburger DVU, dann zusätzlich Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl. Im Frühjahr 2008 stieg Faust dann zum Bundesorganisationsleiter von Freys Truppe auf und im folgenden Herbst wurde er als Landesvorsitzender in Hamburg angegeben.

Faust besuchte ein Gymnasium in Hamburg, zwei Unteroffiziersschulen der Luftwaffe in Schleswig-Holstein und 1997-2001 die *Universität Hamburg*. Ab 2005 besuchte der Kaufmann die *Fachhochschule für Ökonomie und Management in Hamburg* und trat eine Stelle bei einem großen Versicherungskonzern an.

In gut einem Jahr machte der eloquent wirkende Faust also eine steile Karriere in der DVU. Schon im Bürgerschaftswahlkampf hatte er weitgehend freie Hand in der sonst streng geführten Frey-Partei. Er führte einen stark auf seine Person konzentrierten Wahlkampf und warb mit einer professionell gemachten Homepage. Der Wahlkampf wie auch sein Werbevideo wurden in der bundesweiten Nazi-Szene, sogar von DVU-Kritikern, gelobt. Der Wahlkampf war deutlich professioneller als frühere Versuche in der Hansestadt und wäre mit dem übrigen örtlichen DVU-Personal so nicht möglich gewesen. Somit ist erklärlich, dass Faust schon bald als Bundesorganisationsleiter auch in Brandenburg, wiederum mit Hilfe von Christian Worch, einen Wahlkampf unterstützen durfte.

DAS VERHÄLTNISS ZUR NPD UND FREIEN NATIONALIST_INNEN

Seit der Bürgerschaftswahl hat sich das Verhältnis von Matthias Faust zur NPD und zu den *Freien Nationalist_innen* wieder deut-

lich entspannt. Über Thorsten de Vries, einem militanten Neonazi, mit dem er damals Streit hatte, schrieb er z.B.: »Frieze ist ein guter und ehrlicher Kamerad, auf den man sich verlassen kann.« Schon im Wahlkampf hatte Faust propagiert: »Den Kampf führen wir gemeinsam mit NPD und Kameradschaften.« Der örtliche NPD-Landesverband, aus dem Faust 2007 gedrängt wurde, gratulierte ihm zur Ernennung als Bundesvorsitzenden der DVU und erhofft sich eine Fusion beider Parteien. Jürgen Rieger behauptet sogar, 2005 Pate des ‚Deutschlandpaktes‘ gewesen zu sein. Auch sonst wurde Faust von vielen Nazis aus NPD und Kameradschaften beglückwünscht. Faust scheute bisher keine Kontakte zu radikalen Kräften. Der neue DVU-Chef sprach im letzten Jahr beim Bundesparteitag der NPD und nahm am militanten Naziaufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg teil.

Und schließlich steht auch Jürgen Rieger für eine langjährige Verbundenheit von NPD und DVU. Er begann seine Karriere 1968 als Student bei der Freyschen Tarnorganisation *Aktion-Oder-Neiße*, deren Landesbeauftragter er 1970 wurde. 1996 erhielt Rieger den »Freiheitspreis« der *Deutschen Nationalzeitung* aus den Händen von Gerhard Frey.

AKTIVITÄTEN IN HAMBURG

In Hamburg will Faust die Partei nach der verpatzten Bürgerschaftswahl nicht in »Starre und Resignation« verfallen lassen, sondern durch regelmäßige Vortragsveranstaltungen und ein Informationsblatt beleben. Das *DVU Hamburg Echo* ist zwar wahrscheinlich bis heute nicht erschienen, dafür wird jedoch die Homepage der Hamburger DVU unregelmäßig aktualisiert. Zu Vortragsveranstaltungen kamen bisher nicht nur DVU-Referent_innen, sondern

mit Karl-Heinrich Goebel und Kay Ölke auch NPD-Kader aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Veranstaltungen fanden bisher in *Riedels's Eck*, einer Kneipe von Hans Riedel in Bramfeld statt. Eine Person gleichen Namens kondolierte zum Tode des NPD-Abgeordneten Uwe Leichsenring mit den Worten »Seine Arbeit für unser Gemeinwesen empfand ich wie Lichter in finsterster Nacht.« Zusätzlich zu den Vortragsveranstaltungen macht die Hamburger DVU laut eigenen Angaben immer noch ihren monatlichen »Klönsschnack«, der sich bis September 2007 in einer Immobilie der Deutsche Bahn AG traf.

Ein DVU-Kandidat zur Bürgerschaftswahl kam erst 6 Wochen nach der Wahl in die Schlagzeilen. Patrick Schlemmer wurde im September 2007 Vize der CDU-nahen Schüler-Union (SU) in Altona, kandidierte dann ungehindert für die DVU und wurde erst im April 2008 aus der SU ausgeschlossen. Sein Vater Günther war 2006-2008 Landesvorsitzender von Freys Truppe, hat ebenfalls Kontakte zur NPD und nahm wiederholt an Treffen von ehemaligen Soldaten der Waffen-SS teil. Robert Valkovics, bis September 2007 DVU-Vize in Hamburg, nimmt häufiger an NPD-Aufmärschen teil.

Unter der Führung des DVU-nahen Vereins *Hamburger Opfer unvergessen* findet jährlich im Juli ein Aufmarsch von Hamburger Nazis auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Mit Duldung von Polizei und Friedhofsverwaltung dürfen Mitglieder aus DVU, NPD und FK hier unter dem Vorwand, der Hamburger Bombenopfern zu gedenken, mit Fahnen Spalier stehen und Nazi-Propaganda verkünden. ■



WORTERGREIFUNGSSTRATEGIE WARUM WOLLEN NAZIS AUF LINKE VERANSTALTUNGEN?

Am 16. November 2006 in Hamburg-Wandsbek: An diesem Abend hatte die *DGB-Jugend* zu einem Informationsabend über Neonazi-Strukturen ins Bürgerhaus eingeladen. Überraschend waren etwa 20 Neonazis aus der NPD und sogenannten *Freien Kameradschaften* an der Tür erschienen und hatten mit Fußtritten und Faustschlägen gewaltsam versucht, sich Zutritt zu der Veranstaltung zu verschaffen. Die *DGB-Jugend* hatte zuvor öffentlich darauf hingewiesen, dass NPD-Mitglieder und ihre Braunen Kameradschaften unerwünscht seien – gemäß § 6 des Versammlungsgesetzes. Zwar gelang es zunächst, die Nazis von der Eingangstür abzudrängen. Für den letztendlichen Abbruch der Veranstaltung sorgte dafür die Polizei. Nach Gesprächen mit den Neonazis und dem DGB ordnete der Einsatzleiter an, dass ihnen entweder Zutritt zu gewähren – oder die Veranstaltung abzubrechen sei.

Das zitierte Beispiel zeigt vor allem, dass Veranstalter_innen sich nicht darauf verlassen können, dass die Polizei ihnen hilft, Neofaschist_innen aus Veranstaltungen fernzuhalten: Genaue Vorbereitung, juristisches Know-How

und Entschlossenheit sind notwendig. Warum aber wollen Nazis auf linke Veranstaltungen? Seit 2001, verstärkt jedoch seit dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren 2003 fordern NPD-Strategen_innen, sich aktiv in die Debatten einzumischen und entsprechende Veranstaltungen zu besuchen. Udo Voigt schrieb 2003 in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* vom »geistig offensive[n] Auftreten im öffentlichen Raum« und »Wortergreifung immer und überall«. »Wortergreifung« ist der Name, den die NPD selbst ihrer Strategie gegeben hat, in der es um zwei Dinge geht: Raumeroberung und Normalisierung. Das sind die beiden vorrangigen Ziele von Neofaschist_innen, wenn sie in Veranstaltungen auftauchen, die sie nicht selbst organisiert haben. Das können explizit linke Vorträge zur Aufklärung über die rechte Szene sein oder auch Diskussionsrunden der örtlichen CDU-Kreisabgeordneten über Kindergartenplätze, im schlimmsten Fall sogar Gedenkveranstaltungen zum deutschen Faschismus. NPD und Neonazis bemühen sich, die extreme Rechte als scheinbar legitimen Teil eines ganz normalen demokratischen Meinungsspektrums zu etablieren, und dazu suchen sie die direkte Konfrontation. Wird ihnen



die Möglichkeit dazu gegeben, präsentieren sie ihre Ideologie, versuchen, Referent_innen lächerlich zu machen, oder schaffen mit Hilfe von Transparenten eindrucksvolle Bilder – immer im Kontext völkischer Ideologie.

Wenn Neofaschist_innen von Veranstaltungen ausgeschlossen werden, zeigen sie sich gerne als Opfer einer vermeintlichen »Meinungsdiktatur« und klagen darüber, dass ihnen verboten werde, sich an Debatten zu beteiligen. Wenn dieser Strategie, sich selbst als Opfer zu stilisieren, nachgegeben wird, haben die Rechten im Zirkelschluss wieder gewonnen: Es wird mit ihnen, nicht über sie geredet, wie es die *Jungen Nationaldemokraten* schon vor Jahren als ihr Ziel definiert haben.

Oft sind Veranstalter_innen mit dieser Situation überfordert oder sie finden, man müsse die Nazis argumentativ besiegen und sich also der Diskussion stellen. Das ist aus mehreren Gründen keine gute Idee: In dem Moment, wo Veranstalter_innen die Präsenz von Nazis zulassen, werden damit automatisch von ihnen bedrohte Menschen und Gruppen ausgeschlossen. Es wird potenziellen Opfern zugemutet, mit Personen in einem Raum zu sitzen, die nicht davor zurückschrecken, Gewalt

gegen sie anzuwenden. Und – das vorrangige Ziel ist schon erreicht, nämlich eine Plattform für rechtes Gedankengut zu haben und sich damit als Teil eines demokratischen Meinungsspektrums zu präsentieren. Zudem sind viele NPD-Mitglieder argumentativ gut geschult und gehen daher im schlimmsten Fall als Sieger_innen aus einer Diskussion hervor – zumal nicht auszuschließen ist, dass Veranstaltungsteilnehmer_innen ihnen zustimmen.

Es gibt zwei Strategien, Nazis von Veranstaltungen fernzuhalten: erstens der rechtliche Weg, zweitens der zivilgesellschaftliche. Für beide ist es entscheidend, dass Veranstaltungen genau vorbereitet werden, dass Veranstalter_innen und Referent_innen sich einig darüber sind, dass Nazis so weit als möglich kein Raum gegeben wird. Hilfe und Handreichungen dazu gibt es in einer Broschüre der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* – vor Ort wissen Antifagruppen meist, wie mit dem Problem umgegangen werden kann. ■

> > Am 31.10.08 versuchen 20 Nazis erneut eine Veranstaltung im Bramfelder »Braklak« zu stören. Daran können sie von Antifaschisten und der Polizei gehindert werden. > >



ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN ANTIFASCHISTISCHE STRATEGIEN GEGEN DIE NPD

DER WAHLKAMPF 2009: DER MYTHOS PROTESTWÄHLER_IN

Zur Bundestagswahl tritt glücklicherweise nicht nur die NPD an. Die Themen für alle Parteien im Wahlkampf sind jetzt schon klar angelegt: Sozialpolitik, Finanzkrise, staatliche Hilfspakete und Arbeitsmarktpolitik. Nach den Bankenpleiten und Entlassungen in der Automobilindustrie ist die Bereitschaft gewachsen, über Alternativen zum Kapitalismus nachzudenken. Globalisierungskritik und Kapitalismuskritik sind so konsensfähig geworden wie nie zuvor – und daran knüpfen auch die Neofaschist_innen an. Seit Jahren versuchen sie, die soziale

Frage von Rechts zu besetzen. Ihre Alternative zum Kapitalismus: ein völkisch geprägter, streng nach außen abgeschlossener, autoritärer Staat, in dem Arbeitnehmer_innenrechte, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit weiter entfernt sind als bisher. Die Tatsache, dass die Debatte um die Finanzkrise auch von den etablierten Parteien oft in Form einer verkürzten Kapitalismuskritik geführt wird, diese gleichzeitig aber keine Lösung anbieten, bildet ein Einfallstor für eine rechte Ideologie. Niemand wählt die NPD nur aus Protest oder wegen ihrer Sozialpolitik, Lokalpolitik oder sonst was – der positive Bezug auf den Nationalsozialismus, der Wille zur Ausgrenzung und

Ungleichheit ist immer dabei. Wer NPD wählt, akzeptiert Rassismus – mindestens. Es ist notwendig, während des gesamten Wahlkampfes konsequent darauf hinzuweisen, welche realen Folgen die Parolen der NPD haben würden, und ihr pseudo-soziales Gerede zu entlarven. Ganz nebenbei kann man dabei verkürzte Kapitalismuskritik in anderen Zusammenhängen aufzeigen und ihren antisemitischen und rassistischen Gehalt deutlich machen.

AUS DER MITTE DER GESELLSCHAFT

Die große Mehrheit der extremen Rechten verharmlost oder rechtfertigt die Verbrechen des Nationalsozialismus. Aus der politischen Programmatik und der politischen Praxis der heutigen Neonazis geht eindeutig hervor, dass auch sie eine Gesellschaft wollen, die von struktureller Ungleichheit, rassistischer Ausgrenzung und Gewalt bestimmt ist und zu einer verschärften Militarisierung der Politik führen wird. Gleichheit, Demokratie und Selbstbestimmung sind in diesem Gesellschaftsentwurf kategorisch ausgeschlossen.

Wären die Neonazis nur eine isolierte Gruppe, dann wäre das Problem nicht so besorgniserregend. Tatsächlich jedoch agieren und bewegen sich die Neonazis in einer Gesellschaft, in der sie mit ihrer Propaganda von politischen Entwicklungen profitieren können. So basiert – um nur ein Beispiel zu nennen – auch die staatliche Ausländer- und Asylpolitik auf der Einteilung von Menschen in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten. An solche, von der Mehrheit der Bundestagsparteien vielfach ganz offiziell gerechtfertigten Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken können die Neofaschist_innen anknüpfen, wenn sie auch eine deutliche Radikalisierung dieser Ansätze fordern und umsetzen wollen.



Phantasievoller Protest

In Debatten um eine so genannte »Leitkultur« manifestiert sich eine Ideologie, die eine Ungleichheit und »Andersartigkeit« der Menschen zum unumkehrbaren Grundsatz hat und die immer hegemonialer wird. Solche gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichen und erleichtern die Verbreitung von neonazistischem und extrem rechtem Gedankengut. Ständiger Widerspruch gegen die alltägliche Ausgrenzung von Flüchtlingen, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, Obdachlosen, Muslim_innen und Jüd_innen sowie die Forderung nach gleichen, demokratischen und sozialen Rechten für alle Menschen gehören daher ebenso zu antifaschistischer Politik wie der Kampf gegen die Neonazis selbst. Wie in den Beiträgen zur Ideologie der NPD wiederholt angemerkt, bedarf es eines grundlegenden Paradigmenwechsels in allen politischen Bereichen, damit keine Anknüpfungspunkte und Überschneidungen nach Rechts offen bleiben. Abgesehen davon muss aber auch den sichtbaren, offen agierenden Neofaschist_innen entgegengetreten werden.



Wer will das schon?

ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN... UND DANN SAGT NIEMAND DANKE

Ein erster Aspekt, der für die Arbeit antifaschistischer Gruppen und Bündnisse bedeutsam ist, ist die konsequente Antwort auf neonazistische Aktivitäten. Oft wird zum Beispiel in Bezug auf neonazistische Demonstrationen das Argument geäußert, dass sie am besten zu diskreditieren seien, indem man sie »einfach ignoriert«.

Die Nazis, so die damit verbundene Hoffnung, würden dann durch »menschenleere Straßen« laufen, hätten keine Möglichkeit, ihre Anliegen vorzutragen und damit gehört zu werden, und würden dann frustriert nach Hause fahren. Antifaschistische Gegenaktivitäten würden erst dazu führen, dass die Nazidemos Aufmerksamkeit erhielten. Diese Argumentation greift vor allem die in den Reihen der Polizei verbreitete Vorstellung auf, »die Rechten alleine« würden

ja keine Probleme machen, Gewalt und Auseinandersetzungen entstünden nur, wenn man die Neonazis nicht in Ruhe demonstrieren ließe. Auch die Strategie, Gegendemonstrationen in möglichst großer räumlicher und zeitlicher Entfernung zu Nazidemos anzumelden und durchzuführen, passt hierzu.

Ein grundlegendes Faktum wird dabei ignoriert: Das Problem sind die Rechten, nicht diejenigen, die auf sie aufmerksam machen. Denn während die Neonazis demokratische Rechte beseitigen wollen, geht es der Linken um die Ausweitung sozialer und politischer Rechte. Der Versuch, rechte Demonstrationen zu be- oder verhindern, muss legitim und ein vorrangiges Ziel antifaschistischer Bündnisarbeit sein: Neonazistische Demonstrationen haben nur zum Teil das Ziel, die umstehende Öffentlichkeit zu informieren und zu überzeugen. Während dieser Aspekt tatsächlich nicht gegeben wäre, wenn niemand den Demonstra-

tionen zuhören würde, so funktionieren doch immer noch andere Zwecke von Neonaziaufmärschen: Die Teilnehmer_innen fühlen sich in ihrer politischen Haltung bestärkt, sie entwickeln ein Gemeinschaftsgefühl und ein Gefühl für die eigene Stärke. Ein konsequentes Ignorieren von Nazidemos ändert an dieser Haltung nichts, zumal es immer einige geben wird, die interessiert von außen zuhören. Ein zweites stetiges Ziel von Nazidemos ist es, die Akzeptanz für ihr öffentliches Auftreten zu erhöhen, eine Normalisierung herbeizuführen, in der es irgendwann einmal nicht mehr möglich ist, ihr Auftreten zu skandalisieren. Je öfter Nazis demonstrieren, um so legitimer soll dies erscheinen. Daher ist auch der juristische Kampf um jede noch so kleine und unwichtige Demonstration ein Schritt in Richtung dieses übergeordneten Zieles. Und dem ist mit Ignorieren der Nazidemos ohnehin nicht zu begegnen, im Gegenteil: Damit leistet man der angestrebten Normalisierung auch noch Vorschub. Deshalb muss es ein Ziel antifaschistischer Politik sein, auf jede öffentliche Aktion der Nazis angemessen zu reagieren.

Darüber hinaus ist es wichtig, sich gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Protestes zu wehren und sich durch diese nicht einschüchtern zu lassen. Weder darf die oft angeführte Gleichsetzung von »Links« und »Rechts« unwiderlegt hingenommen werden, noch dürfen unter dem Deckmantel des staatlichen Gewaltmonopols begangene polizeiliche Übergriffe auf antifaschistische Demonstrationen politisch und juristisch unwidersprochen bleiben. Die immer gleiche Formulierung, man wehre sich gegen Extremist_innen von Links und von Rechts, knüpft an verharmlosende Totalitarismusansätze an. Wie oben geschildert, propagieren Neonazis eine menschenverachtende Weltsicht. Dieser zu widersprechen – also für die Gleichbehandlung aller Menschen, für To-

leranz und ein gesellschaftliches Miteinander, das nicht nach Herkunft und Stärke der Einzelnen ausgerichtet ist, einzutreten – sollte die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens bilden. Mehrfach haben gerichtliche Urteile im Anschluss an Demonstrationen bestätigt, dass Verfügungen und Einsätze der Polizei jenseits der Rechtsstaatlichkeit stattfanden. Dies kann aber meist nur auf dem juristischen Weg geklärt werden – juristische Verfahren sind langwierig, und in der Öffentlichkeit werden Urteile gegen die staatlichen Organe oft nicht zur Kenntnis genommen. Was hängen bleibt, sind meistens nur die Bilder von Auseinandersetzungen. Dass diese oftmals durch unrechtmäßiges Verhalten der Polizei ausgelöst wurden, findet hingegen selten einen Platz in der medialen Vermittlung der Ereignisse.

So war es etwa in Hamburg im Januar 2004, als ein Wasserwerfereinsatz der Polizei den Redebeitrag der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano auf einer antifaschistischen Demonstration beendete – der Einsatz wurde im Nachhinein von Gerichten als unrechtmäßig eingestuft, der politische Schaden war jedoch bereits entstanden.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass das mediale Interesse an antifaschistischen Aktivitäten mit dem Grad der Gewalt zunimmt, die dabei zu sehen ist. Friedliche Demonstrationen, so groß und erfolgreich sie auch sein mögen, scheinen für die Medien gänzlich uninteressant zu sein, so lange keine Prominenten aus der Politik dabei sind. Brennende Autos dagegen und Wasserwerfereinsätze führen regelmäßig dazu, dass über Demonstrationen berichtet wird – nur, dass es dann schon gar nicht mehr um den Inhalt geht, sondern Antifaschismus zu einer Auseinandersetzung von Jugendgruppen degradiert wird.

Die Lösung hierfür: nicht aufgeben, gemeinsame Aktionen mit Vertrauen in die eigene Kraft organisieren und durchführen. Häufig bleibt auch keine andere Möglichkeit, als zu Mitteln des zivilen Ungehorsams zu greifen, um den Nazis etwas entgegenzusetzen. Ein Beispiel hierfür war der 1. Mai 2008 in Hamburg, bei dem das entschlossene Vorgehen eines breiten antifaschistischen Bündnisses ein erfolgreiches Statement gegen den Naziaufmarsch setzen konnte.

ABER MAN MUSS NICHT ALLES ALLEINE MACHEN! BÜNDNISARBEIT

Allerdings: Neonazis und extreme Rechte bleiben weiterhin ein politisches, kein juristisches Problem. Es ist wichtig, den Kampf gegen Nazis und Rassismus gemeinsam und überall fortzusetzen. Dabei kann es in Bündnissen und insgesamt unter Antifaschist_innen durchaus zu völlig unterschiedlichen Einschätzungen darüber kommen, was sinnvolle Aktionsformen sind. Unsere Vorschläge:

Von vornherein möglichst wenige Ausschlusskriterien festlegen. Gegen Nazis zu sein, kann ein kleinster gemeinsamer Nenner sein, unter dem sich die unterschiedlichsten Leute und Gruppierungen zusammenfinden – je nach Anlass.

In Bündnissen immer darauf drängen, dass Aktionen gewählt werden, die anschlussfähig sind – d.h., dass möglichst viele Leute möglichst niedrigschwellig mitmachen können. Gleichzeitig darauf drängen, dass Aktionen so effektiv wie möglich angelegt sind und Konfrontationen nicht aus dem Weg gehen: Oftmals fühlen sich die Nazis durch Proteste und Blockaden an ihren Aufmarschrouten am meisten gestört.

Ganz wichtig: Unterschiedliche Aktionsformen anerkennen und sich solidarisch dazu verhalten. Eine Spaltung in »gute« und »böse« Antifaschist_innen liegt im Interesse der Nazis und von politischen Kräften, die den Protest diskreditieren und kriminalisieren wollen. Menschen, die ein gemeinsames Ziel teilen – den Nazis etwas entgegenzusetzen zu wollen – haben oft unterschiedliche Vorstellungen, auf welchem Niveau sie agieren möchten, inwieweit sie sich direkten Konfrontationen aussetzen wollen und können, und entsprechend sollten unterschiedliche Aktionsformen möglich sein. Im Vordergrund muss das gemeinsame Ziel stehen!

Antifaschismus ist ein Thema, das nur sehr selten hip ist. Viele gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien haben andere Punkte auf der Tagesordnung und interessieren sich wenig für regelmäßige Aktivitäten gegen Rechts. Zudem ist bei vielen eine Strategie der Abgrenzung gegen nicht parteigebundene linke und autonome Gruppen, die oftmals die antifaschistische Arbeit vor Ort bestreiten, zu beobachten. Außerdem bedeutet der Kampf gegen Rechts auch, sich mit rassistischen Tendenzen in den eigenen Reihen auseinander zu setzen, und diese Bereitschaft ist nicht immer gegeben. Vielerorts haben sich gewerkschaftliche Gruppen, lokale Initiativen, Kirchen und Parteien aus der Mobilisierung gegen Naziaktivitäten zurückgezogen. Es gilt, sie wieder in die Arbeit einzubinden und zu vernetzen. Dies führt in Synergie dazu, dass Gruppen und Personen aus anderen gesellschaftlichen Spektren die antifaschistische Arbeit in ihren Kreisen fortsetzen können. Rassismus und rechtes Gedankengut sind keine Phänomene des rechten Randes, sondern bilden sich auch in der so genannten »Mitte der Gesellschaft«. Hier müssen alle fortschrittlichen politischen Strömungen gemeinsam aktiv werden. Dabei darf sich anti-

faschistische Politik nicht instrumentalisieren lassen. Diese Gefahr besteht zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit Regierungsparteien, wenn diese die Arbeit nur zu Wahlkampfzwecken missbrauchen und sich sonst nicht für den Kampf gegen Nazis interessieren. Antifaschistische Politik muss in Bündnissen verbreitet und weiterentwickelt werden.

Es gilt, überall und in allen Lebensbereichen, sei es in der Schule oder an der Uni, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder zu Hause, gegen rassistische und diskriminierende Ausgrenzung und Äußerungen das Wort zu erheben. Eben dort reichen die allgemeinen bürgerlichen Toleranzbekundungen nicht aus, sondern es müssen konkrete Forderungen formuliert werden:

Keine Stimme der NPD – nicht in dieser und in keiner anderen Wahl! Kein Platz für Nazis – nirgendwo! ■





ARBEITSKREIS ANTIRASSISMUS IN VER.DI AKTIV FÜR EIN SOLIDARISCHES MITEINANDER

Neonazis treten immer offener auf und machen auch vor den Betrieben und sozialen Bewegungen nicht halt.

WELCHE PROBLEME SEHEN WIR?

Mit Aufmärschen, Info-Ständen vor Sozial- und Arbeitsämtern, Flugblattaktionen in den Stadtteilen oder der Verteilung von »Schulhof - CDs« vor Schulen versuchen die Nazis, ihrer menschenverachtenden Ideologie den Anschein von Normalität zu geben. Mit Rechtsrockkonzerten, Musikversand und szenetypischen Bekleidungsgeschäften wird eine Subkultur entwickelt, die besonders auf Jugendliche zielt. Mit ihrer sozialen Demagogie knüpfen sie an die wachsende Verunsicherung einer Vielzahl von Menschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit, sich weiter verbreitender Armut und fehlender Perspektive an. Neonazis sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Rassismus, menschenfeindliche Ideologien und andere Diskriminierungsformen sind weit verbreitet.

WARUM GIBT ES EINEN ARBEITSKREIS ANTIRASSISMUS IN VER.DI ?

Diesen Problemen wollen wir uns entgegenstellen. Der Arbeitskreis setzt sich seit dem 1. Mai 2008 wieder regelmäßig zusammen. Die Geschehnisse in und um Barmbek hatten uns bewogen, innerhalb von ver.di mit dem Arbeitskreis verstärkt aktiv zu werden. Wir engagieren uns besonders für Gleichbehandlung im Arbeitsleben, für Teilhabe, Mitsprache, ein friedliches Miteinander und Solidarität im Betrieb und in der Gesellschaft. Wir arbeiten an der Frage, wie wir in unserer eigenen Organisation noch mehr tun können, um unsere Mitglieder für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen und Rechtstendenzen in der eigenen Mitgliedschaft und in der Gesellschaft zu begegnen. Darüber hinaus arbeiten wir auch im bundes-



Ver.di-Jugend Northeim am 1. Mai '08 in Barmbek

weiten Arbeitskreis *Zentraler Arbeitskreis Offensive gegen Rassismus und Rechtsextremismus* (ZAKO) von ver.di mit.

WAS GENAU MACHEN WIR?

Wir unterstützen die Arbeit von Betriebs- und Personalräten, schärfen Aufmerksamkeit und Problembewusstsein, um Chancengleichheit und Abbau von Diskriminierung im Betrieb voranzutreiben. Wir informieren ver.di - Mitglieder und Interessierte in Workshops und Veranstaltungen über Auftreten und Ideologie der Neonazis, wir diskutieren in Versammlungen und Konferenzen über die tatsächlichen Ursachen von sozialer Spaltung, Armut und Arbeitslosigkeit. Wir trainieren mit Mitgliedern, direkt auf Naziparolen einzugehen. Und wir beteiligen uns an Aktionen und Demonstrationen gegen Rechts. Wir setzen uns in Seminaren und Besuchen der Gedenkstätten in Neuengamme, Buchenwald oder Auschwitz mit den Mechanismen und Verbrechen der NS-Herrschaft auseinander. Darüber hinaus ist für uns die Rolle der Arbeiter_innenbewegung in dieser Zeit und Schlussfolgerungen für unser heutiges gewerkschaftliches Handeln wichtig.



WO WERDEN WIR AKTIV?

Wir möchten besonders dort, wo wir und unsere Kolleg_innen arbeiten, in Betrieben und Dienststellen, wirksam werden. Und wir möchten als Gewerkschaft gemeinsam mit weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen und Initiativen, die sich in antifaschistischen Bündnissen für diese Anliegen stark machen, in der breiten Gesellschaft und im politischen Raum Einfluss nehmen. Das muss gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im DGB Hamburg passieren, wir arbeiten mit dem *Hamburger Bündnis gegen Rechts* sowie Initiativen in den Stadtteilen. Das tut auch not. Rassismus, Neo-Nazismus oder rechtspopulistische Haltungen finden wir überall, auch bei Beschäftigten, bei jungen Leuten und Auszubildenden, leider auch bei Gewerkschaftsmitgliedern.

WER IST VER.DI?

ver.di ist innerhalb des DGB Hamburg eine der größten Gewerkschaften und hat mehr als 100 000 Mitglieder. Die *Vereinte Dienstleis-*

ver.di-Jugend und Gewerkschafter_innen
am 01. Mai 2008 in Barmbek



tungsgewerkschaft (ver.di) organisiert Beschäftigte im Dienstleistungsbereich wie z.B. in Krankenhäusern, öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, Müllabfuhr und Hamburger Hochbahnen, Beschäftigte in den Bereichen Banken, Post und Logistik, Handel und Medien. Auch Studierende, Erwerbslose, Auszubildende und Jugendliche sowie Senior_innen sind in ver.di Hamburg Mitglied.

So verschieden der Hintergrund unserer Mitglieder auch sein mag, so eindeutig fußt unsere gewerkschaftliche Idee auf der Grundlage einer demokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie auf der Wahrung und Achtung der Grund- und Menschenrechte. Deren Einhaltung muss immer wieder kritisch überprüft und eingefordert werden. Vor allem müssen diese Rechte im täglichen Leben, am Ausbildungs-, am Arbeitsplatz erfahrbar sein. Dazu zählt die antirassistische Arbeit, das antifaschistische Engagement und aktives Eintreten gegen Benachteiligung und Diskriminierung.



WIE KÖNNEN INTERESSIERTE MITMACHEN?

Für uns ist wichtig, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen und Neo-Nazis aktiv entgegenzutreten. Diese Broschüre und weitere ver.di – Infomaterialien sind eine wertvolle Unterstützung in Betrieben und Dienststellen und auf Versammlungen. Der *Arbeitskreis Antirassismus in ver.di* unterstützt alle Mitglieder und Interessierte mit Materialien, Referent_innen und Ideen für Workshops oder Versammlungen. In unseren offenen Treffen tauschen wir Erfahrungen aus, sammeln Anregungen und Ideen, planen und verabreden konkrete Projekte. Wir organisieren die gemeinsame Teilnahme an Aktionen und Demonstrationen.

Eine Mitarbeit im Arbeitskreis Antirassismus ist auch zeitlich begrenzt sinnvoll und möglich. Die offenen Treffen des Arbeitskreis Antirassismus finden statt: Jeden 1. Dienstag im Monat, um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60. ■

Kontakt und Information:
ressort1.hamburg@verdi.de



ZWEITER VERSUCH FÜR UND WIDER EINES VERBOTS

Sobald es mal wieder ein Fall von rechter Gewalt in die Medien geschafft hat – wie der Überfall auf einen Bus voller Gewerkschafter_innen auf dem Rückweg von einer Demonstration in Dresden am 14.2.2009 –, wird die Forderung nach einem Verbot der NPD laut.

Aber nicht nur Politiker_innen, die sich möglichst ohne großen Aufwand selbst als Antifaschist_innen darstellen wollen, befürworten zumindest kurzfristig ein erneutes Verbotsverfahren. Auch die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN/BdA)

stellt bereits zum zweiten Mal mit der Kampagne »No NPD« die Forderung nach einem staatlichen Verbot der Partei ins Zentrum ihrer Aktionen zum Wahlkampf. Und auch wenn ihr zentrales Ziel nicht erreicht wurde, so zeigt doch die Resonanz auf die »No NPD«-Kampagne, dass viele Menschen ein entschiedenes staatliches Vorgehen gegen die neofaschisti-

sche Partei erwarten und in einem NPD-Verbot einen politischen Minimalkonsens im Vorgehen gegen die extreme Rechte sehen.

Und zugegeben: Natürlich wäre es positiv, wenn den Neofaschist_innen mit der legalen Organisationsform auch eine Menge Infrastruktur und Geld verloren gehen würde. Natürlich ist es ein Unding, dass einer neofaschistischen Organisation mehrere 100.000 Euro Steuervorteile gewährt und Wahlkampfkosten erstattet werden. Natürlich ist es ein noch größeres Unding, dass eine unbekannte Anzahl von Verbindungs-Leuten (V-Leute) des *Verfassungsschutzes* (VS) auch noch mit staatlichen Gehaltszahlungen viel Zeit für politische Arbeit in der NPD ermöglicht bekommen. Aber: Eine Verbotsforderung hat erstens derzeit wenig Aussicht auf Erfolg und zweitens reicht sie nicht aus.

Ein Rückblick: Das NPD-Verbotsverfahren scheiterte 2003 bekanntlich nicht an inhaltlichen Gründen. Ob die NPD eine verfassungswidrige Partei ist, wurde gar nicht erst geprüft, sondern der Versuch scheiterte bereits im Ansatz an der tiefen Verstrickung des VS mit dem Führungskader der neofaschistischen Partei. Es war nicht auszuschließen, dass belastendes Material im Verbotsverfahren aus der Hand von staatlich alimentierten Neonazis stammte, was ein rechtsstaatliches Verfahren unmöglich machte. Ca. jede_r siebte Angehörige von Bundes- oder Landesvorständen der NPD soll ganz oder teilweise vom Geheimdienst finanziert werden. Solange diese Praxis weiter besteht, ist ein Verbot der NPD nach Ansicht einiger Verfassungsrichter unmöglich – der VS wird also zur besten Rechtsschutzversicherung der Partei. Denn die meisten Innenminister, auch Christoph Ahlhaus (CDU) aus Hamburg, weigern sich, die V-Leute abzuziehen – obwohl der Erkenntnisgewinn durch sie erwiesenermaßen gering ist. Im angestrebten Verbotsverfahren waren es öffentlich zugängliche Quellen, die

ausschlaggebend sein sollten. Außerdem handelt es sich bei den V-Leuten nicht um eingeschleuste Geheimagenten á la James Bond, sondern um angeworbene Neonazis, die gegen Geld das erzählen, was der VS gerne hören möchte – ob das dann tatsächlich der Wahrheit entspricht, ist unklar. Gelegentlich wird die Weitergabe von Informationen an die Geheimdienste sogar vorher in Nazikreisen abgesprochen und das Gehalt vom VS für neofaschistische Arbeit verwendet. So erhält der VS wenig brauchbare Informationen und die NPD eine zusätzliche staatliche Finanzierung.

Die Forderung nach einem NPD-Verbot scheint uns außerdem nicht ausreichend, da mit einem Verbot das Problem neofaschistischer Einstellungen und Potentiale nicht aus der Welt geschafft ist. Die NPD wird von ganz unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten als legaler »Dachverband« genutzt, um Demonstrationen anzumelden und Propaganda zu verbreiten. Von der kulturell geprägten Skinhead/Hooligan-Subkultur bis hin zum neurechten Vordenker können sich alle mit zumindest einzelnen Aspekten der Partei anfreunden – und dieses gesamte Spektrum kann weder verboten werden, noch würde ein Verbot dauerhaften Eindruck auf die Aktivist_innen machen. Neofaschismus ist ein viel zu komplexes Problem, als dass ein einfaches Parteiverbot es lösen könnte. Ein bloßes Verbot läuft also Gefahr, die institutionellen und gesellschaftlichen Ursachen für Rassismus und Ausgrenzung auszublenken. Nicht selten sind es sogar dieselben Innenminister_innen oder Politiker_innen, die schärfere Asyl- und Ausländergesetze verlangen bzw. verantworten, gleichzeitig aber in populistischer Weise ein NPD-Verbot fordern und sich anschließend in Scheindebatten flüchten.

Staatliche Stellen haben ganz offensichtlich kein ernsthaftes Interesse, konsequent gegen die Ursachen von rechten Einstellungen vorzugehen, und gesamtgesellschaftlich ist die Empörung über einzelne Vorfälle viel zu kurzlebig, um an den entscheidenden Stellen für Druck zu sorgen. Nur eine breite antifaschistische Bewegung, die sich nicht einschüchtern lässt, kann eine weitere gesellschaftliche Verankerung der Neofaschist_innen verhindern und rassistische Strukturen aufbrechen.

Dennoch könnten staatliche Behörden an vielen Stellen die Aktionsräume der extremen Rechten einschränken. Ein sinnvoller Weg, um die Verbreitung rechter Propaganda zu begrenzen, kann etwa ein Verbot rechter Veranstaltungen sein. Dafür würde die bestehende Gesetzgebung völlig ausreichen, sie wird nur in den einzelnen Bundesländern ganz unterschiedlich ausgelegt. Während in Hamburg

und Umgebung mehrfach Rechtsrock-Konzerte und andere als privat getarnte Veranstaltungen stattfinden konnten, werden derartige Konzerte in anderen Städten von vornherein verboten. Die bereits bestehenden juristischen Möglichkeiten werden also in Hamburg keineswegs ausgeschöpft. Auch die oft unnötig günstigen Bedingungen, die der NPD in Hamburg meist für Aufmärsche und Infostände geschaffen werden, die gleichzeitige Behinderung antifaschistischen Protestes sind Auslegungen einer bestehenden Rechtslage, die ganz anders aussehen könnten – wenn der Kampf gegen Neofaschismus ein ernsthaftes Anliegen wäre. Die Forderung nach einem Verbot darf auch niemals losgelöst von ihrer antifaschistischen Begründung vorgetragen werden. Wenn wir ein Verbot der NPD oder auch nur ihrer Propagandamöglichkeiten fordern, dann deshalb, weil sie sich mit ihrer Politik in direkte Tradition

der verbrecherischen NSDAP, des deutschen und europäischen Faschismus stellt. Verbotsforderungen, die ausschließlich mit der Verfassungswidrigkeit argumentieren, laufen Gefahr, auch emanzipative, linke Bewegungen zu gefährden. Denn viele Politiker_innen und Wirtschaftsleute halten etwa auch Forderungen nach Sozialisierung des Finanz- und Industriekapitals, wie aktuell die Debatte um Bankenverstaatlichung zeigt, für verfassungswidrig. Forderungen nach Verschärfung des Demonstrations- und Strafrechts müssen ebenfalls entsprechend begründet sein, sonst führen sie zu einem unnötigen Ausbau staatlicher Sicherheitsapparate – wie die kürzlich als verfassungsfeindlich eingestufte Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern gezeigt hat. Hier sollten jegliche Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt und Anmelder_innen für alle Zwischenfälle pauschal haftbar gemacht werden – angeblich, um die jährlich stattfindenden Gedenkmärsche zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß effektiv zu verhindern.

Die Forderung nach einem Verbot der NPD wird immer wieder aufkommen, und entsprechend müssen auch immer wieder Argumente und Beweise gebracht werden, dass die Forderung richtig sein kann, aber nicht ausreichend ist. Wir müssen selbst aktiv werden und ein antifaschistisches Klima schaffen. Auch das Handeln von staatlichen Organen unterliegt politischen Kräfteverhältnissen, und die Stärke oder Schwäche der antifaschistischen Bewegung ist dafür mit ausschlaggebend. Ein Verbot wäre sowohl sinnvoll als auch überfällig. Sinnvoll, weil damit für die extreme Rechte viel an legaler Infrastruktur und staatlich finanzieller Unterstützung wegfallen würde. Überfällig, weil nach dem Grundgesetz (Artikel 139) jegliche Nachfolger von NS-Organisationen, die von den Alliierten 1945 zerschlagen wurden,

immer noch verboten sind. Wir müssen also in Schulen, Betrieben, Vereinen, bei Wahlen und auf der Straße darauf hinweisen, dass Neofaschist_innen in jeglicher Gestalt nicht nur unerwünscht sind, sondern eigentlich schon heute keinen Platz in der Gesellschaft haben. Deshalb brauchen wir eine breite, in der politischen Orientierung eindeutige und im Handeln entschlossene Bewegung, um das Treiben der Faschist_innen einzuschränken. Wir können nicht auf den Staat/die Politik warten und müssen als antifaschistische Bewegung die Kriterien für das staatliche Handeln möglichst weitgehend beeinflussen. ■

Bleibt hoffentlich auch zukünftig liegen: NPD-Werbung





KEIN
BOCK
AUF
NAZIS

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

Agentur für soziale Perspektive e.V. (Hg.): **Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neofaschistischen und extrem rechten Gruppen**, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 2006.

Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus: **Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten**, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 2005.

Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hg.): **Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa**, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006.

Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): **Rechte Netzwerke – eine Gefahr**, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman: **Vom Rande zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006.

Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar: **Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008.

Dornbusch, Christian/Virchow, Fabian (Hg.): **88 Fragen und Antworten zur NPD**, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2008.

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.): **RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien**, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 2002.

Gebhardt, Michael (Hg.): **Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis**, PapyRossa Verlag, Köln 2007.

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): **Moderner Rechtsextremismus in Deutschland**, Hamburger Edition, Hamburg 2006.

Linke, Annette: **Der Multimillionär Frey und die DVU**. (Daten, Fakten, Hintergründe), Klartext Verlag, Essen 1994.

Maegerle, Anton: **Globalisierung aus Sicht der extreme Rechten**, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH, Braunschweig 2004.

Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias: **Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken**, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2001.

Pfeiffer, Thomas: **Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet**, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2002.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): **Braune Kameradschaften. Die militanten Netzwerke im Schatten der NPD**, Ch. Links Verlag, Berlin 2005.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): **Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft**, Ch. Links Verlag, Berlin 2008.

Speit, Andreas (Hg.): **Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien**, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 2002.

Staud, Toralf: **Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD**, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005.

Stöss, Richard: **Rechtsextremismus im vereinten Deutschland**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005.

Wippermann, Wolfgang: **Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich**, Rotbuch Verlag, Berlin 2009.

Zeuner, Bodo u.a.: **Gewerkschaften und Rechtsextremismus**, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007.

ADRESSEN

Antifaschistische Politik rund um Hamburg:

Antifa-Info-Pool Hamburg
www.antifainfo.de

Avanti – Projekt undogmatische Linke, Hamburg
c/o Werkstatt 3
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
hamburg@avanti-projekt.de
www.avanti-projekt.de

Hamburger Bündnis gegen Rechts
c/o Hein-Hoyer-Str. 41
20359 Hamburg
kontakt@keine-stimme-den-nazis.org
www.keine-stimme-den-nazis.org

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
Hein-Hoyer-Str. 41
20359 Hamburg
Tel. 040 / 31 42 54
www.hamburg.vvn-bda.de
www.kueste.vvn-bda.de

PROJEKTE & INFORMATIONEN

Antifaschistisches Infoblatt

www.nadir.org/nadir/periodika/aib/

Antifaschistische Nachrichten

c/o GNN-Verlag

Zülpicher Str. 7

50674 Köln

www.antifaschistische-nachrichten.de

apabiz

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.V.

Lausitzer Straße 10

10999 Berlin

Tel: 030 / 611 62 49

mail@apabiz.de

www.apabiz.de

Bündnis Aktiver Fussballfans – BAFF

BAFF e.V.

Postfach 1123

63401 Hanau

info@aktive-fans.de

www.aktive-fans.de

NPD-BLOG.INFO

Sprachbox/Fax: 03212-7404600

info@NPD-blog.info

<http://www.NPD-blog.info>

Der Rechte Rand

Postfach 30 41 80

20324 Hamburg

www.der-rechte-rand.de

Recht gegen Rechts

www.rechtgegenrechts.org

Stolpersteine/Gunter Demnig

Richard-Wagner-Straße 16

50674 Köln

Tel: 02 21 / 25 14 89

info@stolpersteine.com

www.stolpersteine.com

BERATUNGSSTELLEN

Mobiles Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus Hamburg

bnw-hamburg@lawaetz.de

Tel.: 040 / 42863-3625

www.mobiles-beratungsteam-hamburg.de

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 817 00 00

info@opferperspektive.de

www.opferperspektive.de

NO NAZI

